

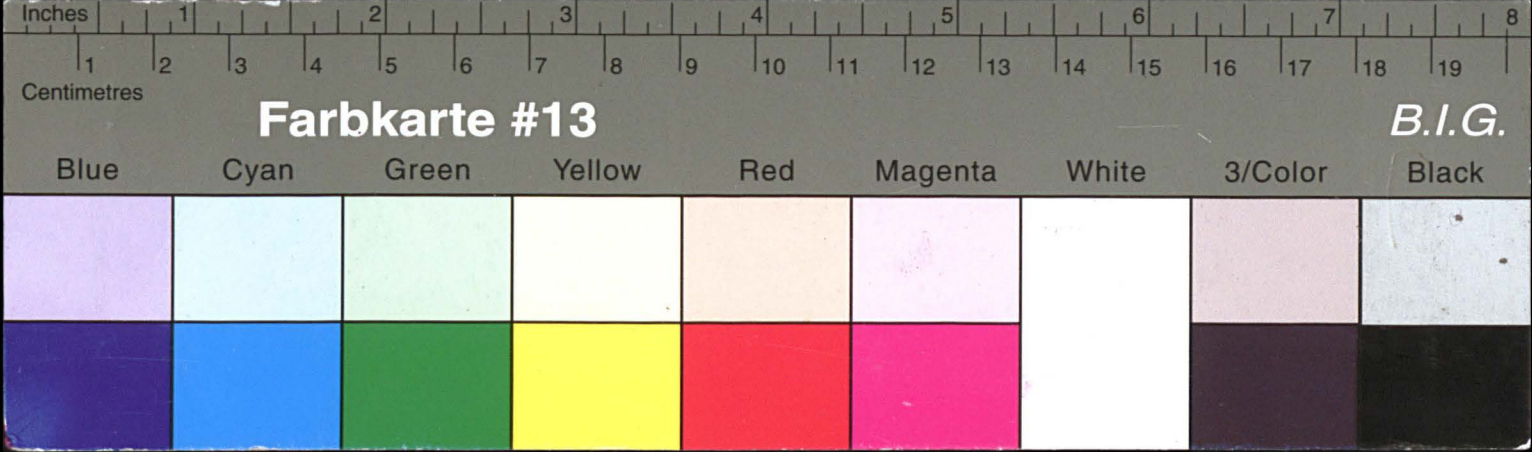
Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Kreisarchiv Stormarn

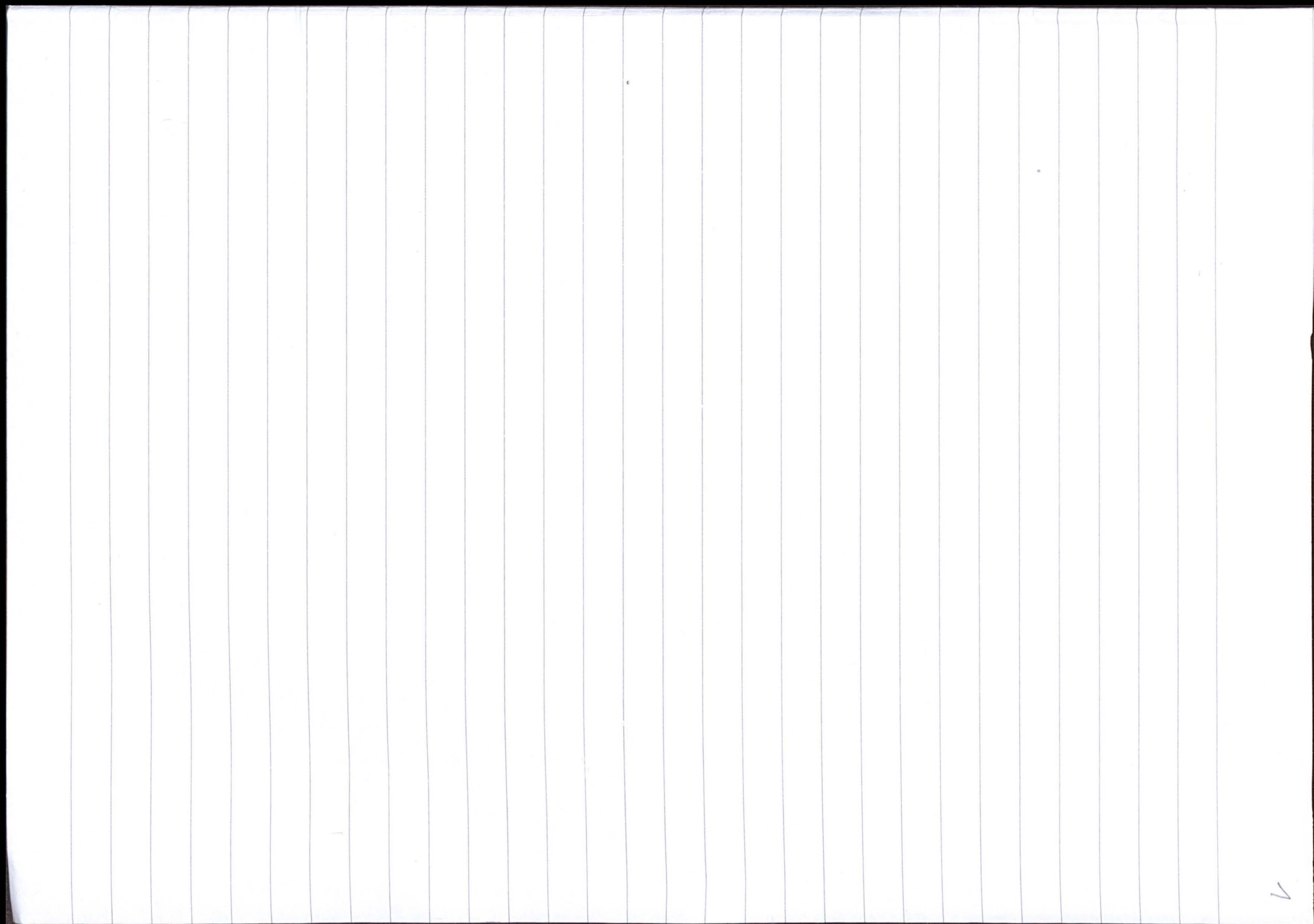
Bestand **E**₁₀₃

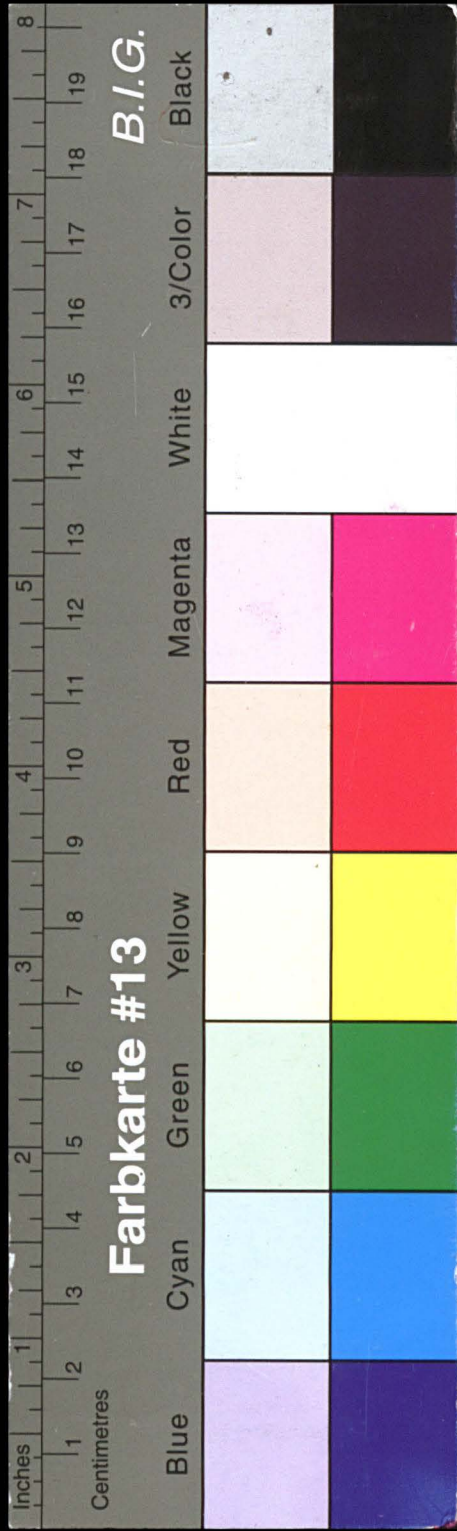
594



Kreisarchiv Stormarn E103

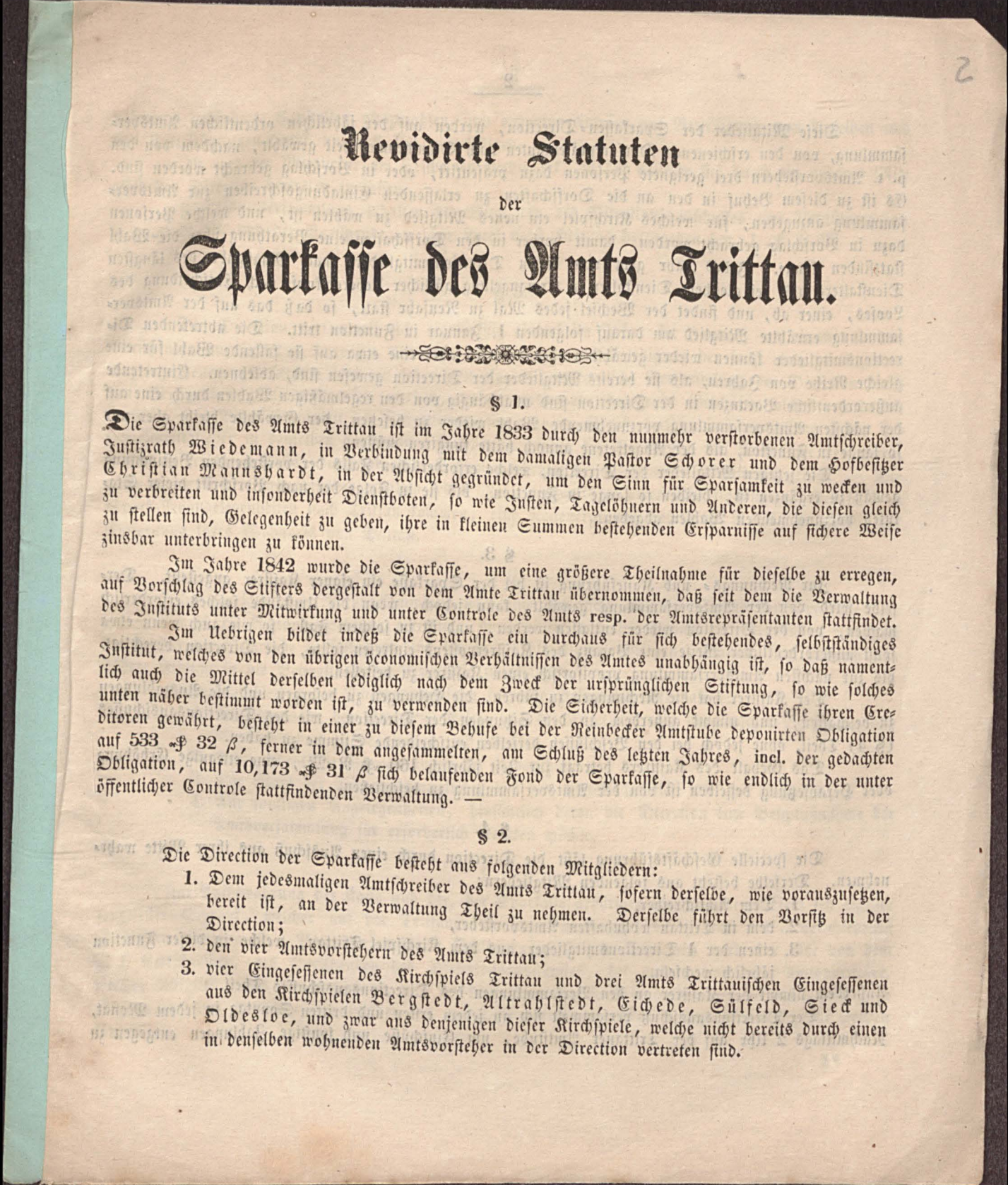
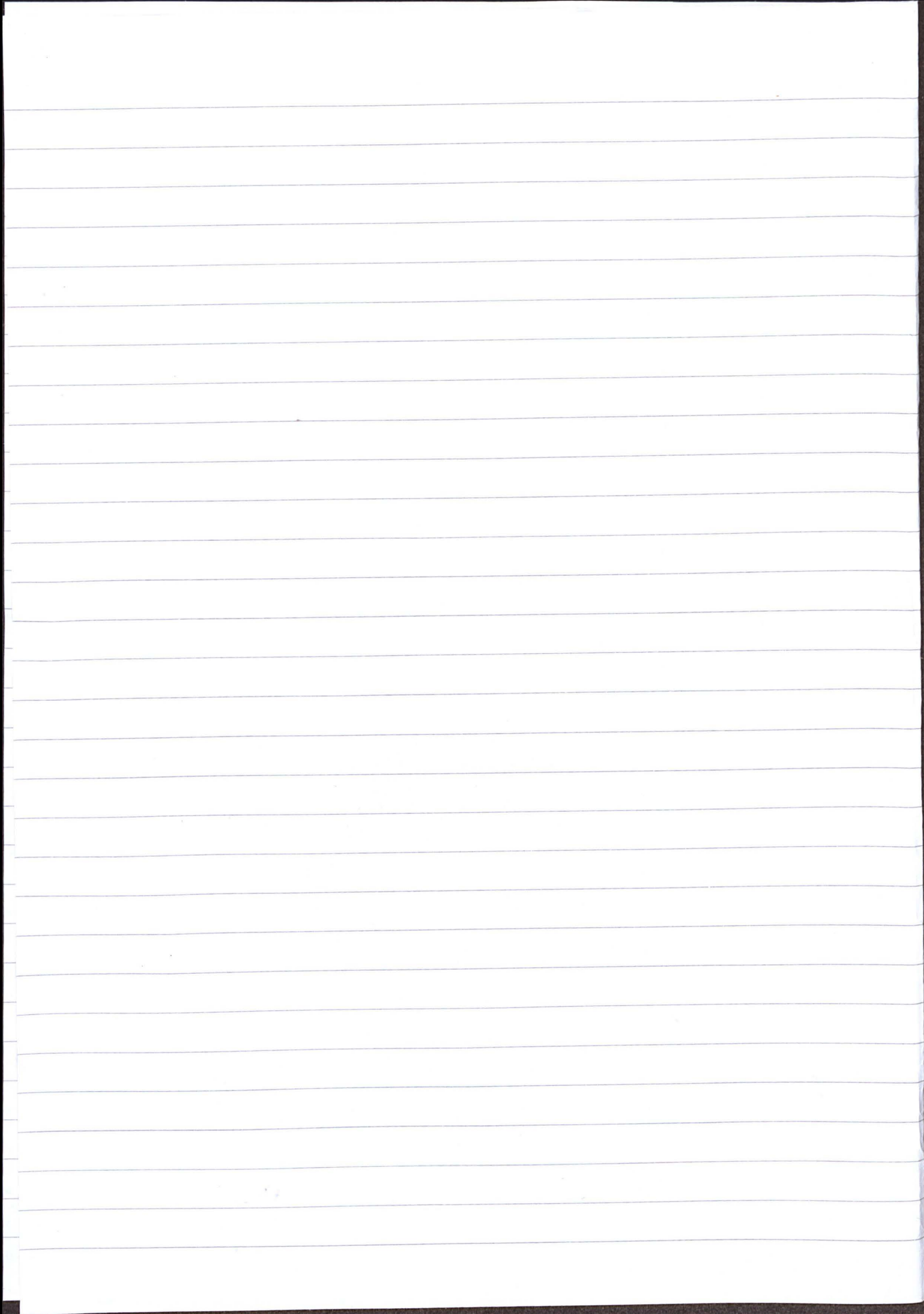
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

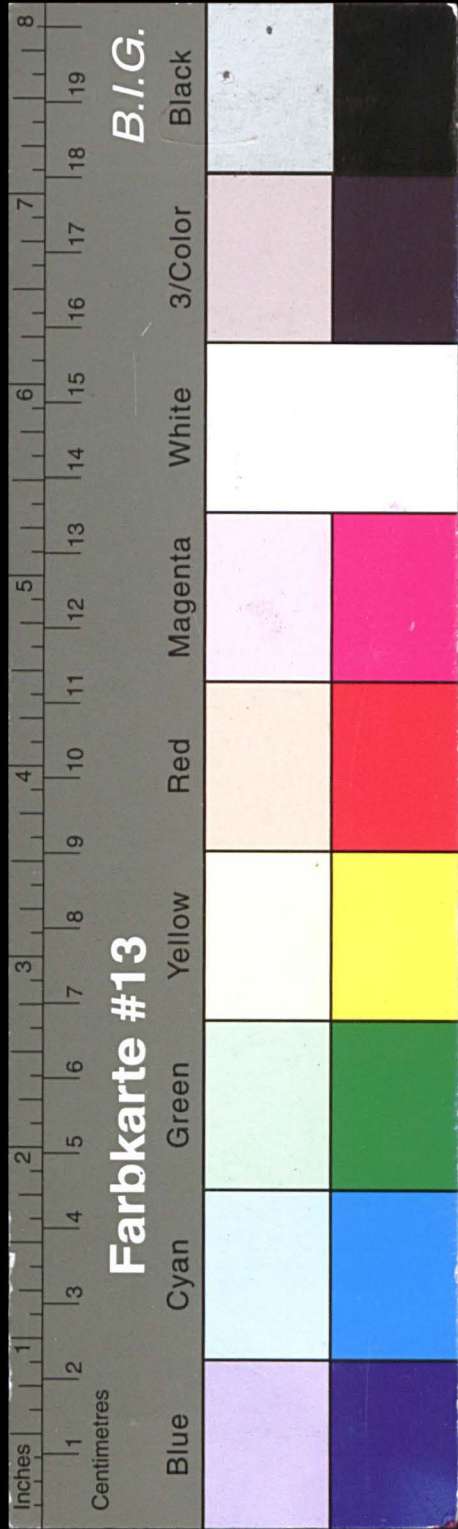




Kreisarchiv Stormarn E103

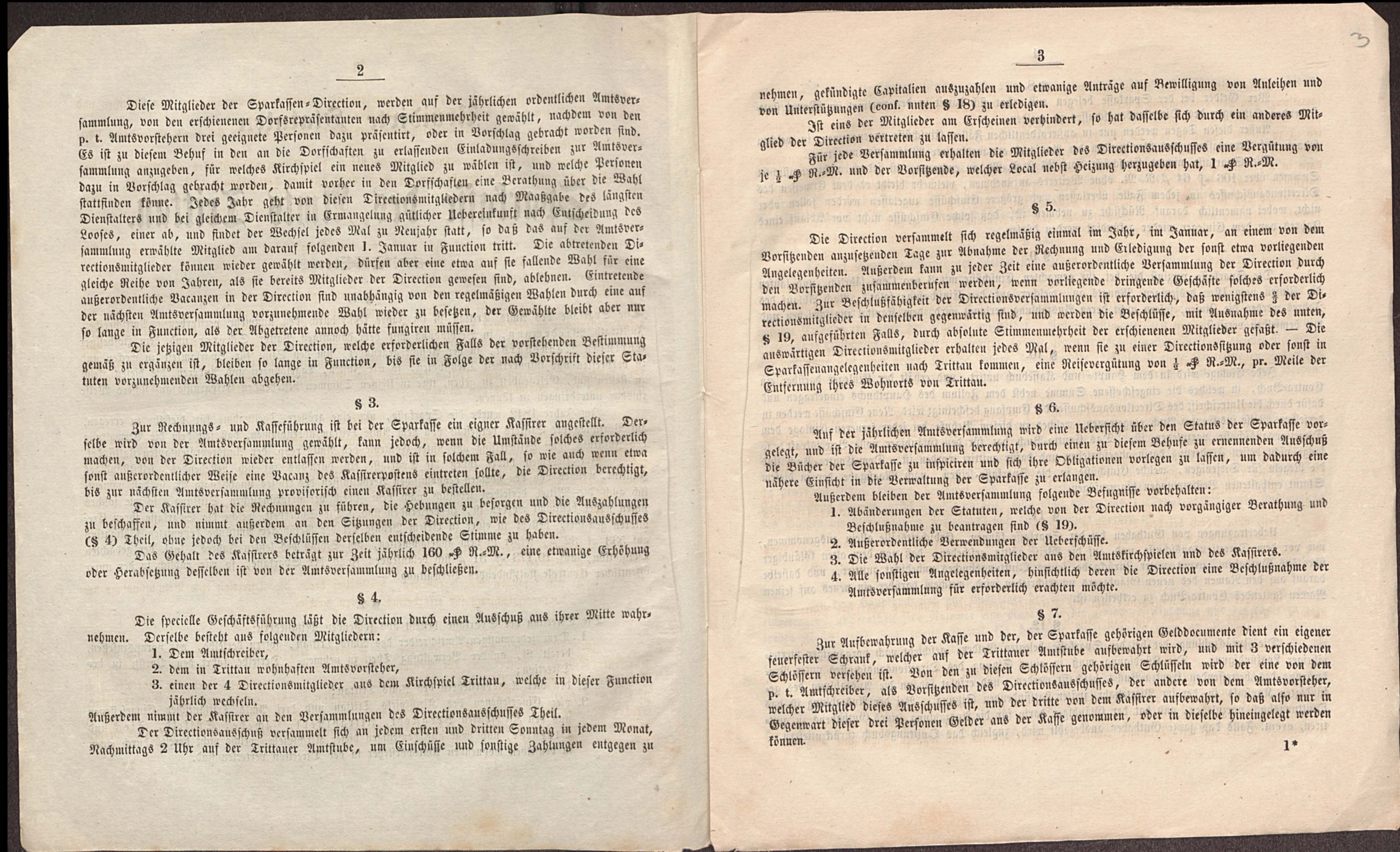
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

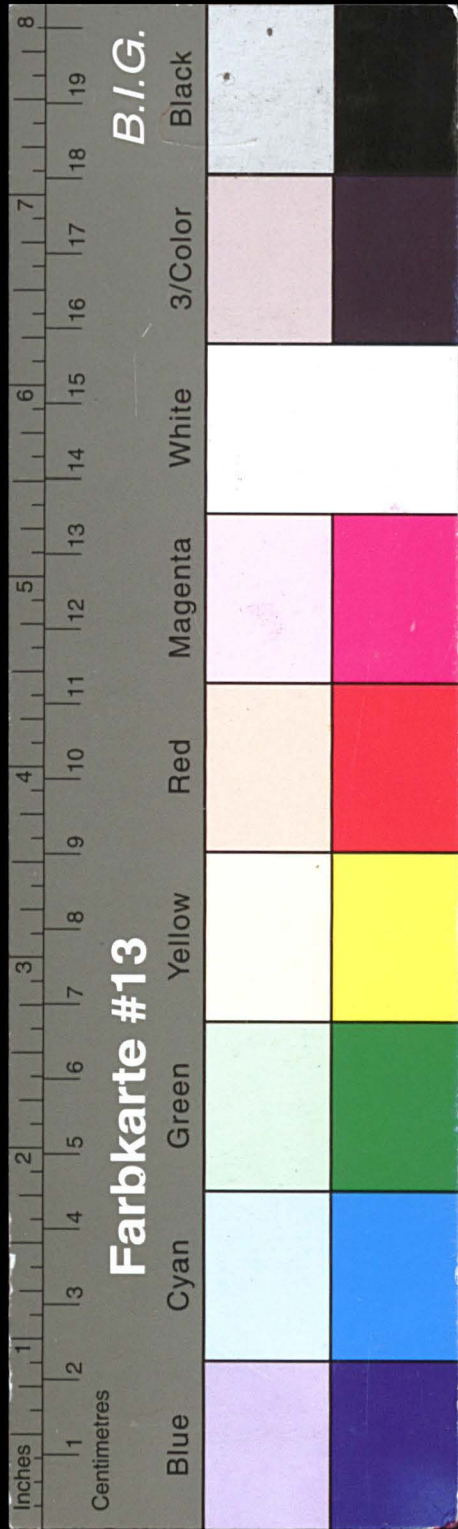




Kreisarchiv Stormarn E103

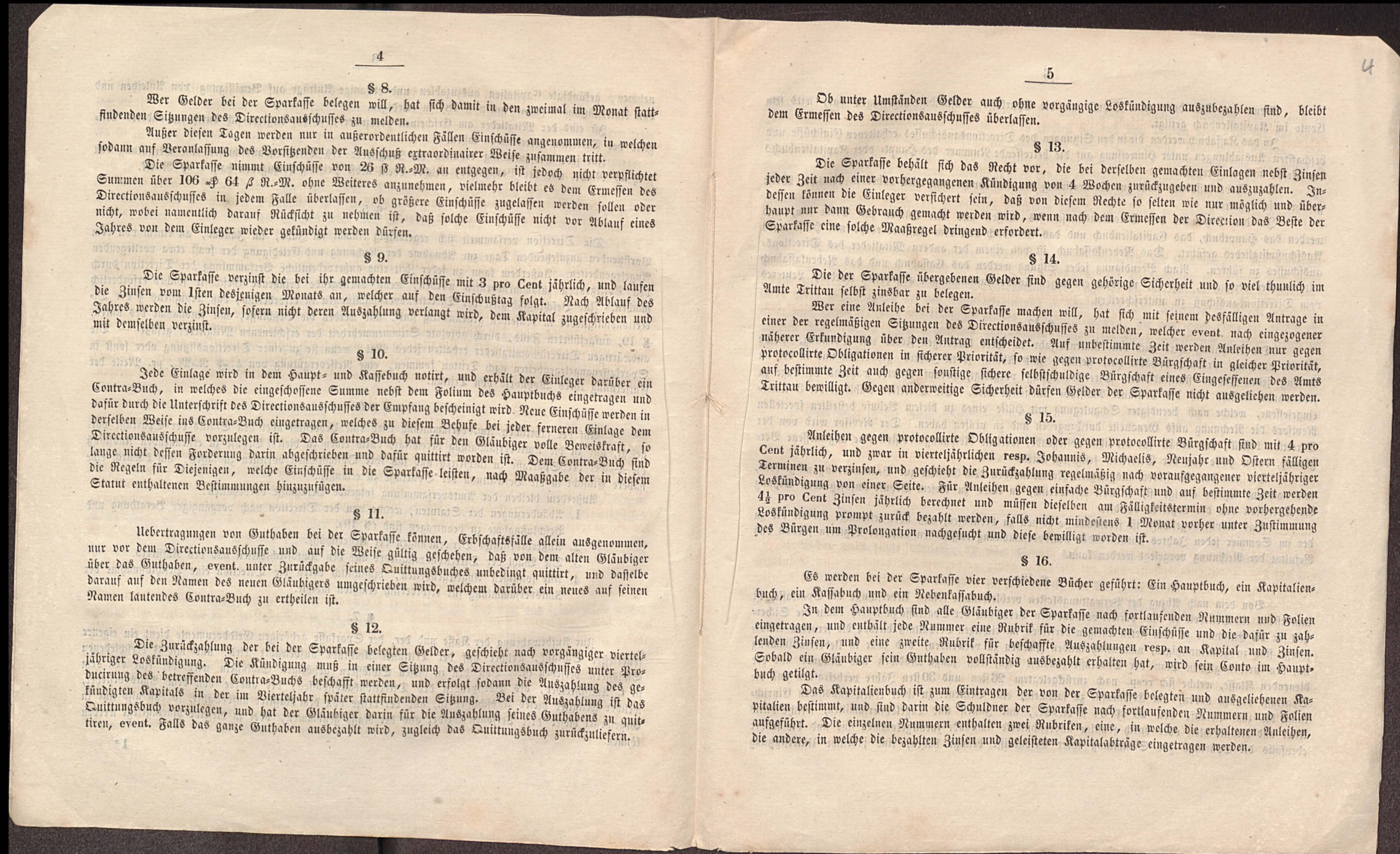
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

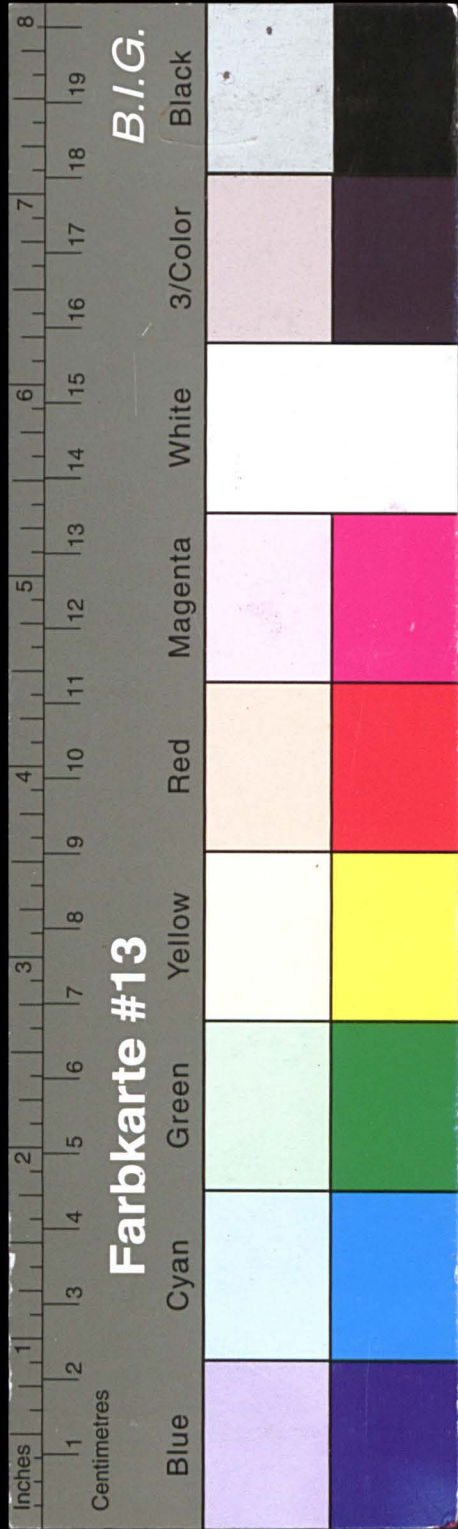




Kreisarchiv Stormarn E103

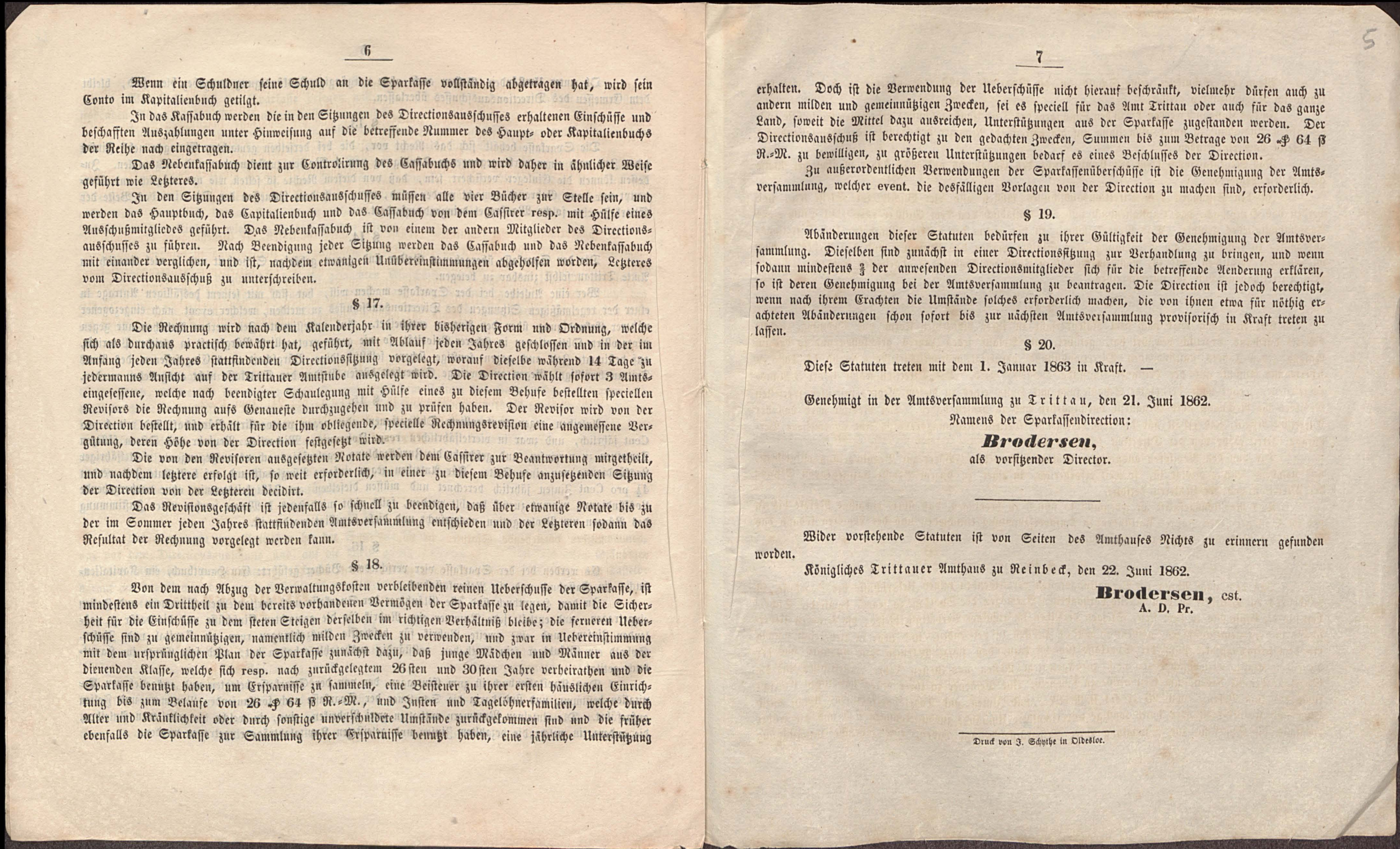
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

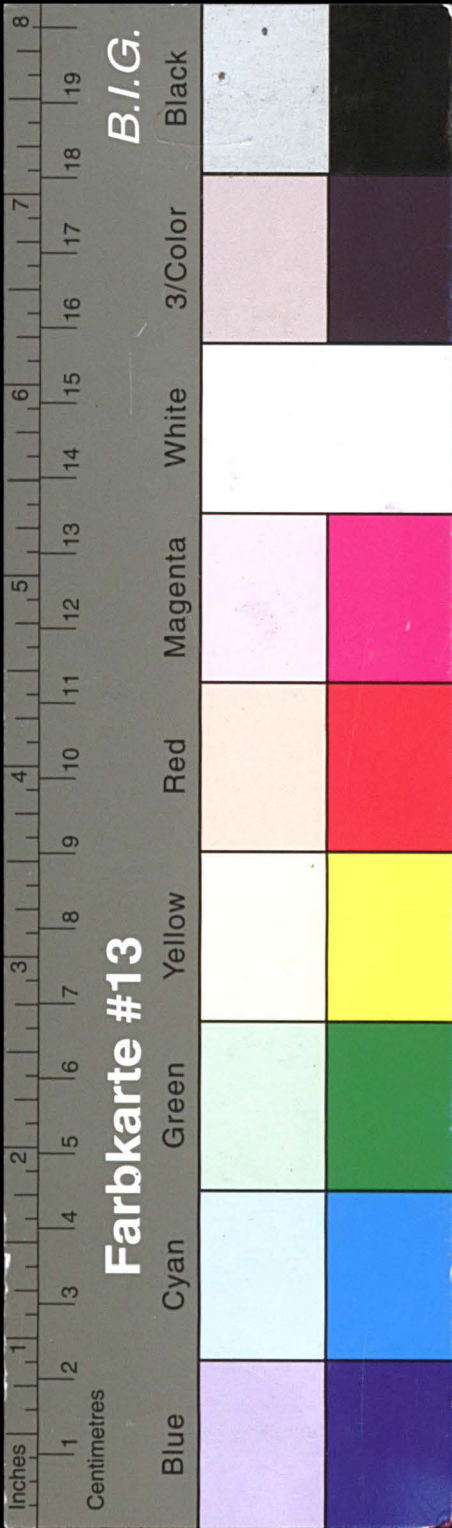




Kreisarchiv Stormarn E103

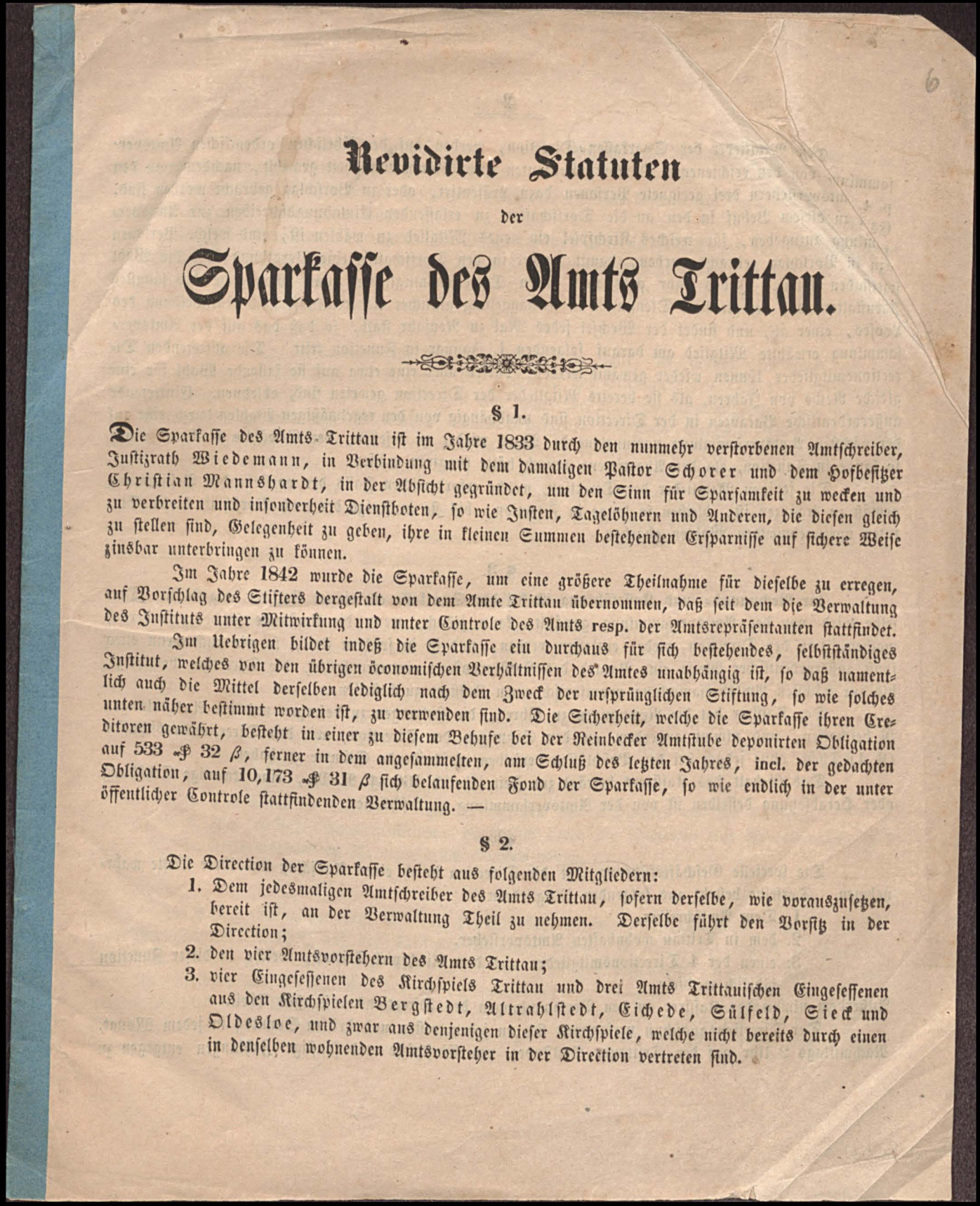
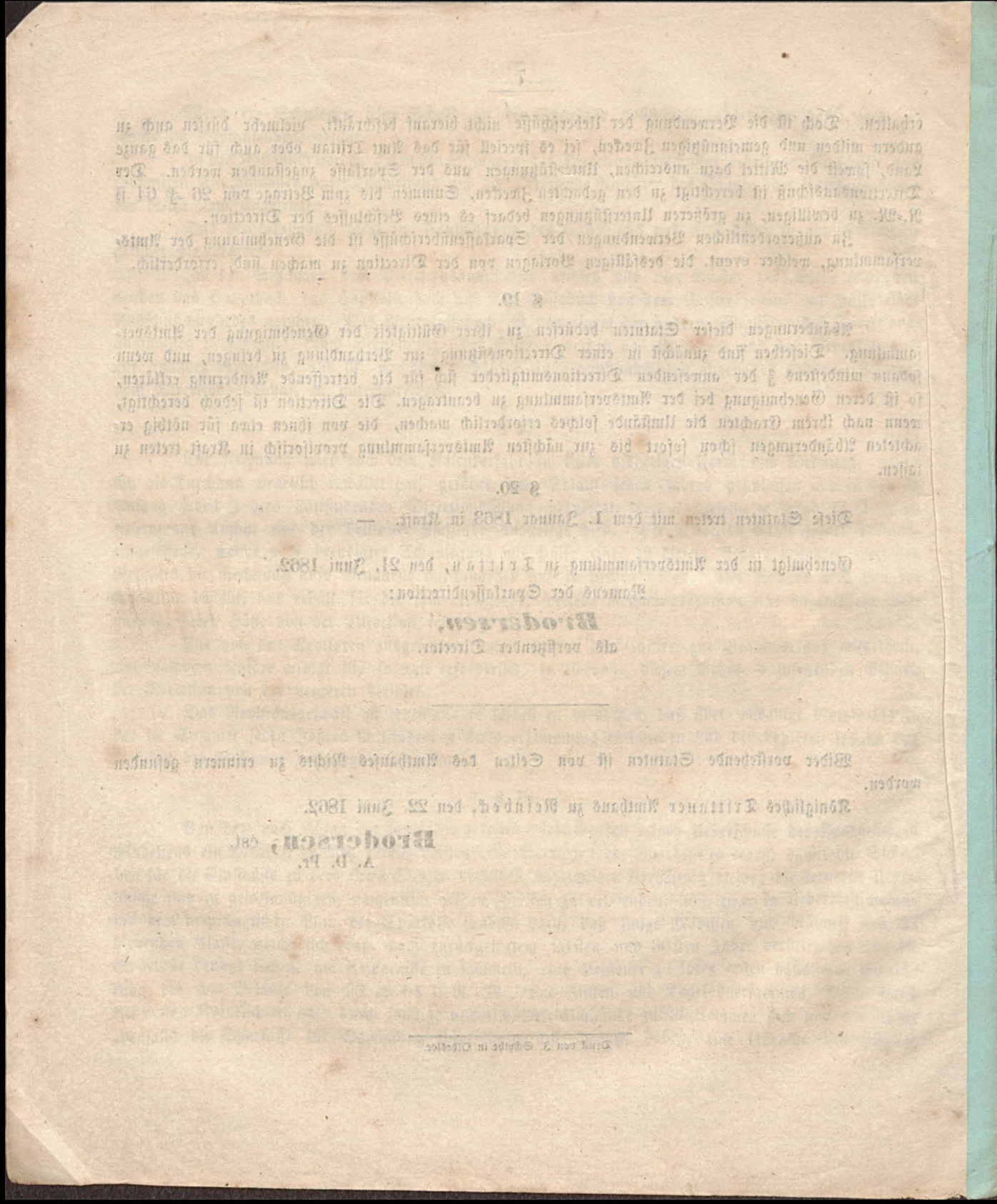
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

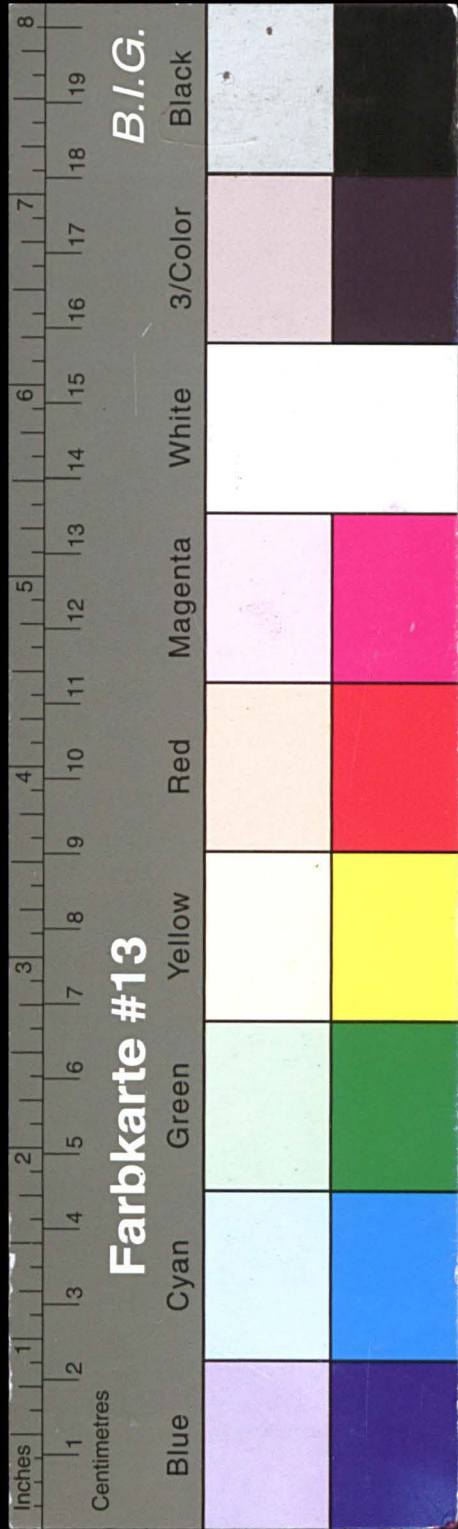




Kreisarchiv Stormarn E103

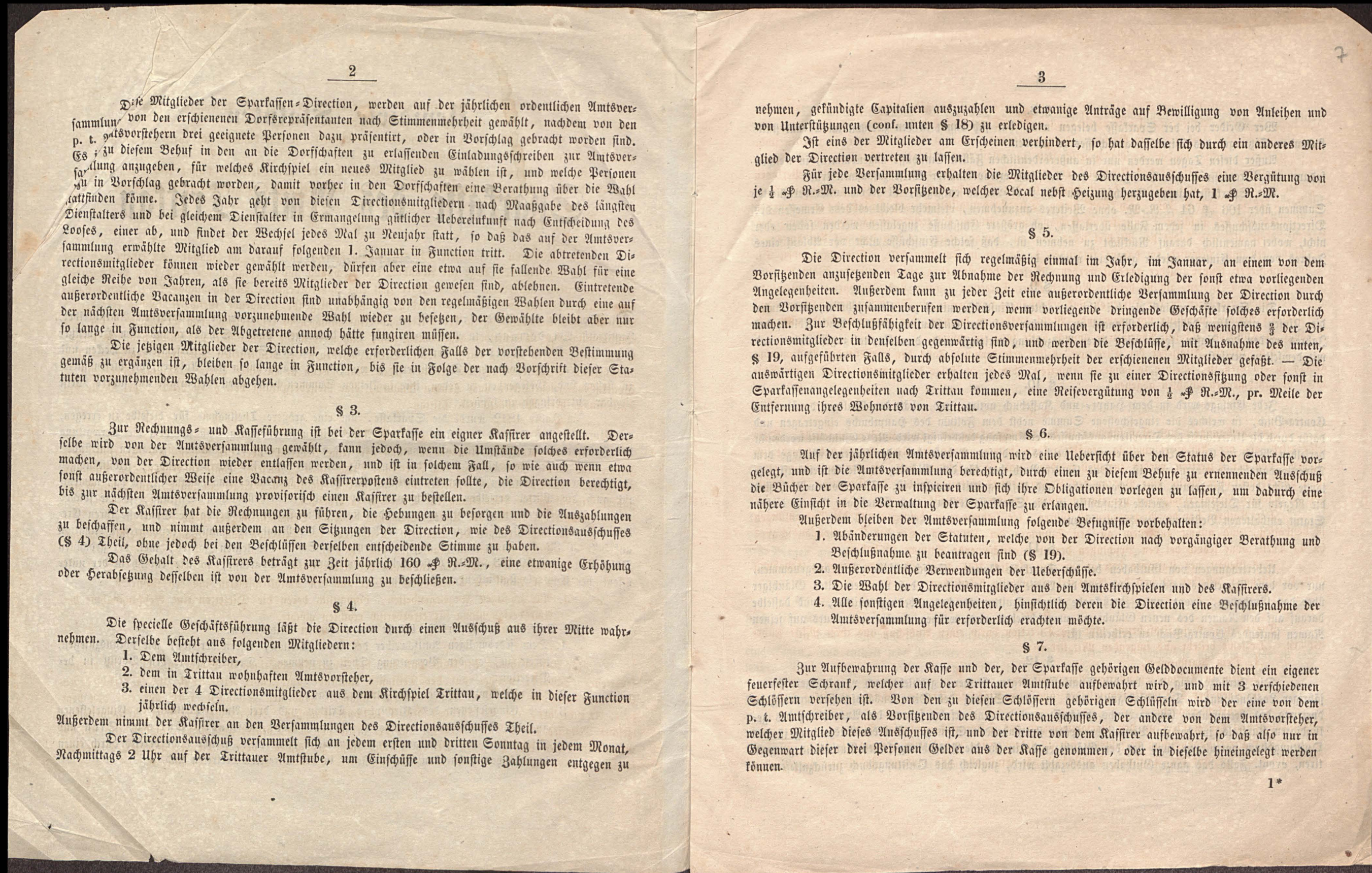
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

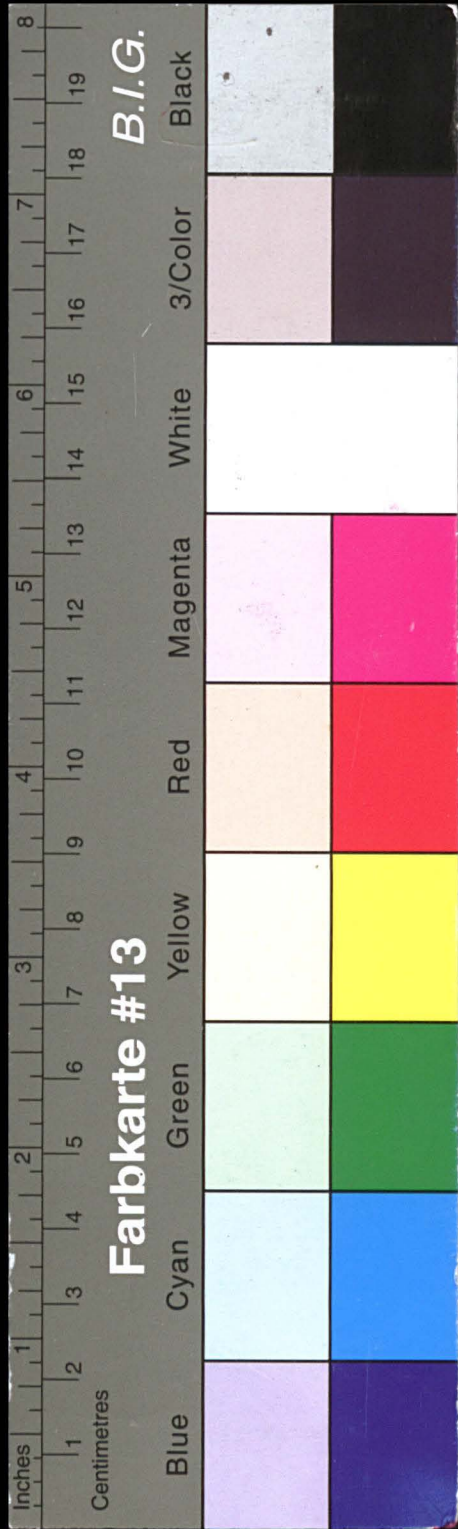




Kreisarchiv Stormarn E103

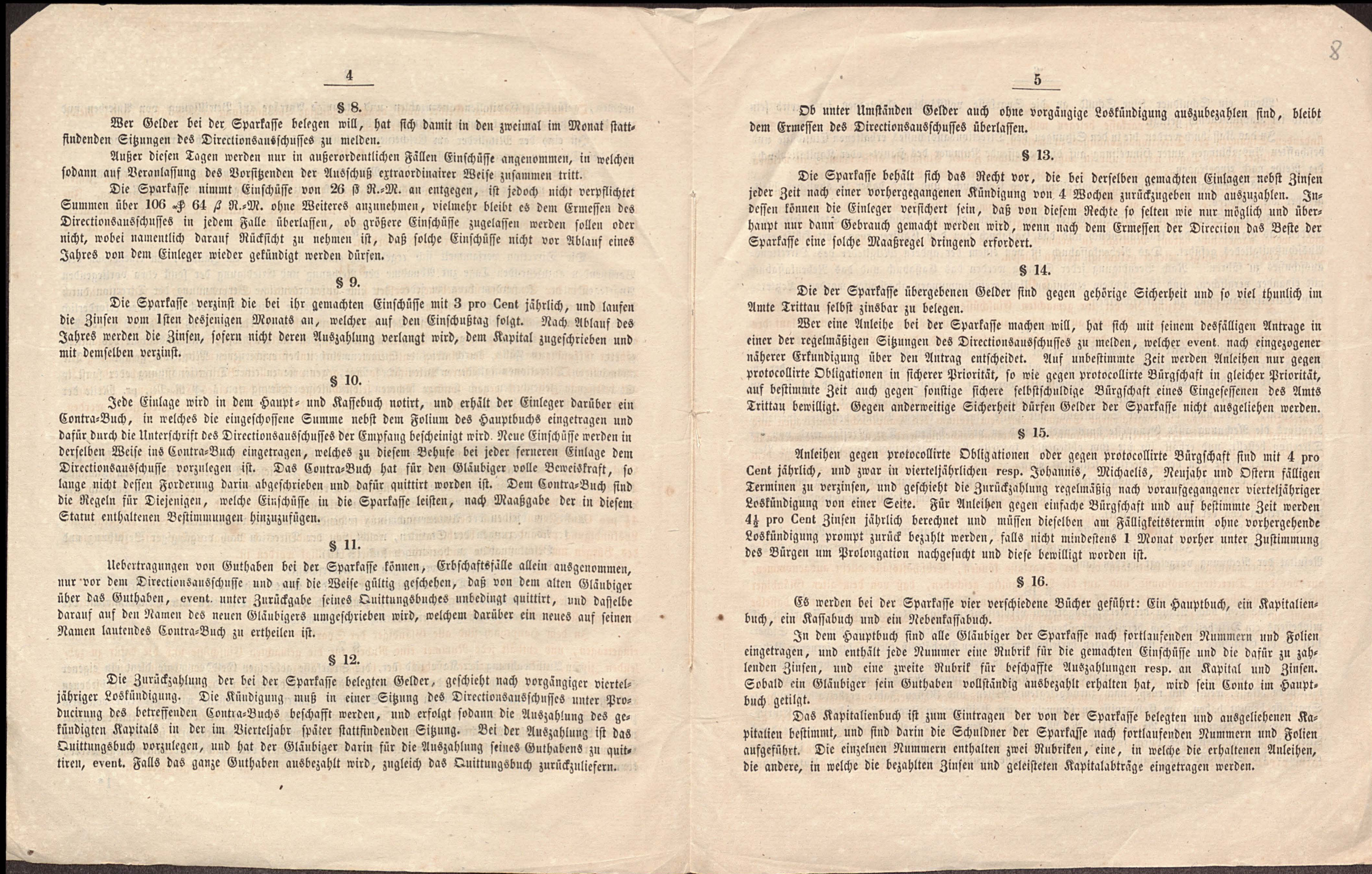
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

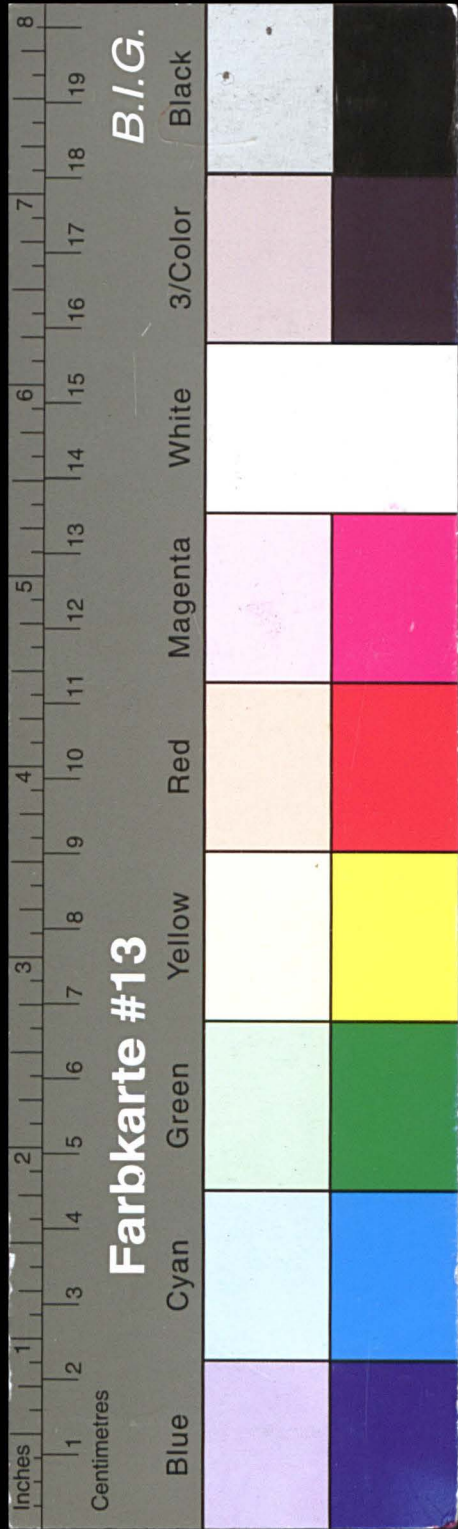




Kreisarchiv Stormarn E103

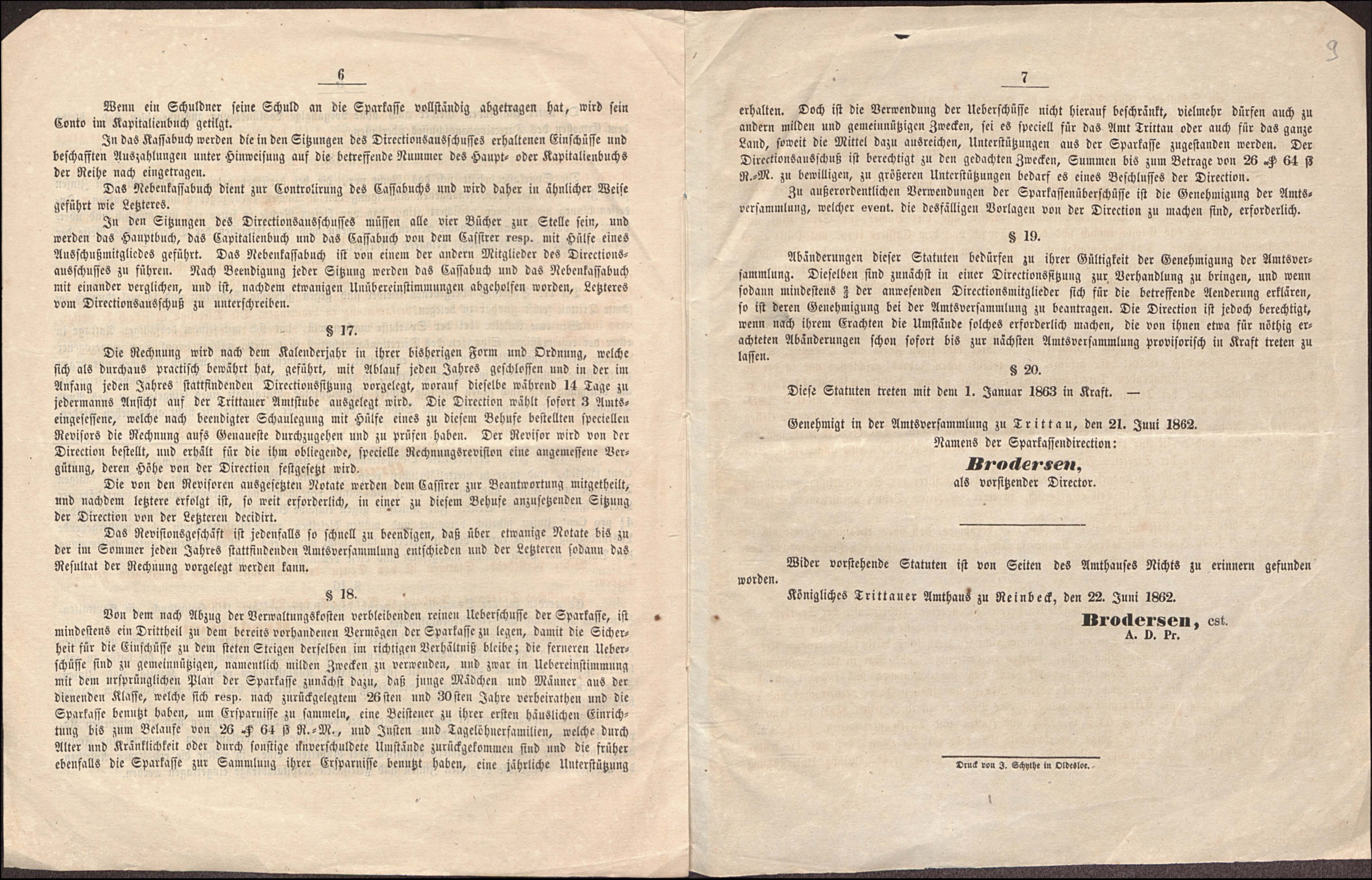
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

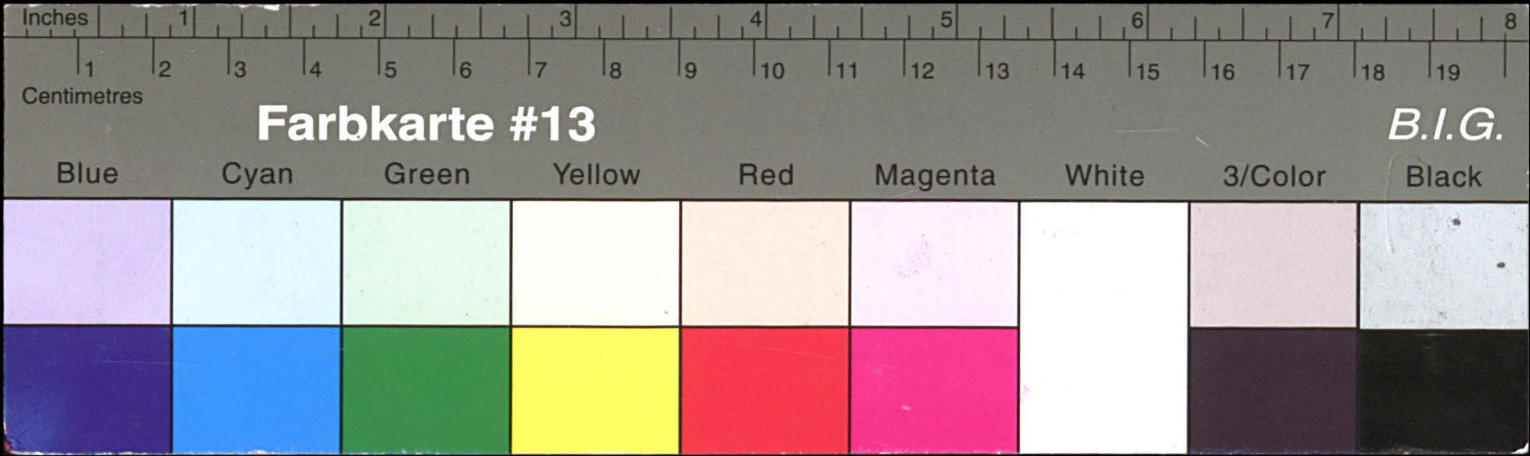




Kreisarchiv Stormarn E103

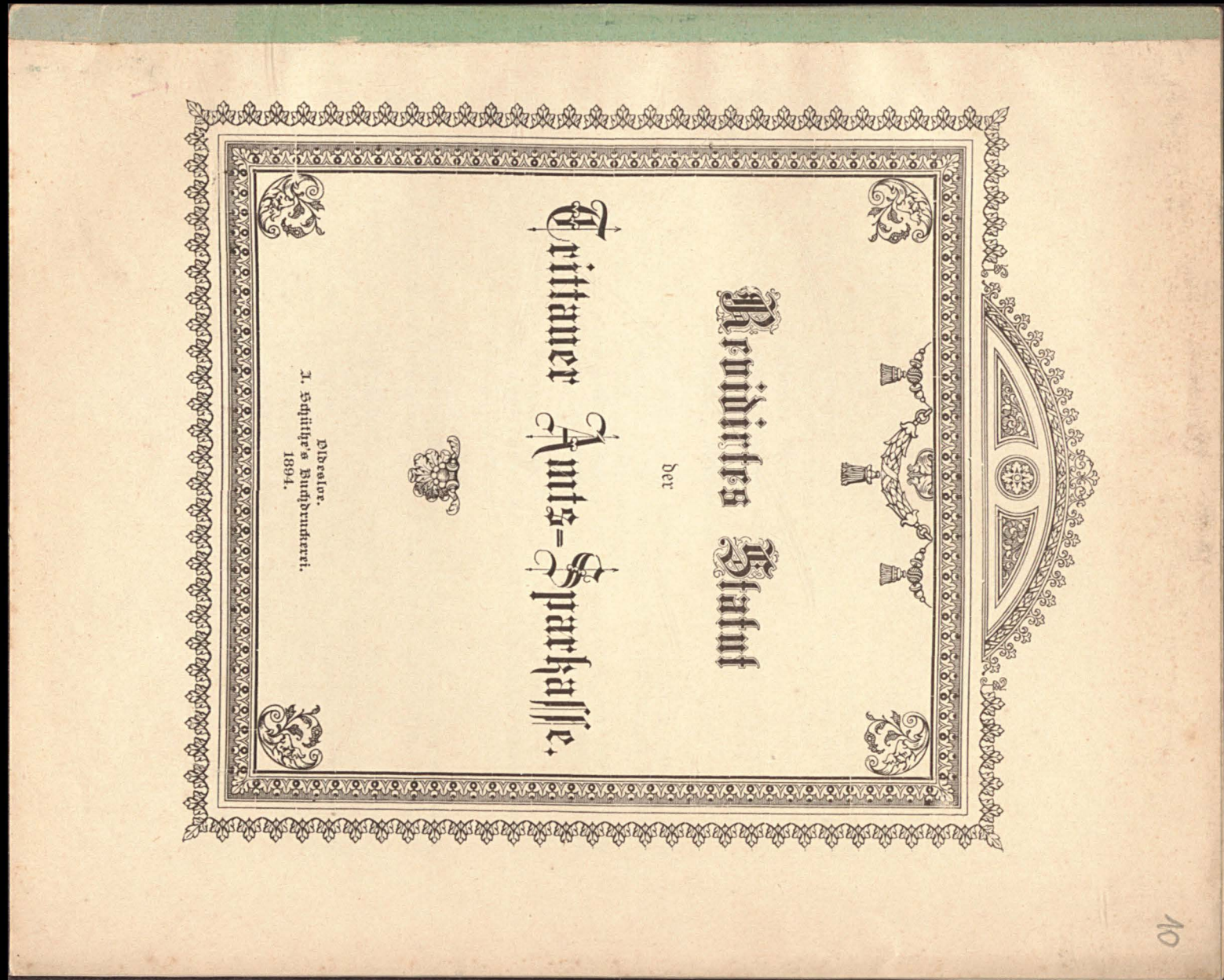
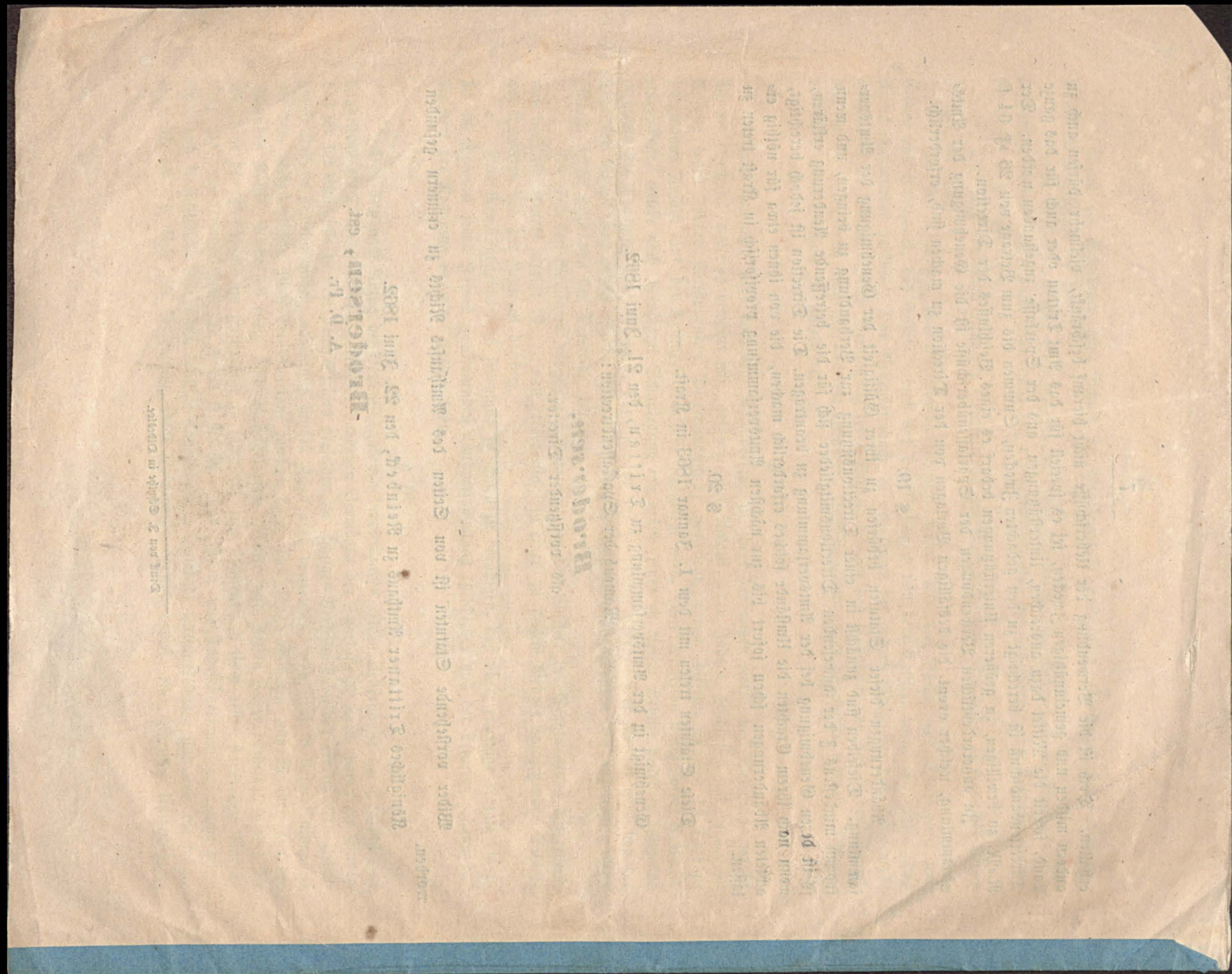
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

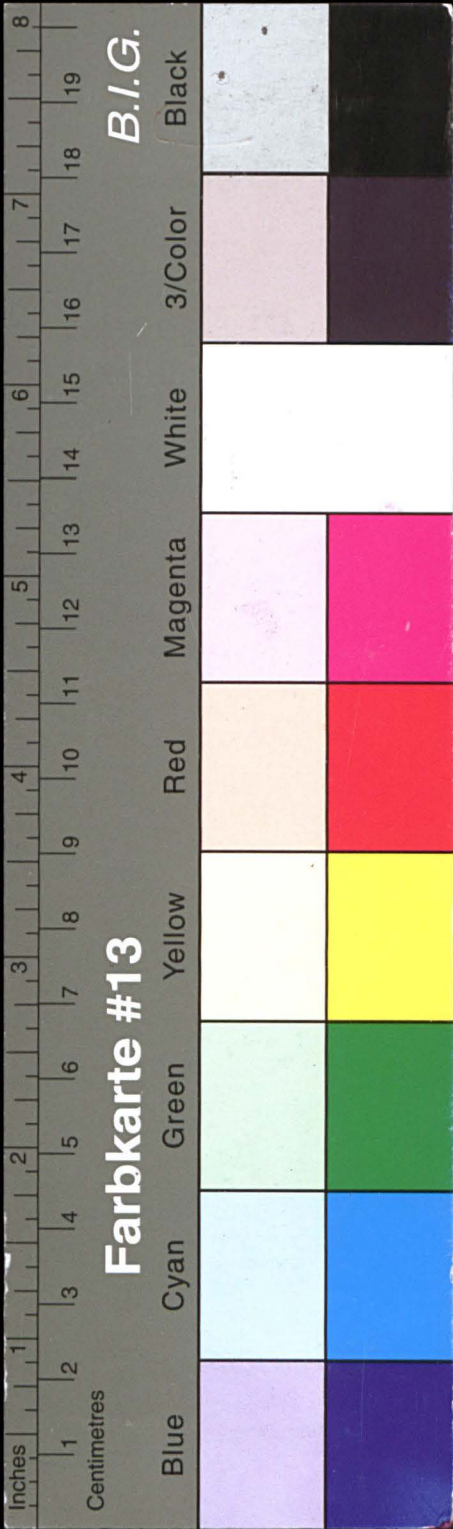




Kreisarchiv Stormarn E103

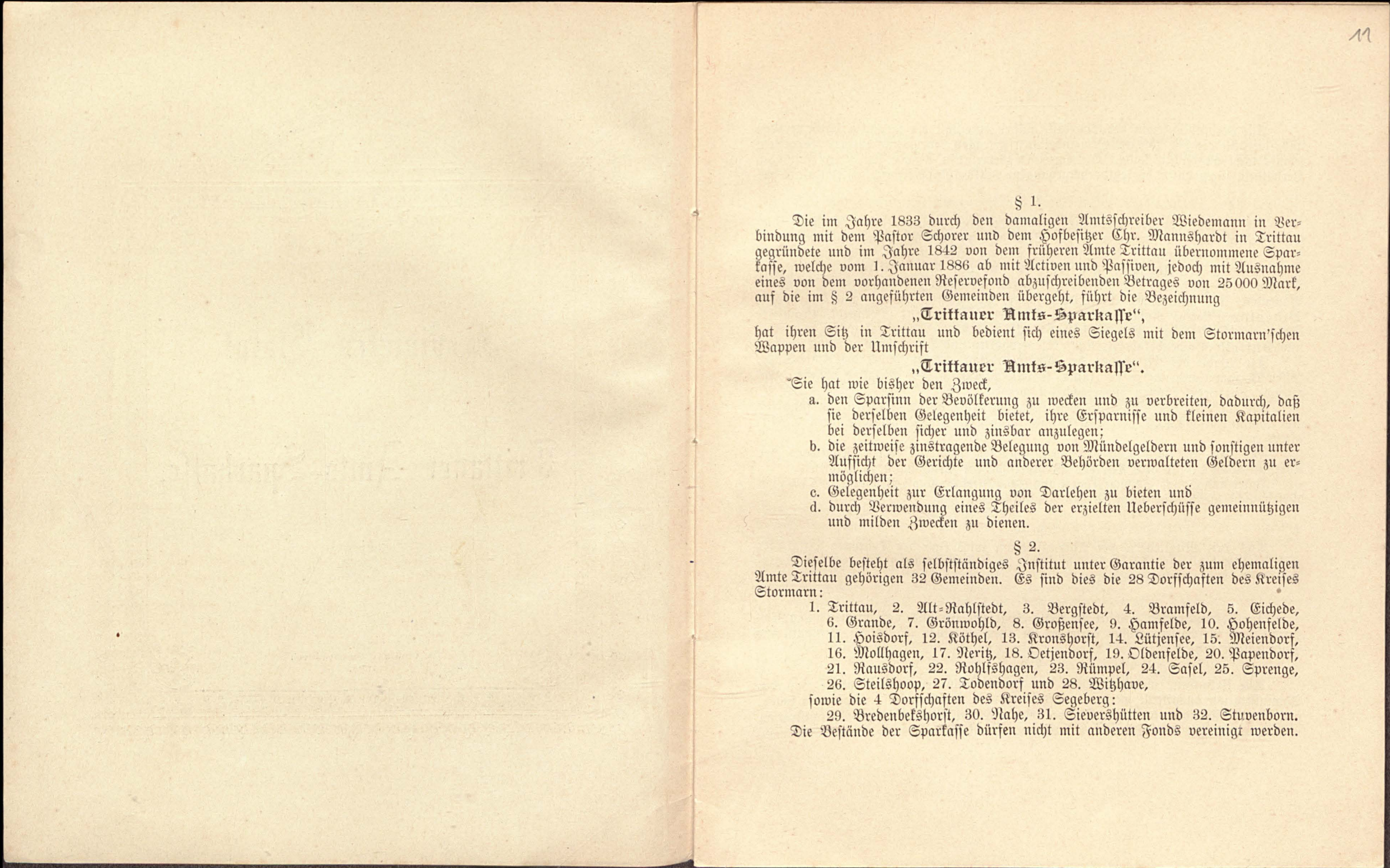
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

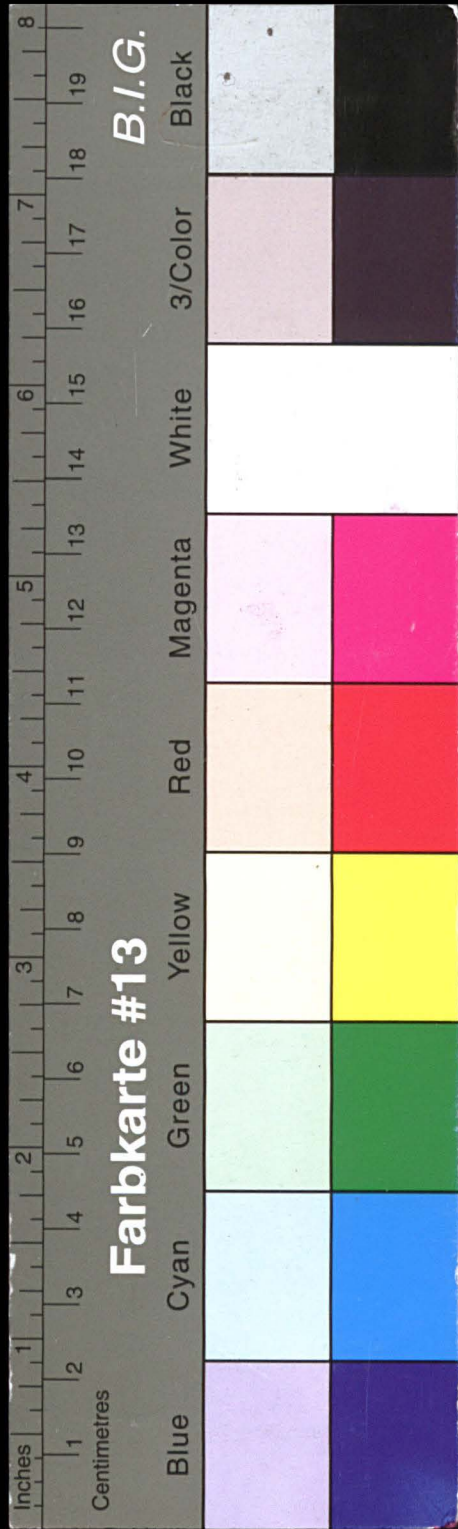




Kreisarchiv Stormarn E103

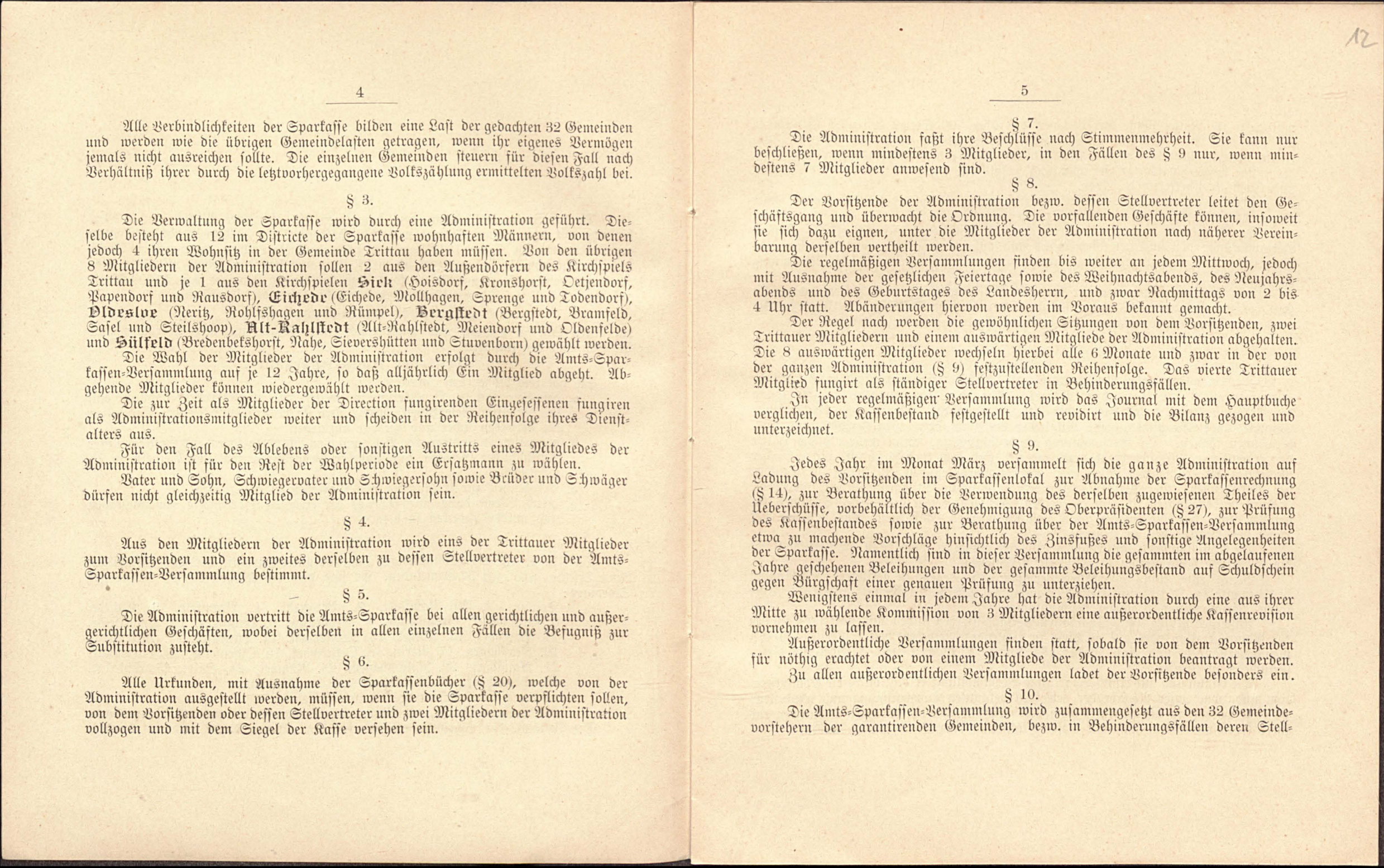
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

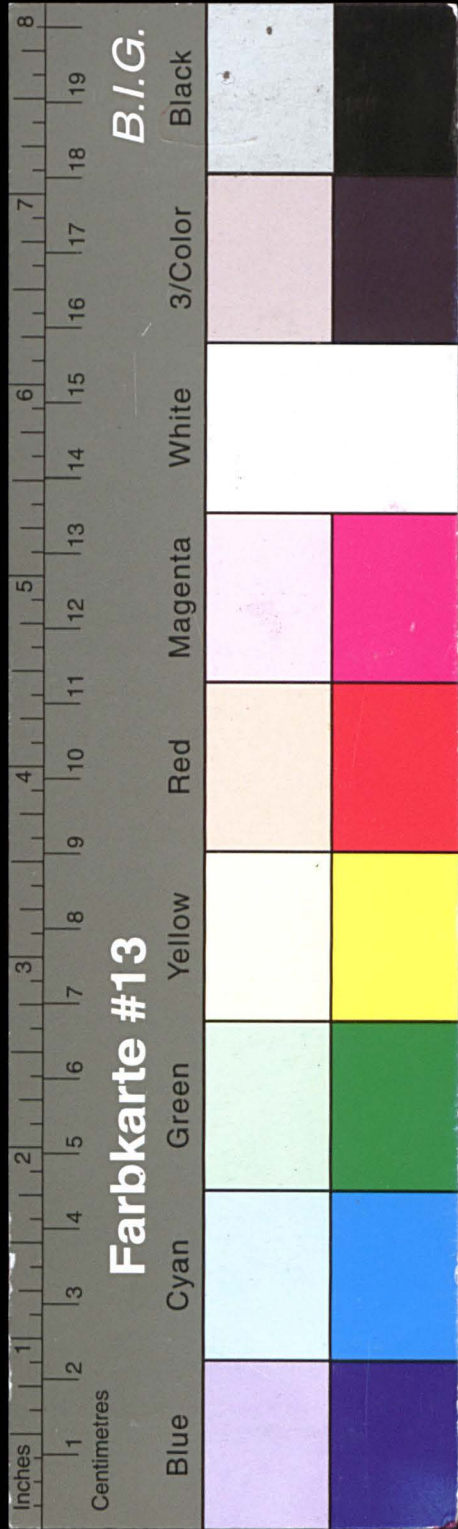




Kreisarchiv Stormarn E103

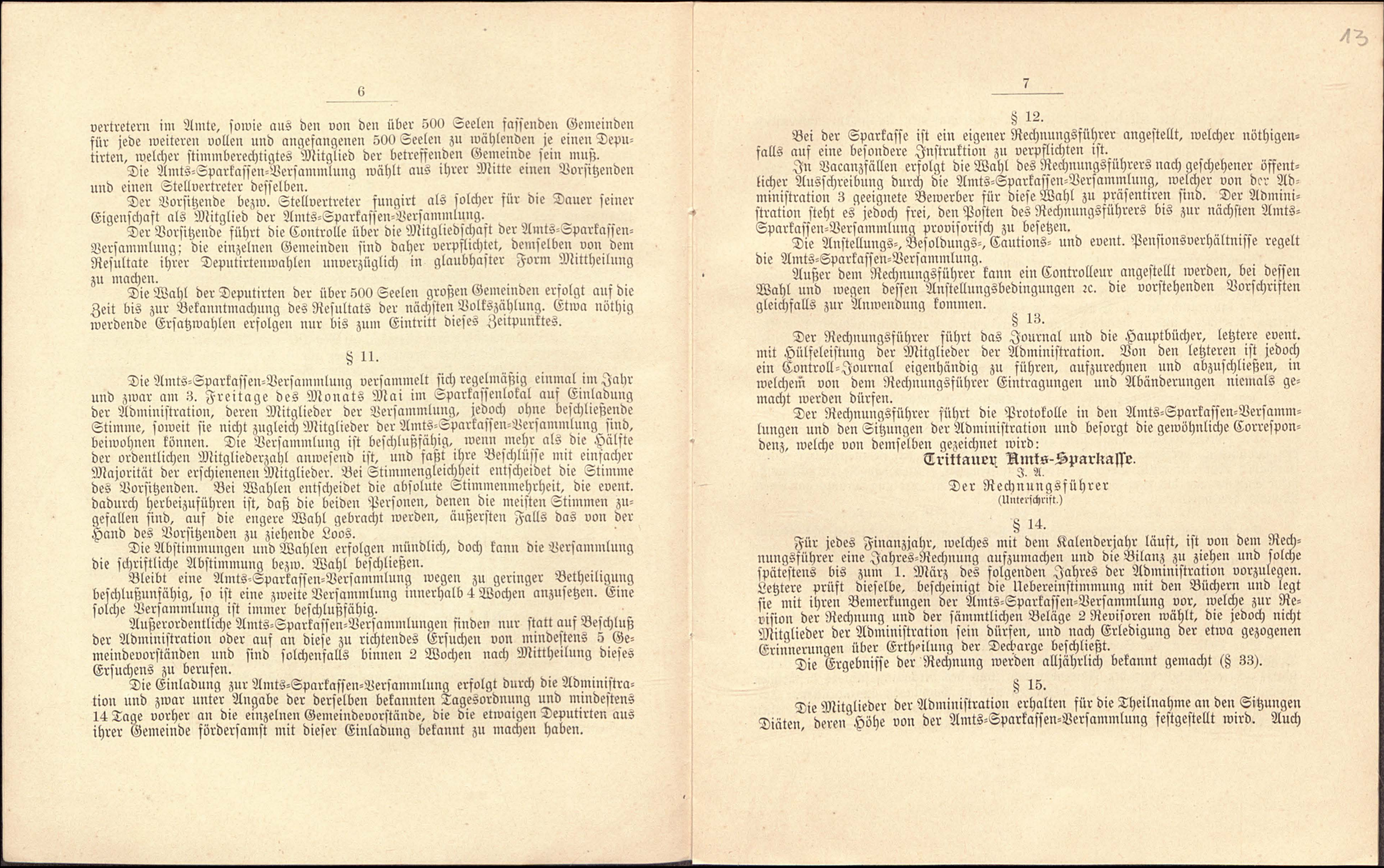
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

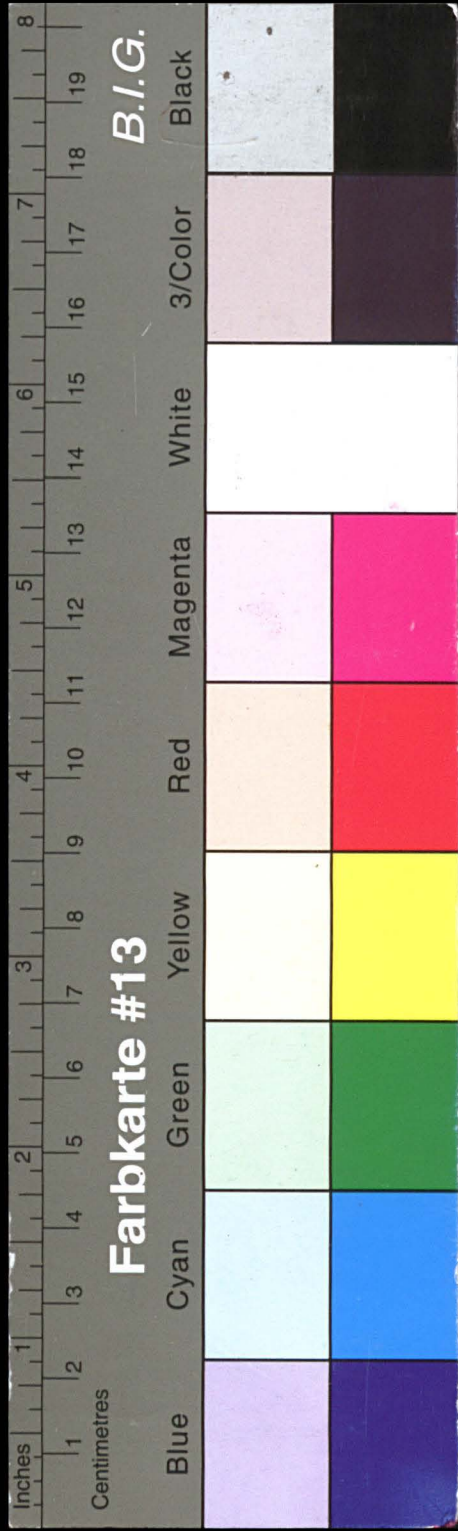




Kreisarchiv Stormarn E103

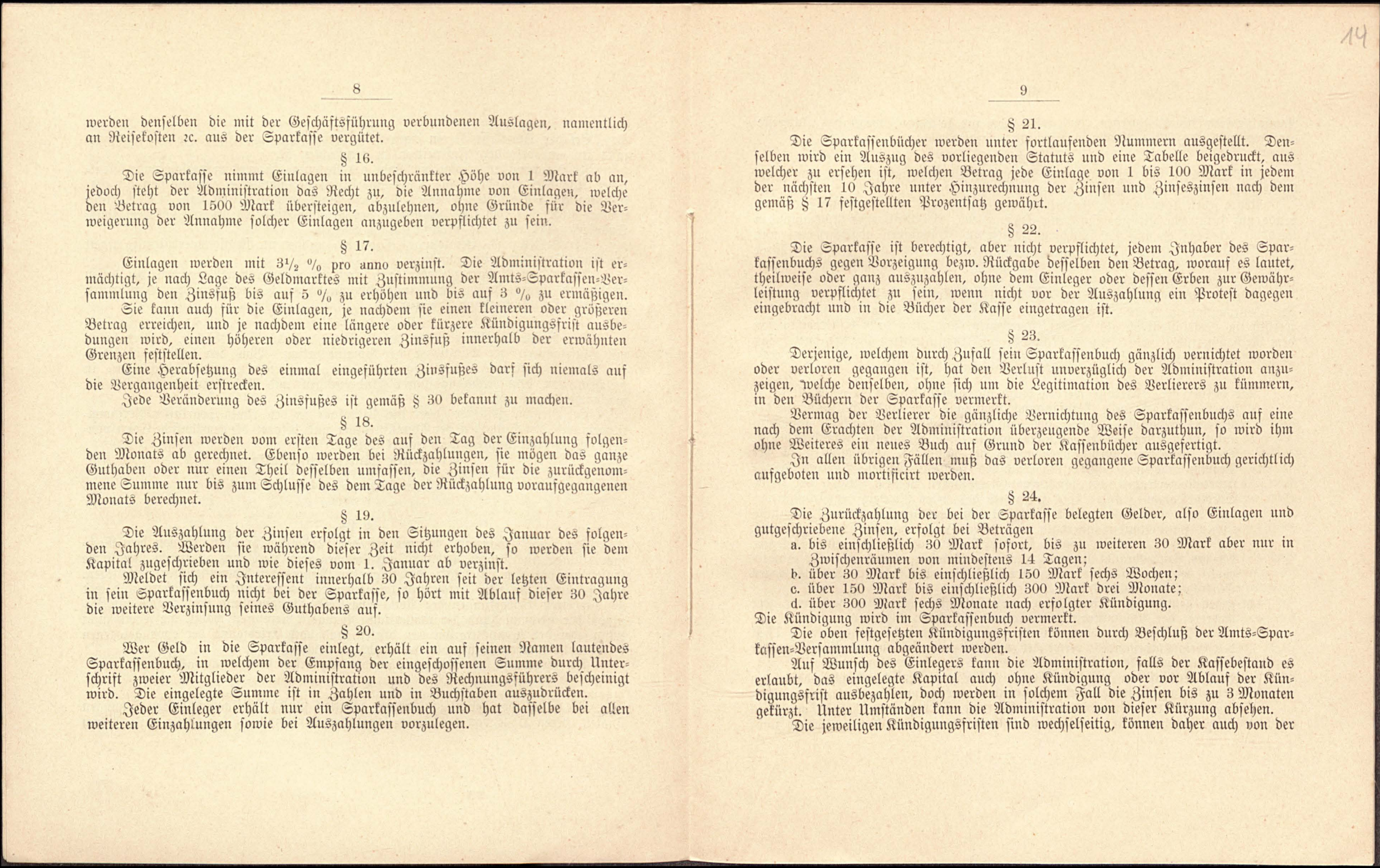
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

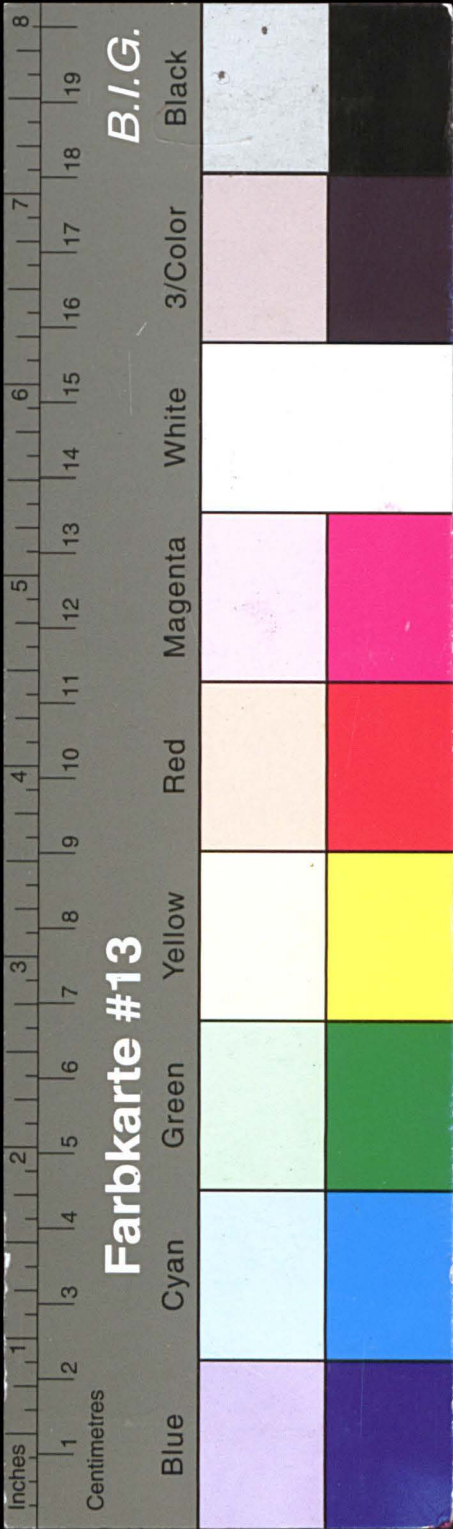




Kreisarchiv Stormarn E103

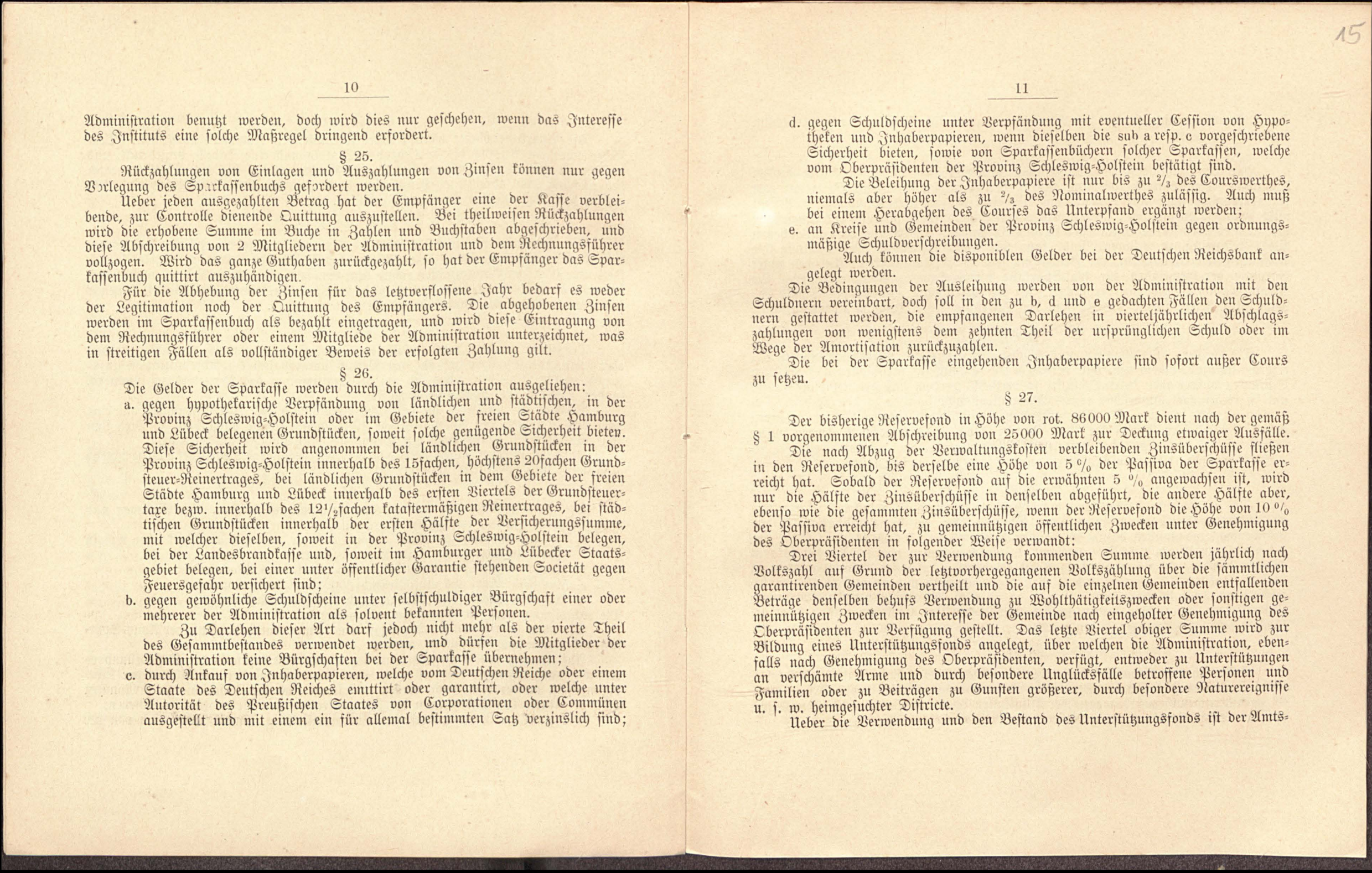
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

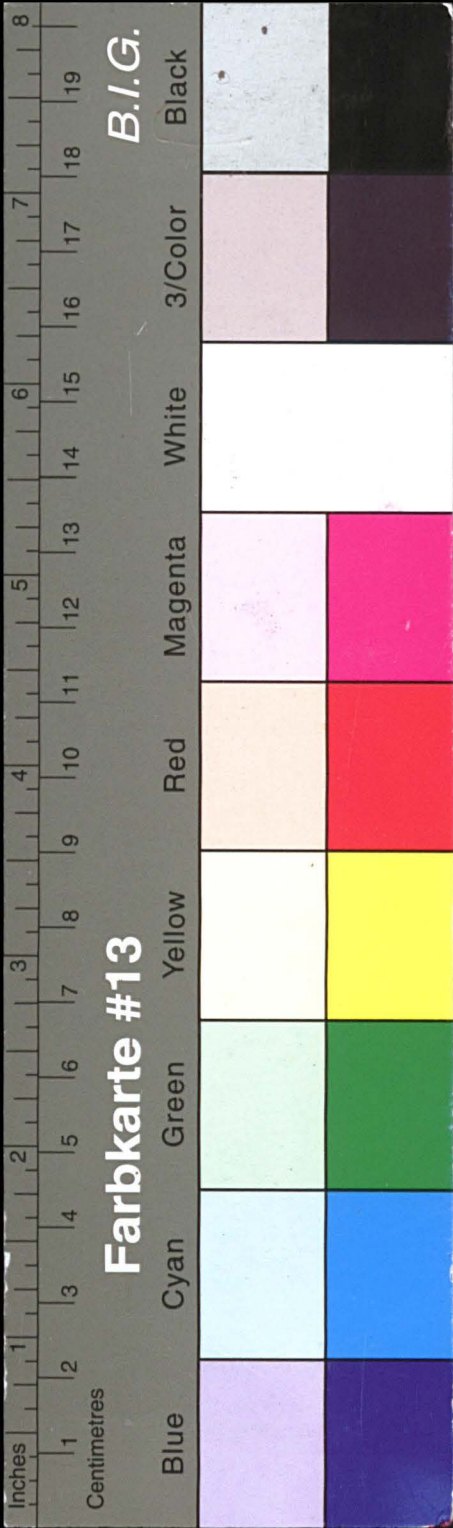




Kreisarchiv Stormarn E103

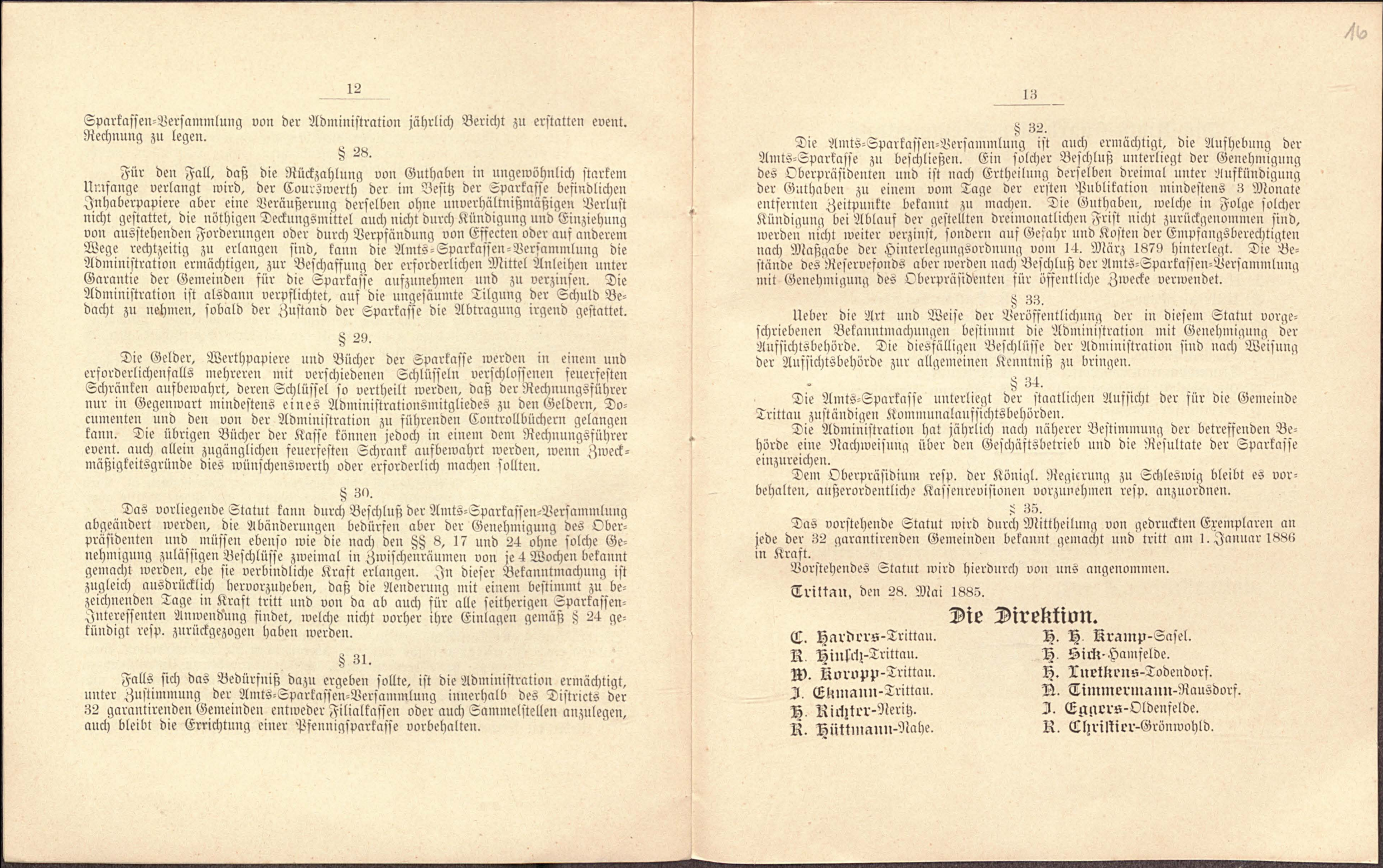
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

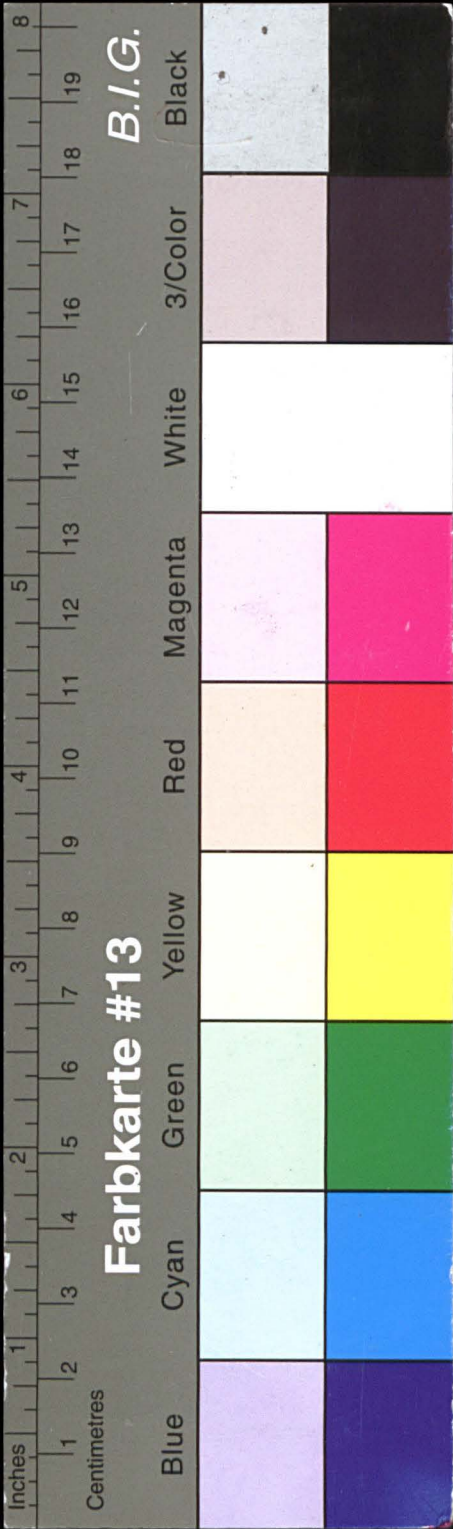




Kreisarchiv Stormarn E103

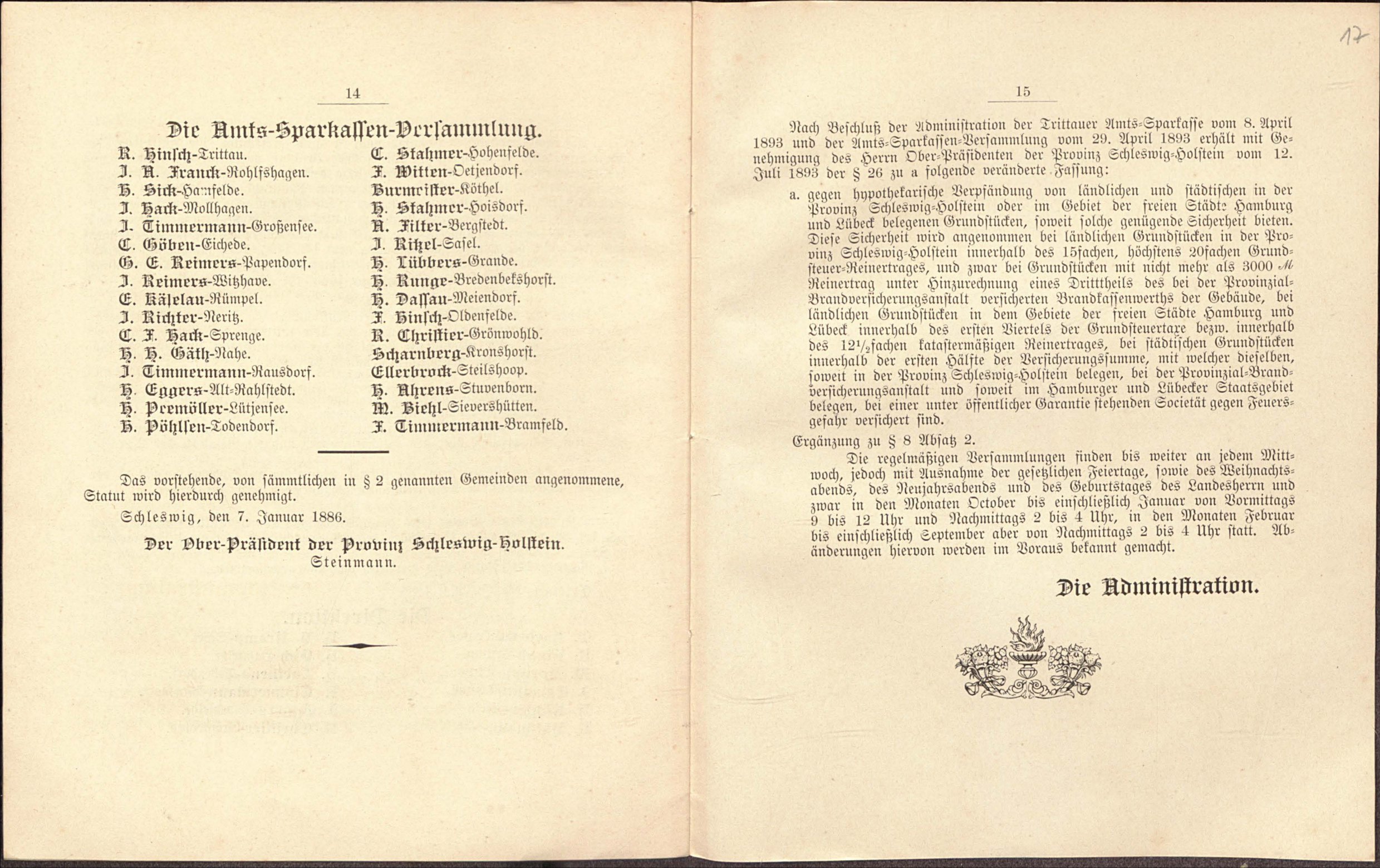
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

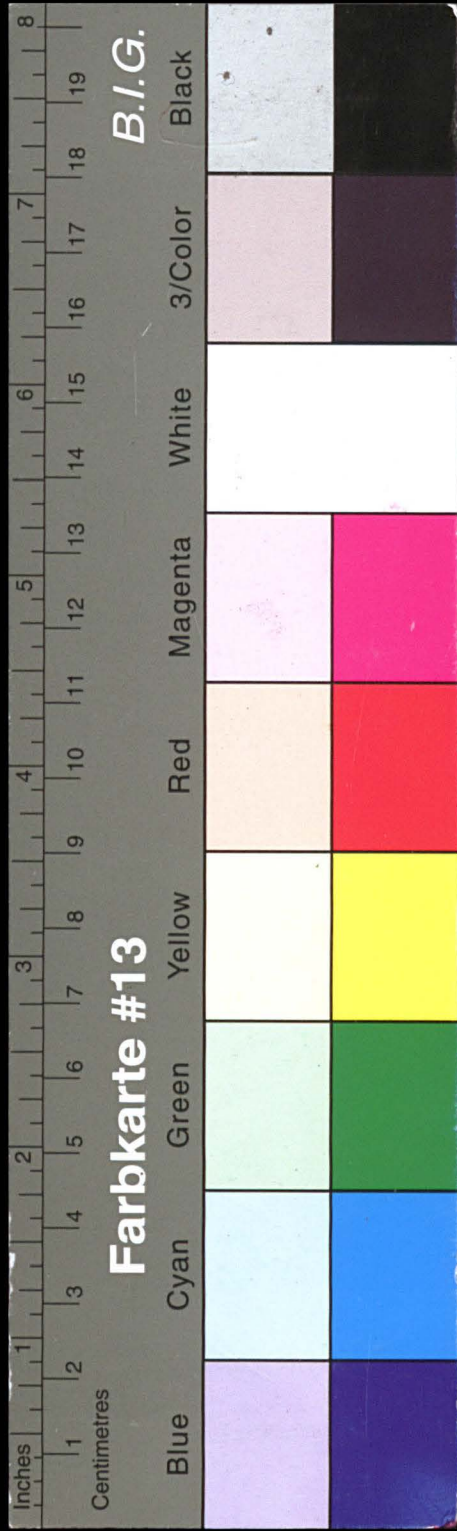




Kreisarchiv Stormarn E103

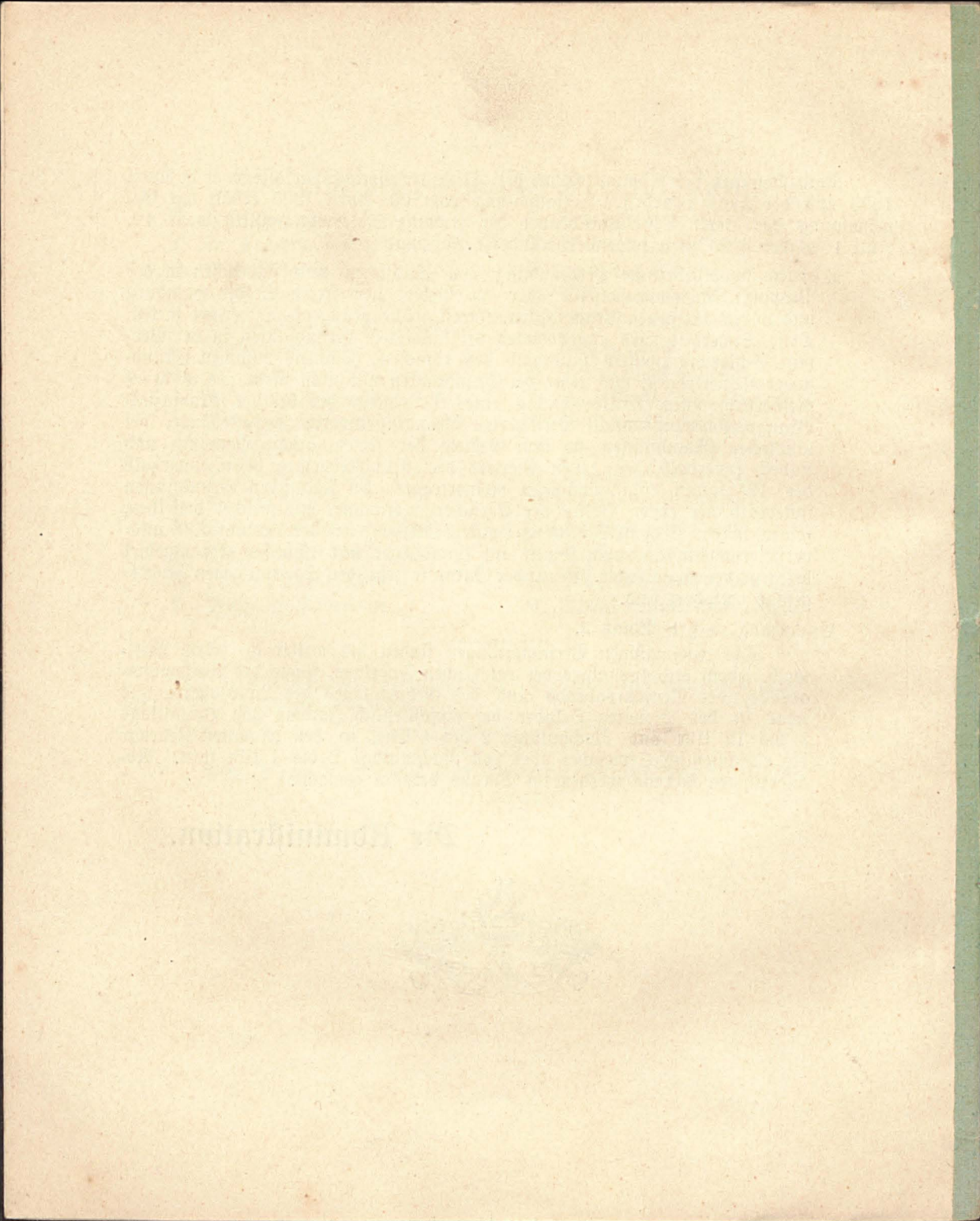
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

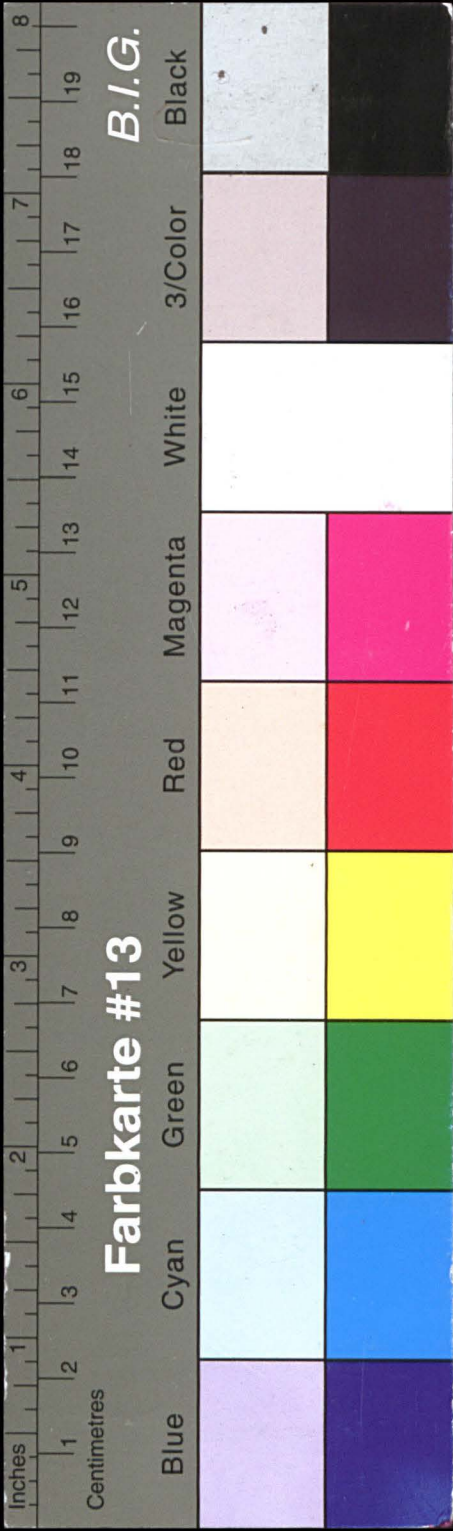




Kreisarchiv Stormarn E103

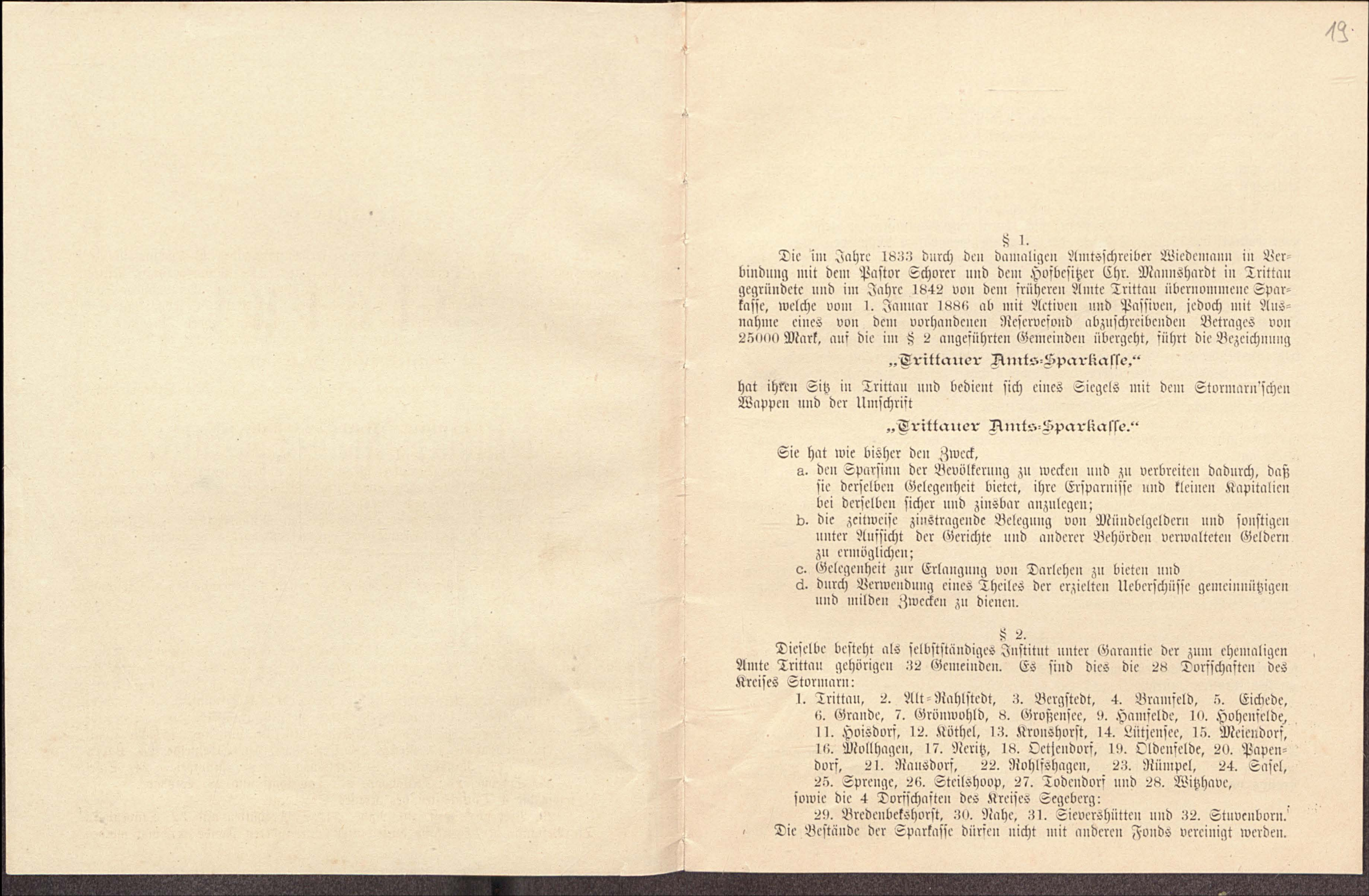
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

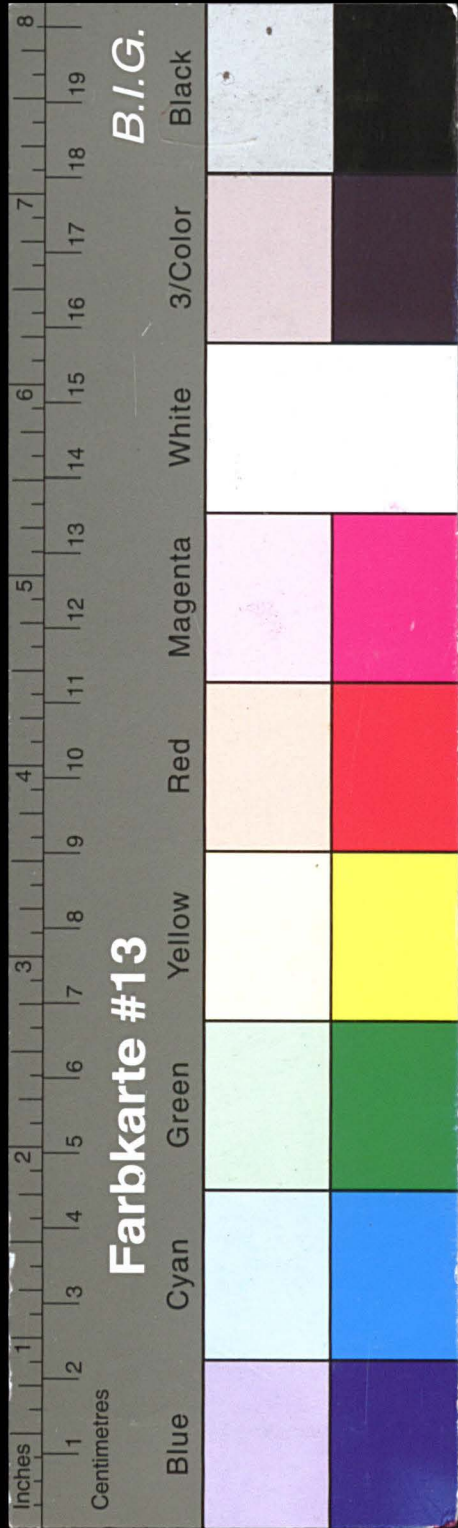




Kreisarchiv Stormarn E103

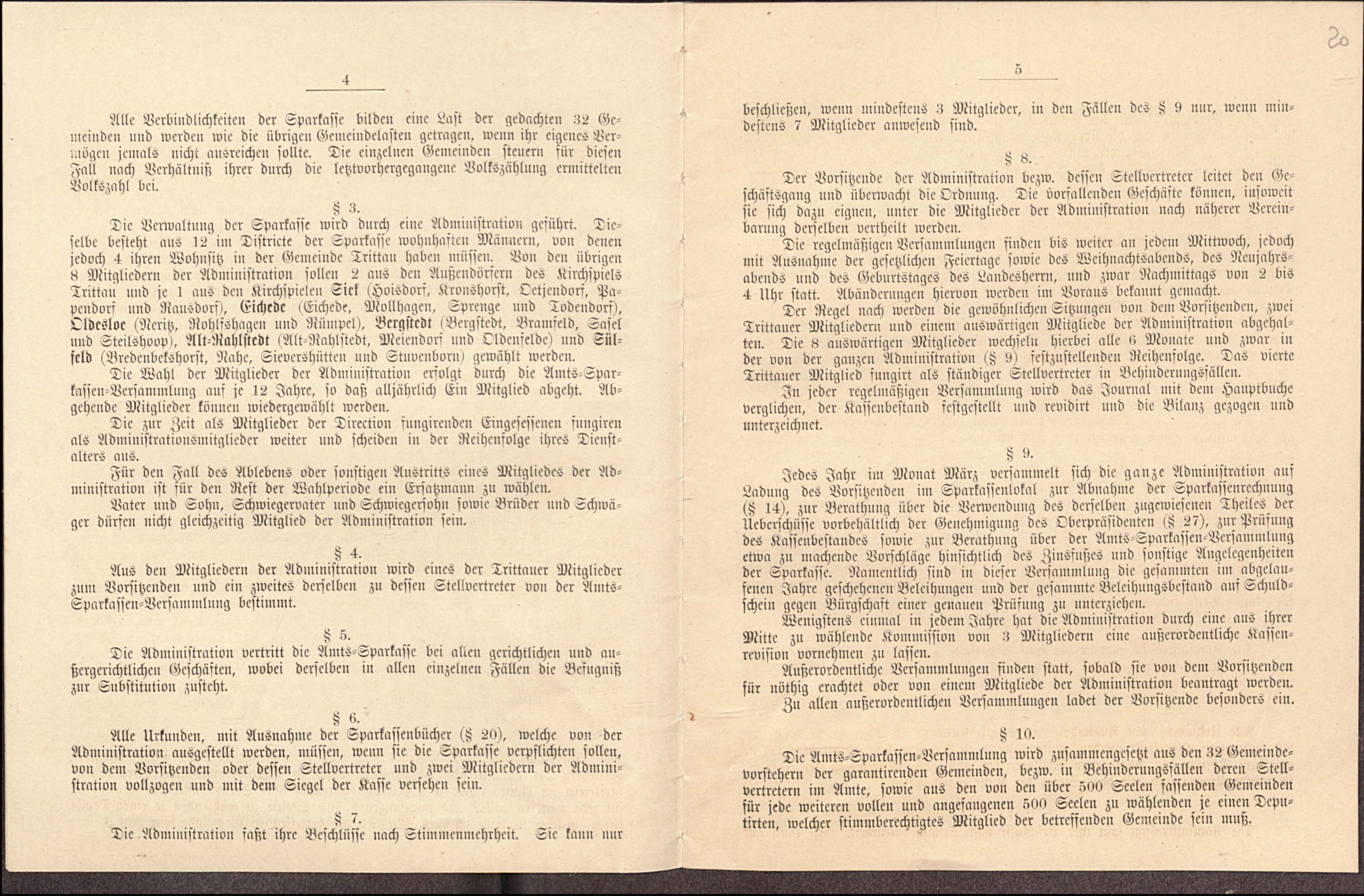
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

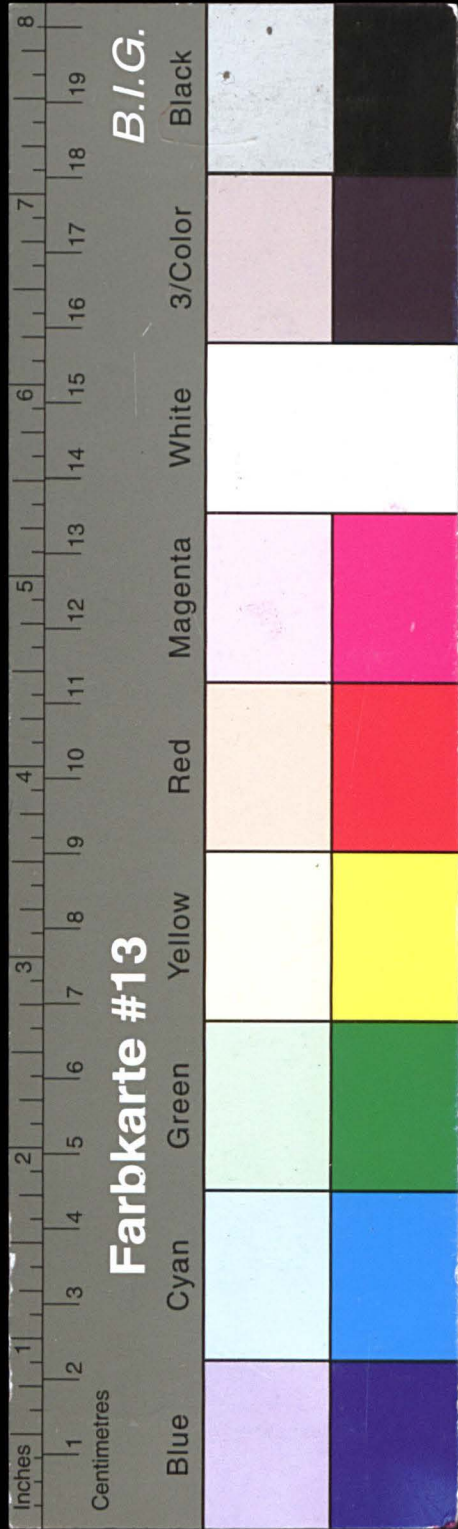




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Die Amts-Sparkassen-Versammlung wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben.

Der Vorsitzende bzw. Stellvertreter fungiert als solcher für die Dauer seiner Eigenschaft als Mitglied der Amts-Sparkassen-Versammlung.

Der Vorsitzende führt die Kontrolle über die Mitgliedschaft der Amts-Sparkassen-Versammlung; die einzelnen Gemeinden sind daher verpflichtet, denselben von dem Resultate ihrer Deputirtenwahlen unverzüglich in glaubhafter Form Mittheilung zu machen.

Die Wahl der Deputirten der über 500 Seelen großen Gemeinden erfolgt auf die Zeit bis zur Bekanntmachung des Resultats der nächsten Volkszählung. Etwa nöthig werdende Ergänzwahlen erfolgen nur bis zum Eintritt dieses Zeitpunktes.

§ 11.

Die Amts-Sparkassen-Versammlung versammelt sich regelmäßig einmal im Jahr und zwar am 3. Freitage des Monats Mai im Sparkassenlokal auf Einladung der Administration, deren Mitglieder der Versammlung, jedoch ohne beschließende Stimme, soweit sie nicht zugleich Mitglieder der Amts-Sparkassen-Versammlung sind, beizuwohnen können. Die Versammlung ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der ordentlichen Mitgliederzahl anwesend ist, und faßt ihre Beschlüsse mit einfacher Majorität der erschienenen Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Bei Wahlen entscheidet die absolute Stimmenmehrheit, die event. dadurch herbeizuführen ist, daß die beiden Personen, denen die meisten Stimmen zu gefallen sind, auf die engere Wahl gebracht werden, äußersten Falls das von der Hand des Vorsitzenden zu ziehende Loos.

Die Abstimmungen und Wahlen erfolgen mündlich, doch kann die Versammlung die schriftliche Abstimmung bzw. Wahl beschließen.

Bleibt eine Amts-Sparkassen-Versammlung wegen zu geringer Theilnehmung beschlußunfähig, so ist eine zweite Versammlung innerhalb 4 Wochen anzusetzen. Eine solche Versammlung ist immer beschlußfähig.

Außerordentliche Amts-Sparkassen-Versammlungen finden nur statt auf Beschluß der Administration oder auf an diese zu richtendes Ersuchen von mindestens 5 Gemeindevorständen und sind solchenfalls binnen 2 Wochen nach Mittheilung dieses Ersuchens zu berufen.

Die Einladung zur Amts-Sparkassen-Versammlung erfolgt durch die Administration und zwar unter Angabe der derselben bekannten Tagesordnung und mindestens 14 Tage vorher an die einzelnen Gemeindevorstände, die die etwaigen Deputirten aus ihrer Gemeinde förderamtlich mit dieser Einladung bekannt zu machen haben.

§ 12.

Bei der Sparkasse ist ein eigener Rechnungsführer angestellt, welcher nöthigenfalls auf eine besondere Instruction zu verpflichten ist.

In Vacanzfällen erfolgt die Wahl des Rechnungsführers nach geschehener öffentlicher Ausschreibung durch die Amts-Sparkassen-Versammlung, welcher von der Administration 3 geeignete Bewerber für diese Wahl zu präsentiren sind. Der Admini-

stration steht es jedoch frei, den Posten des Rechnungsführers bis zur nächsten Amts-Sparkassen-Versammlung provisorisch zu besetzen.

Die Anstellungs-, Befoldungs-, Cautions- und event. Pensionsverhältnisse regelt die Amts-Sparkassen-Versammlung.

Außer dem Rechnungsführer kann ein Controllleur angestellt werden, bei dessen Wahl und wegen dessen Anstellungsbedingungen zc. die vorstehenden Vorschriften gleichfalls zur Anwendung kommen.

§ 13.

Der Rechnungsführer führt das Journal und die Hauptbücher, letztere event. mit Hülfeleistung der Mitglieder der Administration. Von den letzteren ist jedoch ein Controll-Journal eigenhändig zu führen, aufzurechnen und abzuschließen, in welchem von dem Rechnungsführer Eintragungen und Abänderungen niemals gemacht werden dürfen.

Der Rechnungsführer führt die Protokolle in den Amts-Sparkassen-Versammlungen und den Sitzungen der Administration und besorgt die gewöhnliche Correspondenz, welche von demselben gezeichnet wird:

Trittaner Amts-Sparkasse.

Der Rechnungsführer
(Unterschrift.)

§ 14.

Für jedes Finanzjahr, welches mit dem Kalenderjahr läuft, ist von dem Rechnungsführer eine Jahres-Rechnung aufzumachen und die Bilanz zu ziehen und solche spätestens bis zum 1. März des folgenden Jahres der Administration vorzulegen. Letztere prüft dieselbe, beschließt die Uebereinstimmung mit den Büchern und legt sie mit ihren Bemerkungen der Amts-Sparkassen-Versammlung vor, welche zur Revision der Rechnung und der sämtlichen Beläge 2 Revisoren wählt, die jedoch nicht Mitglieder der Administration sein dürfen, und nach Erledigung der etwa gezogenen Erinnerungen über Ertheilung der Decharge beschließt.

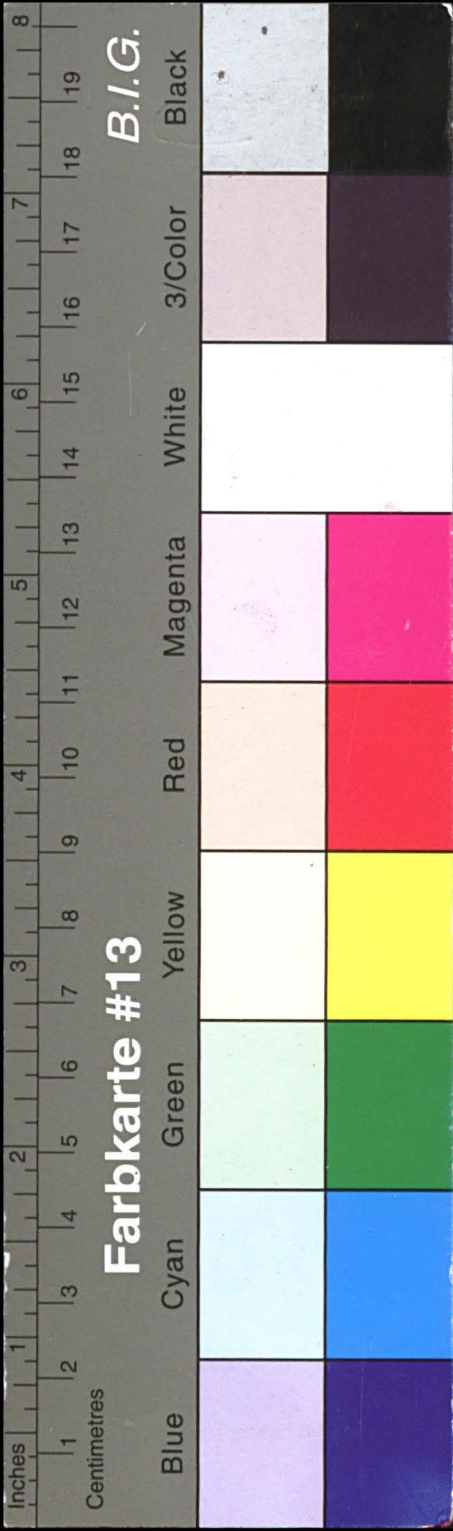
Die Ergebnisse der Rechnung werden alljährlich bekannt gemacht (§ 33).

§ 15.

Die Mitglieder der Administration erhalten für die Theilnahme an den Sitzungen Diäten, deren Höhe von der Amts-Sparkassen-Versammlung festgestellt wird. Auch werden denselben die mit der Geschäftsführung verbundenen Auslagen, namentlich an Reisekosten zc. aus der Sparkasse vergütet.

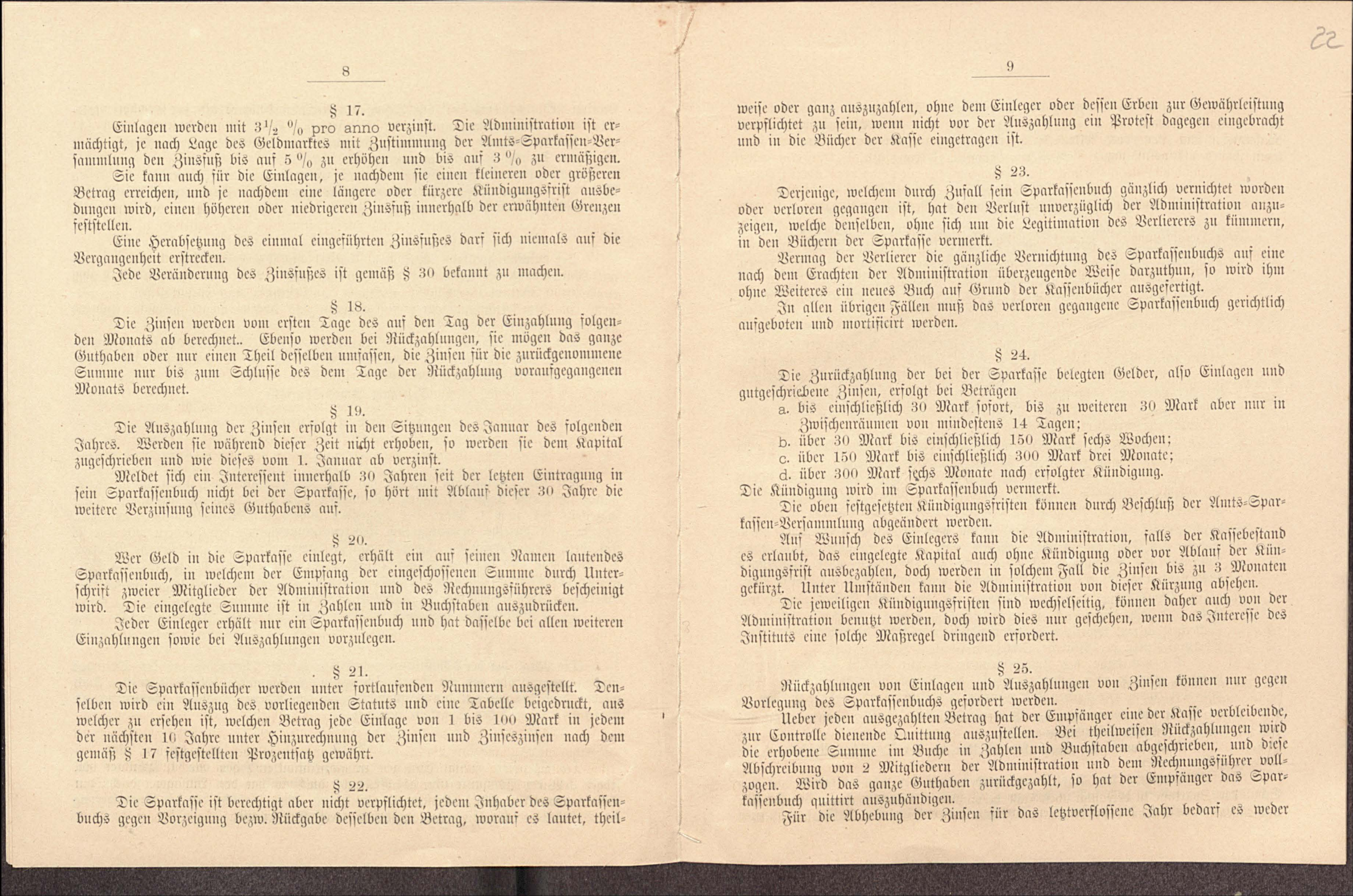
§ 16.

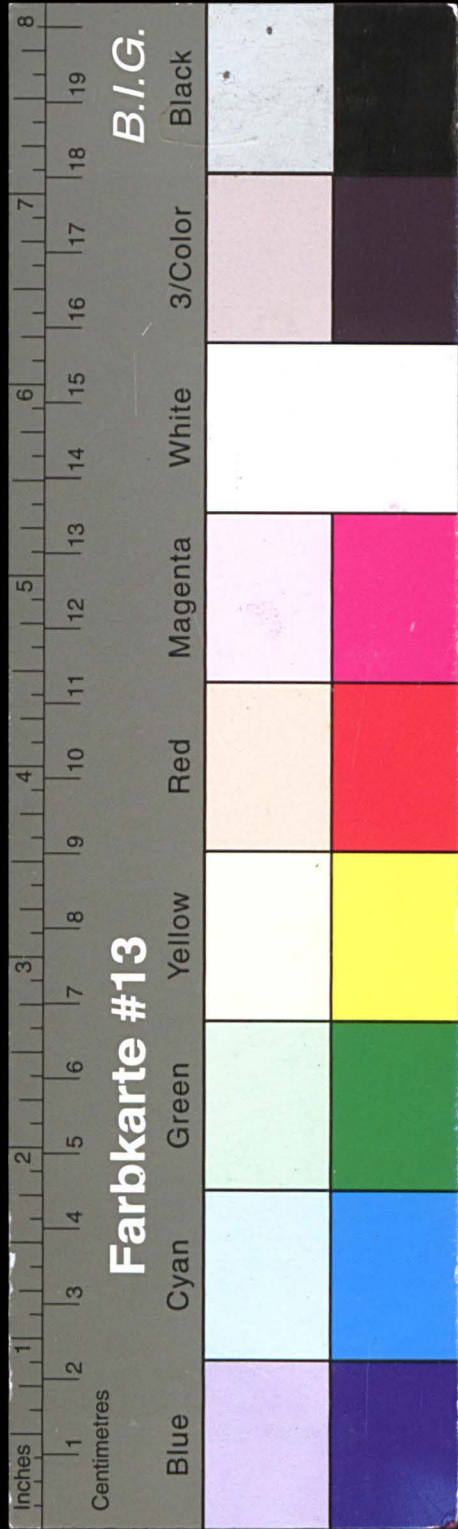
Die Sparkasse nimmt Einlagen in unbeschränkter Höhe von 1 Mark ab an, jedoch steht der Administration das Recht zu, die Annahme von Einlagen, welche den Betrag von 1500 Mark übersteigen, abzulehnen, ohne Gründe für die Verweigerung der Annahme solcher Einlagen anzugeben verpflichtet zu sein.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

der Legitimation noch der Quittung des Empfängers. Die abgehobenen Zinsen werden im Sparkassenbuch als bezahlt eingetragen, und wird diese Eintragung von dem Rechnungsführer oder einem Mitgliede der Administration unterzeichnet, was in streitigen Fällen als vollständiger Beweis der erfolgten Zahlung gilt.

§ 26.

Die Gelder der Sparkasse werden durch die Administration ausgeliehen:

- gegen hypothekarische Verpfändung von ländlichen und städtischen, in der Provinz Schleswig-Holstein oder im Gebiete der freien Städte Hamburg und Lübeck belegenen Grundstücken, soweit solche genügende Sicherheit bieten. Diese Sicherheit wird angenommen bei ländlichen Grundstücken in der Provinz Schleswig-Holstein innerhalb des 15fachen, höchstens 20fachen Grundsteuer-Meinertrages, bei ländlichen Grundstücken in dem Gebiete der freien Städte Hamburg und Lübeck innerhalb des ersten Viertels der Grundsteuer-taxe bezw. innerhalb des $12\frac{1}{2}$ fachen katastermäßigen Meinertrages, bei städtischen Grundstücken innerhalb der ersten Hälfte der Versicherungssumme, mit welcher dieselben, soweit in der Provinz Schleswig-Holstein belegen, bei der Landesbrandkasse und, soweit im Hamburger und Lübecker Staatsgebiet belegen, bei einer unter öffentlicher Garantie stehenden Societät gegen Feuergefahr versichert sind;
- gegen gewöhnliche Schuldscheine unter selbstschuldiger Bürgschaft einer oder mehrerer der Administration als solvent bekannten Personen;
Zu Darlehen dieser Art darf jedoch nicht mehr als der vierte Theil des Gesamtbestandes verwendet werden, und dürfen die Mitglieder der Administration keine Bürgschaften bei der Sparkasse übernehmen;
- durch Ankauf von Inhaberpapieren, welche vom Deutschen Reiche oder einem Staate des Deutschen Reiches emittirt oder garantirt, oder welche unter Autorität des Preussischen Staates von Corporationen oder Commünen ausgestellt und mit einem ein für allemal bestimmten Satz verzinslich sind;
- gegen Schuldscheine unter Verpfändung mit eventueller Cession von Hypotheken und Inhaberpapieren, wenn dieselben die sub a resp. c vorgeschriebene Sicherheit bieten, sowie von Sparkassenbüchern solcher Sparkassen, welche vom Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein bestätigt sind.
Die Beleihung der Inhaberpapiere ist nur bis zu $\frac{2}{3}$ des Cours-werthes, niemals aber höher als zu $\frac{2}{3}$ des Nominalwerthes zulässig. Auch muß bei einem Herabgehen des Courjes das Unterpfand ergänzt werden;
- an Kreise und Gemeinden der Provinz Schleswig-Holstein gegen ordnungsmäßige Schuldverschreibungen.

Auch können die disponiblen Gelder bei der Deutschen Reichsbank angelegt werden.

Die Bedingungen der Ausleihung werden von der Administration mit den Schuldner vereinbart, doch soll in den zu b, d und e gedachten Fällen den Schuldner gestattet werden, die empfangenen Darlehen in vierteljährlichen Abschlagszahlungen

von wenigstens dem zehnten Theil der ursprünglichen Schuld oder im Wege der Amortisation zurückzahlen.

Die bei der Sparkasse eingehenden Inhaberpapiere sind sofort außer Cours zu setzen.

§ 27.

Der bisherige Reservefond in Höhe von rot. 86000 Mark dient nach der gemäß § 1 vorgenommenen Abschreibung von 25000 Mark zur Deckung etwaiger Ausfälle.

Die nach Abzug der Verwaltungskosten verbleibenden Zinsüberschüsse fließen in den Reservefond, bis derselbe eine Höhe von 5 % der Passiva der Sparkasse erreicht hat. Sobald der Reservefond auf die erwähnten 5 % angewachsen ist, wird nur die Hälfte der Zinsüberschüsse in denselben abgeführt, die andere Hälfte aber, ebenso wie die gesammelten Zinsüberschüsse, wenn der Reservefond die Höhe von 10 % der Passiva erreicht hat, zu gemeinnützigen öffentlichen Zwecken unter Genehmigung des Oberpräsidenten in folgender Weise verwandt:

Drei Viertel der zur Verwendung kommenden Summe werden jährlich nach Volkszahl auf Grund der leztvorhergegangenen Volkszählung über die sämmtlichen garantirenden Gemeinden vertheilt und die auf die einzelnen Gemeinden entfallenden Beträge denselben behufs Verwendung zu Wohltätigkeitszwecken oder sonstigen gemeinnützigen Zwecken im Interesse der Gemeinde nach eingeholter Genehmigung des Oberpräsidenten zur Verfügung gestellt. Das letzte Viertel obiger Summe wird zur Bildung eines Unterstützungsfonds angelegt, über welchen die Administration, ebenfalls nach Genehmigung des Oberpräsidenten, verfügt, entweder zu Unterstützungen an verarmte Arme und durch besondere Unglücksfälle betroffene Personen und Familien oder zu Beiträgen zu Gunsten größerer, durch besondere Naturereignisse u. s. w. heimgegrühter Districte.

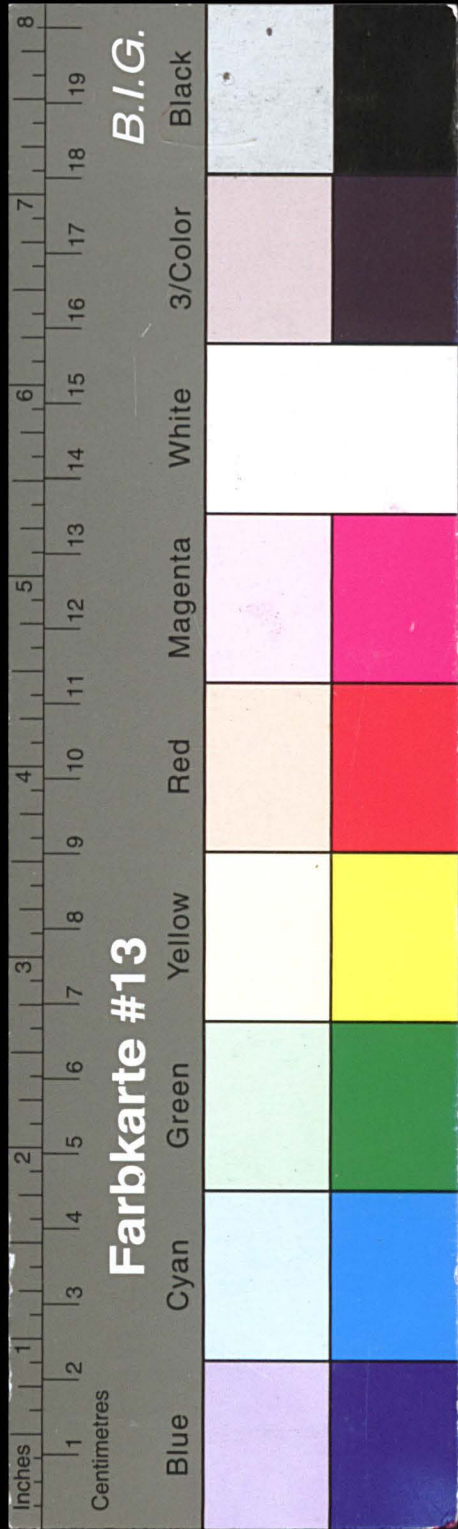
Ueber die Verwendung und den Bestand des Unterstützungsfonds ist der Amts-Sparkassen-Versammlung von der Administration jährlich Bericht zu erstatten event. Rechnung zu legen.

§ 28.

Für den Fall, daß die Rückzahlung von Guthaben in ungewöhnlich starkem Umfange verlangt wird, der Courswerth der im Besitz der Sparkasse befindlichen Inhaberpapiere aber eine Veräußerung derselben ohne unverhältnismäßigen Verlust nicht gestattet, die nöthigen Deckungsmittel auch nicht durch Kündigung und Einziehung von ausstehenden Forderungen oder durch Verpfändung von Effecten oder auf andern Wege rechtzeitig zu erlangen sind, kann die Amts-Sparkassen-Versammlung die Administration ermächtigen, zur Beschaffung der erforderlichen Mittel Anleihen unter Garantie der Gemeinden für die Sparkasse aufzunehmen und zu verzinsen. Die Administration ist alsdann verpflichtet, auf die ungekündigte Tilgung der Schuld Bedacht zu nehmen, sobald der Zustand der Sparkasse die Abtragung irgend gestattet.

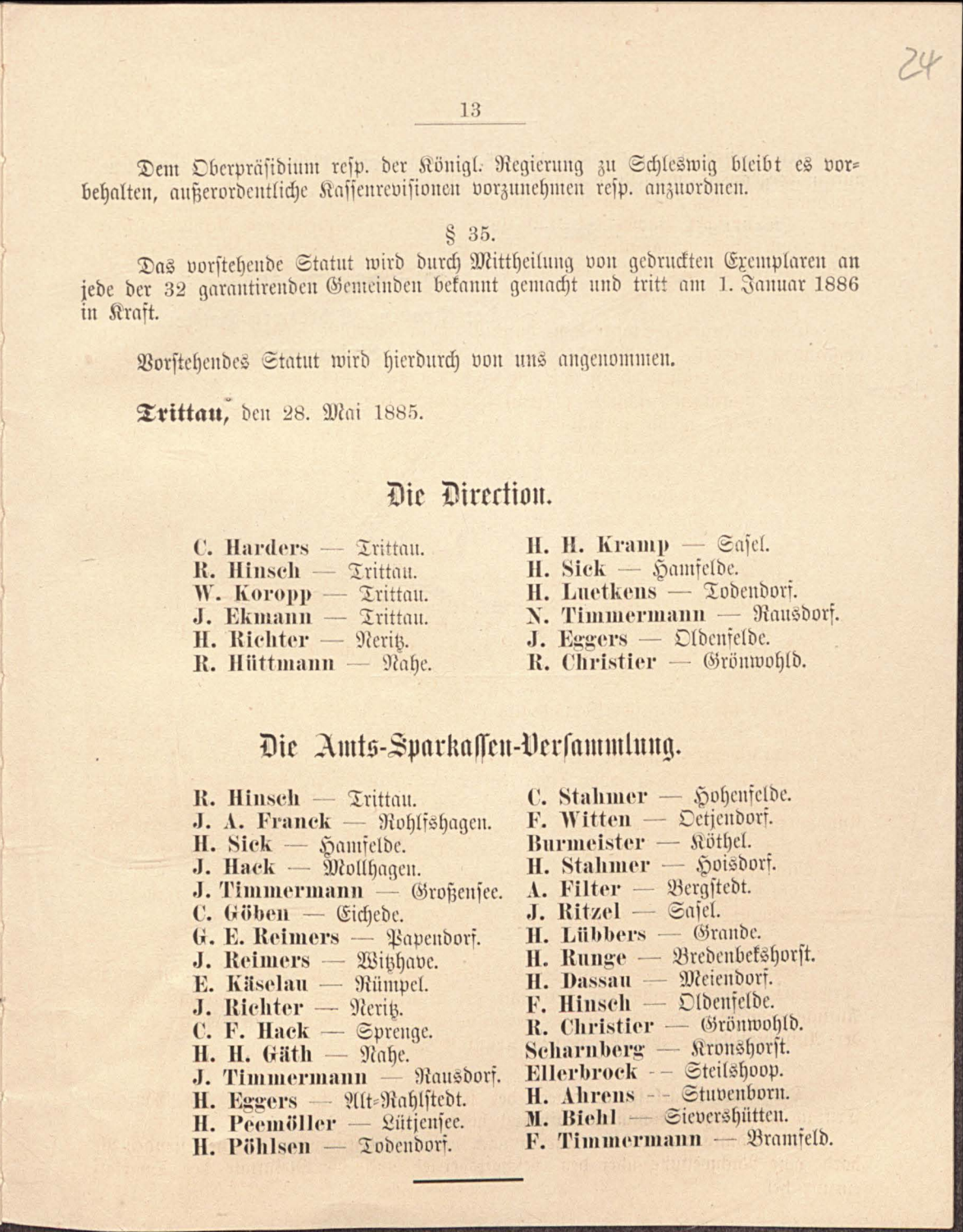
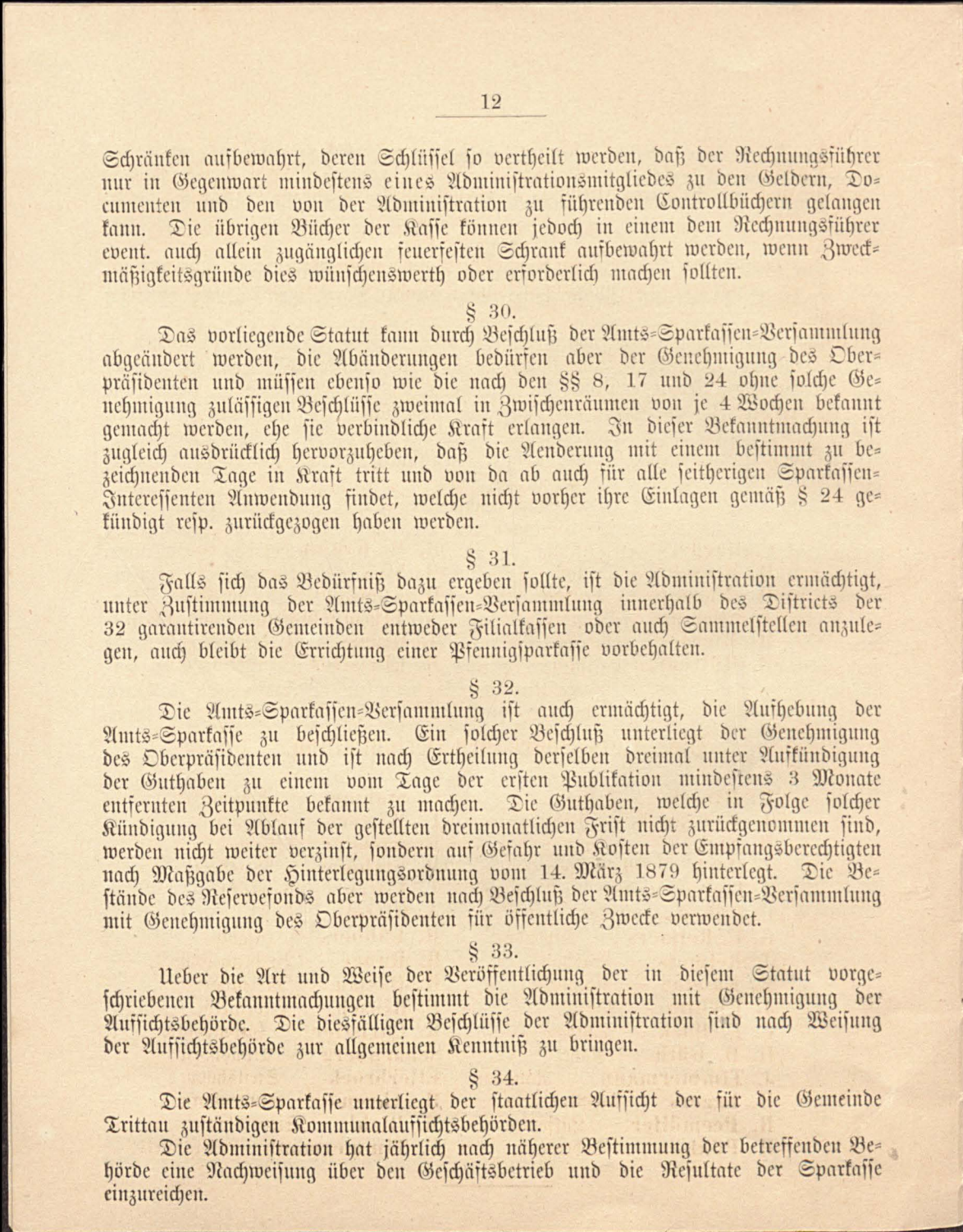
§ 29.

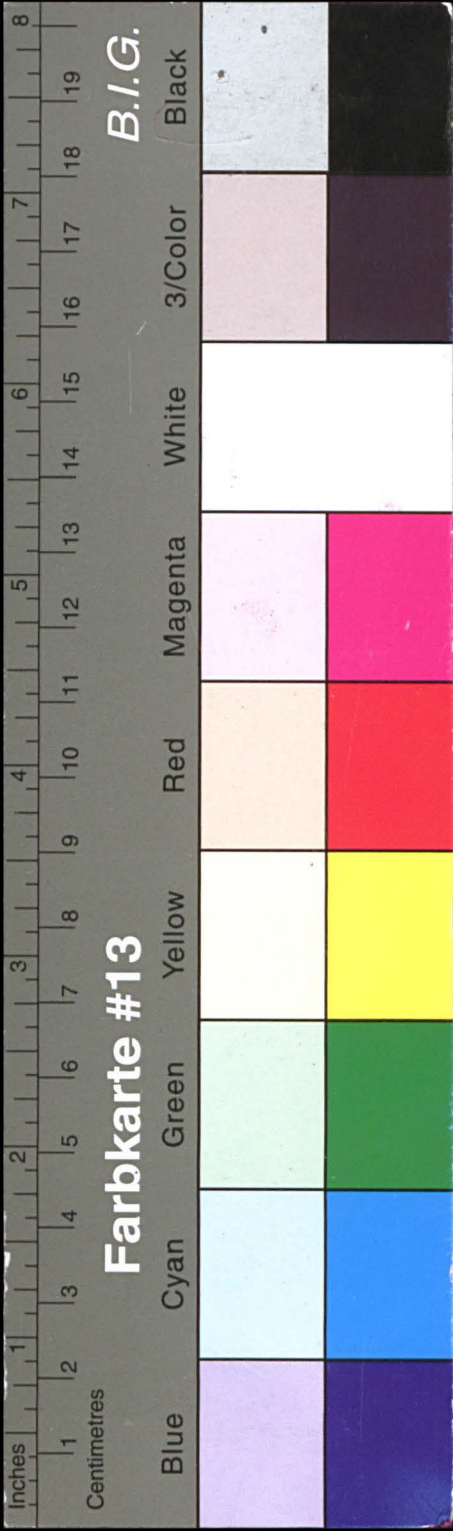
Die Gelder, Werthpapiere und Bücher der Sparkasse werden in einem und erforderlichenfalls mehreren mit verschiedenen Schlüsseln verschlossenen feuerfesten



Kreisarchiv Stormarn E103

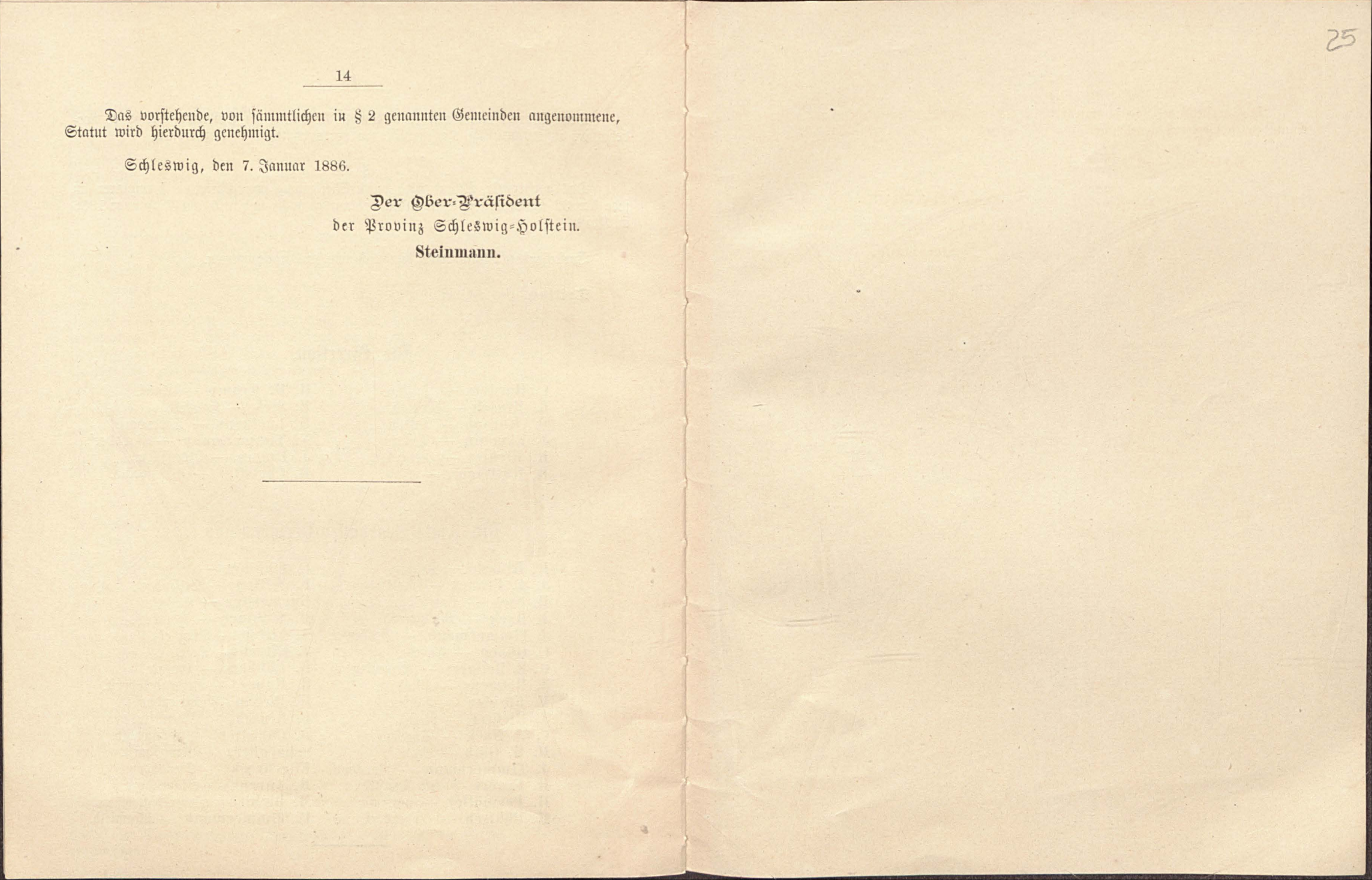
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

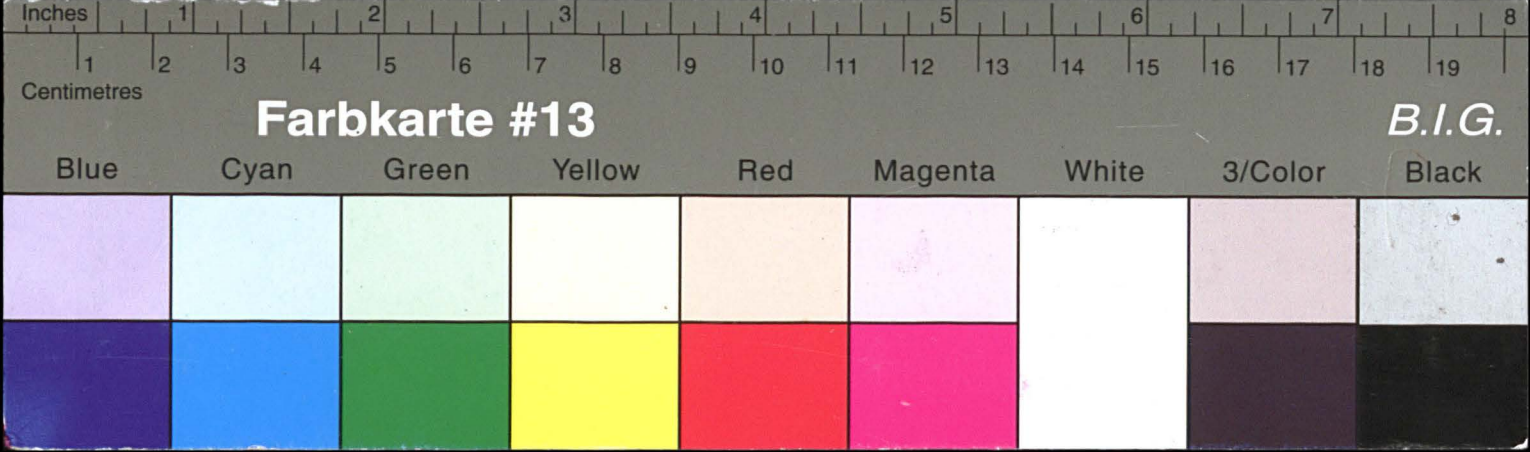




Kreisarchiv Stormarn E103

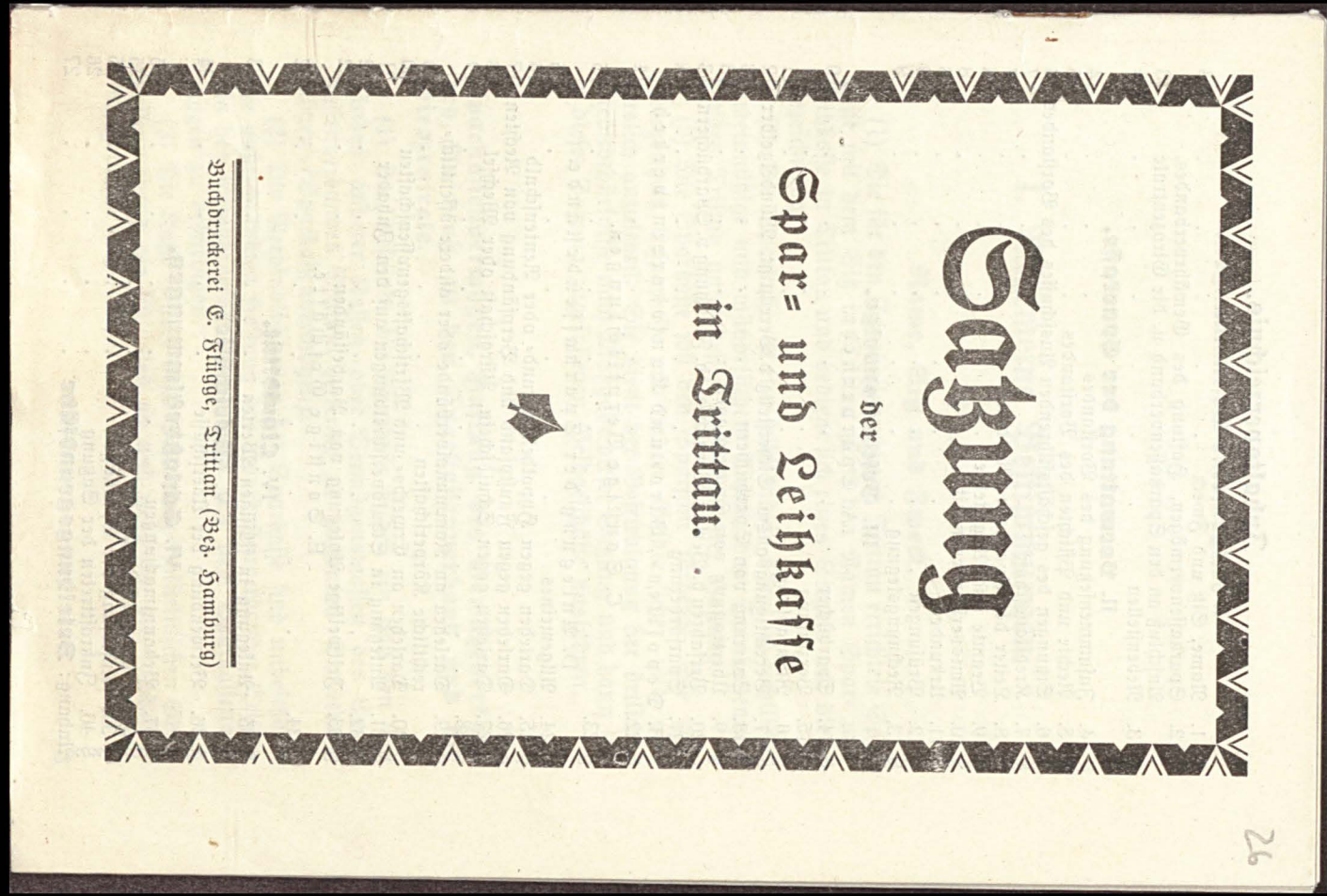
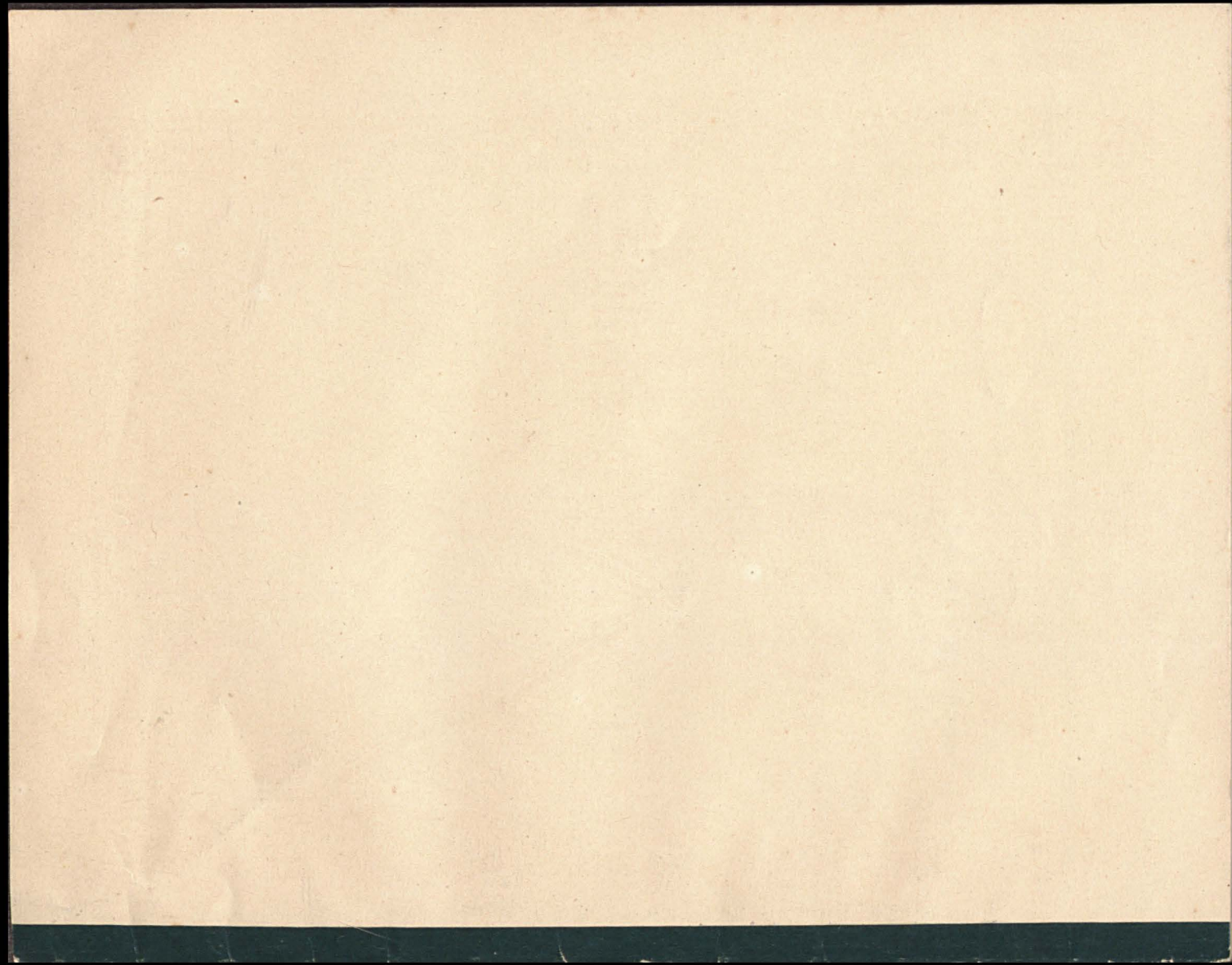
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

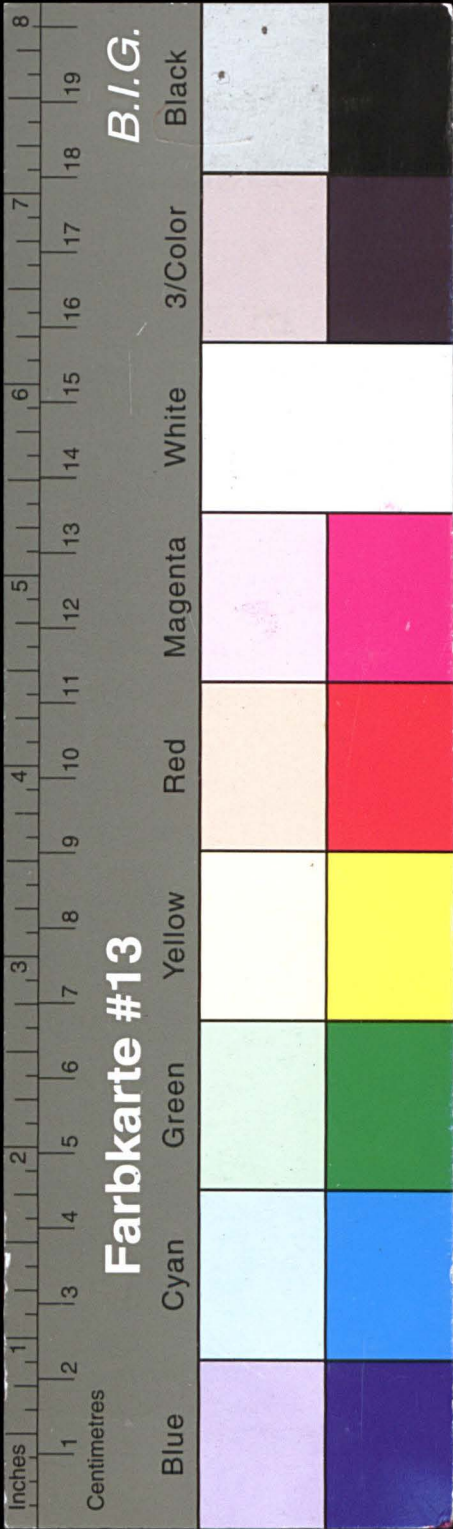




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Inhaltsverzeichnis.		
I. Allgemeine Bestimmungen.		
1. Name, Sitz und Zweck	3	
2. Sparkassenvermögen, Haftung des Gewährverbandes, Anschluß an den Sparkassenverband u. die Girozentrale	3	
3. Nebenstellen	4	
II. Verwaltung der Sparkasse.		
4. Zusammensetzung des Vorstandes	4	
5. Rechte und Pflichten des Vorstandes	5	
6. Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses des Vorstandes	6	
7. Kreditausschuß	7	
8. Leiter der Sparkasse (Rentant)	7	
9. Beamte und Angestellte	8	
10. Amtsverschwiegenheit	8	
11. Urkunden	8	
12. Prüfungen	9	
13. Rechnungslegung	9	
III. Geschäftszweige.		
A. Sparverkehr.		
14. Sparbücher	10	
15. Verzinsung	11	
16. Rückzahlung	11	
17. Berechtigungsausm. Sicherstellg. d. Berechtig. Mündelgelder	12	
18. Sperrung von Sparbüchern	13	
19. Übertragung von Spareinlagen	13	
20. Verfahren b. Verlust, Vernichtg. od. Fälschung v. Sparbüchern	13	
21. Sparförderung	14	
22. B. Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr.	14	
C. Sonstige Verpflichtungen.		
23.	15	
D. Anlegung der Sparkassenbestände.		
24. Allgemeines	15	
25. Darlehen gegen Hypothek, Grund- oder Rentenschuld	16	
26. Darlehen gegen Kaufpfand und Verpfändung von Rechten	17	
27. Darlehen gegen Schuldschein, Bürgschaft oder Wechsel	18	
28.	19	
29. Darlehen an Kommunalverbände oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften	19	
30. Darlehen an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	20	
31. Anlegung in Schuldverschreibungen auf den Inhaber	21	
32.	22	
33. Zeitweilige Anlegung von Barbeständen	22	
E. Sonstige Geschäfte.		
34.	22	
IV. Liquidität.		
35. Anlegung in flüssigen Werten	23	
V. Abschüsse.		
36. Verwendung der Überschüsse	24	
VI. Schlussbestimmungen.		
37. Bekanntmachungen	25	
38. Satzungsänderungen	25	
39. Auflösung der Sparkasse	25	
40. Inkrafttreten der Satzung	26	
Anhang: Beleihungsgrundsätze	27	

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Name, Sitz und Zweck.

(1) Die für den Sparkassenverband Trittau errichtete Sparkasse mit dem Sitz in Trittau führt den Namen Spar- und Leihkasse in Trittau und bedient sich eines Siegels mit dieser Bezeichnung.

(2) Die Sparkasse ist eine selbständige öffentlich-rechtliche, gemeinnützige und mündelsichere Anstalt des Sparkassenverbandes Trittau unter dessen unbeschränkter Haftung.

(3) Die Sparkasse soll den Sparförm fördern. Sie gibt Gelegenheit, Ersparnisse und andere Gelder sicher und verzinslich anzulegen. Sie dient der Befriedigung der örtlichen Kreditbedürfnisse nach Maßgabe dieser Satzung und kann die in dieser Satzung zugelassenen Geldgeschäfte ausführen.

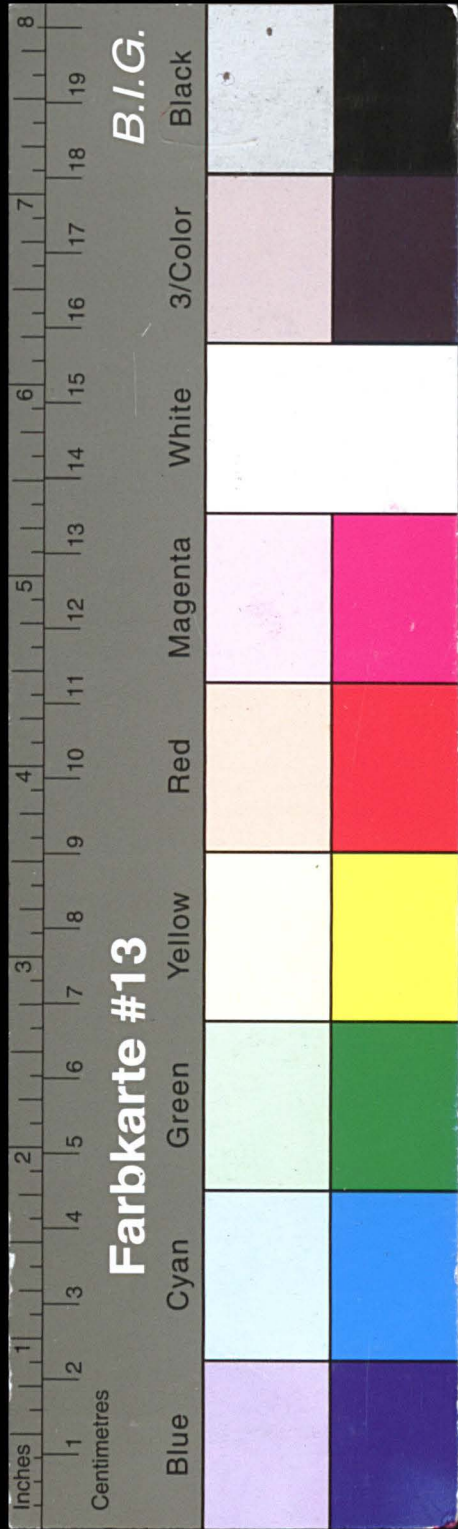
§ 2.

Sparkassenvermögen, Haftung des Gewährverbandes, Anschluß an den Sparkassenverband und die Girozentrale.

(1) Die Bestände der Sparkasse bilden ein von den Beständen anderer Kassen oder Vermögensmassen des Sparkassenverbandes Trittau getrennt zu haltendes Sondervermögen (Sparkassenvermögen).

(2) Die Verbindlichkeiten der Sparkasse sind unbeschränkt der unbeschränkten Haftung des Sparkassenverbandes Trittau als des Gewährverbandes zunächst aus dem Sparkassenvermögen zu befriedigen.

(3) Die Kasse gehört dem Schleswig-Holsteinischen Sparkassenverband als Mitglied an und wird an die zuständige Girozentrale angeschlossen.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

(4) Die Sparkasse haftet nicht für Schäden, welche durch Störung des Betriebes infolge Aufruhrs, Verfüllung von hoher Hand, Streiks oder Aussperrung entstanden sind.

§ 3.

Nebenstellen.

Die Errichtung von Nebenstellen mit Ein- und Auszahlungsverkehr (Zweigstellen) oder lediglich mit Einzahlungsverkehr (Annahmestellen) bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidenten nach Anhörung des zuständigen Sparkassenverbandes, wenn die Nebenstelle an einem Orte errichtet werden soll, an dem bereits eine öffentlich-rechtliche oder unter Staatsaufsicht stehende Privatparkasse besteht, oder wenn dieser Ort außerhalb des Gewährverbandes liegt.

II. Verwaltung der Sparkasse.

§ 4.

Zusammensetzung des Vorstandes.

(1) Die Verwaltung der Sparkasse wird unter Aufsicht des Verwaltungsorgans des Gewährverbandes durch den Vorstand geführt.

(2) Die Spar- und Leihkasse wird durch einen Vorstand verwaltet. Derselbe besteht aus 9 von dem Verbandsausschuß auf 6 Jahre zu wählenden Mitgliedern.

Von den Mitgliedern müssen

4 im Bezirk 1, Gemeinde Trittau,
2 " " 2, Grande, Grönwohld, Großensee, Ham-
felde, Hohenfelde, Rühel, Lütjensee und
Wighave,

1 " " 3, Hoisdorf, Kronshorst, Detjendorf, Pa-
pendorf und Rausdorf,

2 " " 4, Eichede, Mollhagen, Sprenge und To-
dendorf,

1 " " 5, Neritz, Rohlshagen und Rümpel
ihren Wohnsitz haben.

Alle zwei Jahre scheiden 3 Mitglieder aus, zunächst nach Bestimmung des Lojes, sodann nach dem Dienstalter. Für

den Fall des vorzeitigen Ausscheidens eines Vorstandsmitglie-
des ist für den Rest seiner Amtszeit eine Ersatzwahl vorzu-
nehmen.

(3) Der Verbandsausschuß wählt aus den Vorstandsmit-
gliedern den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

Der Vorsitzende und dessen Stellvertreter müssen ihren
Wohnsitz in Trittau haben.

Der Vorsitzende leitet den Geschäftsgang der Sparkasse
und beruft die Versammlungen. Er führt die Beschlüsse des
Vorstandes aus und zeichnet alle Ausfertigungen.

(4) Als Mitglieder sollen nur solche Personen bestimmt
oder gewählt werden, die wirtschaftliche Erfahrungen und
Sachkunde besitzen und die nicht Unternehmer, persönlich haf-
tende Gesellschafter, Aufsichtsrats-Vorstandsmitglieder oder
Angestellte nicht öffentlich-rechtlicher Unternehmungen sind, die
Spareinlagen oder Depositen annehmen oder gewerbsmäßig
Darlehnsgeschäfte betreiben. Die gewählten Mitglieder bleiben
nach Ablauf ihrer Wahlzeit bis zum Eintritt der neu gewähl-
ten Mitglieder in Tätigkeit.

(5) Der Vorsitzende des Verwaltungsorgans des Gewähr-
verbandes ist, auch wenn er nicht Vorsitzender des Vor-
standes ist, berechtigt, jederzeit den Vorsitz zu übernehmen.

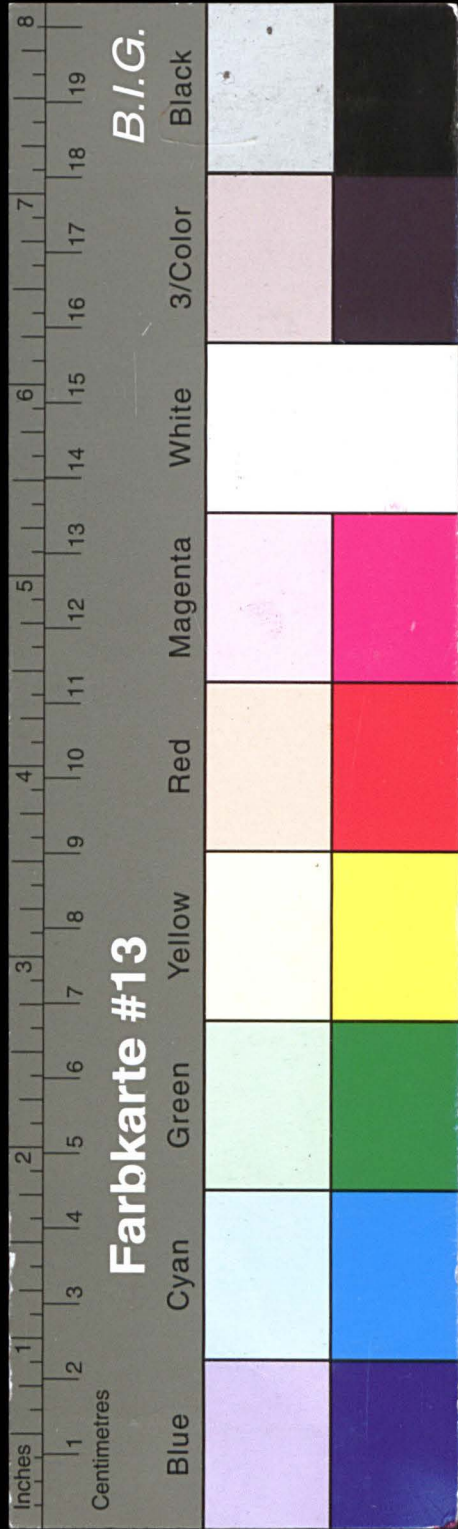
§ 5.

Rechte und Pflichten des Vorstandes.

(1) Jedes Vierteljahr versammelt sich der Vorstand auf La-
dung des Vorsitzenden im Kassenlokal zur Prüfung des Kredit-
geschäfts der Sparkasse, der Jahresrechnung und des Kassen-
bestandes, sowie zur Beratung über die dem Verbandsaus-
schusse zu machenden Vorschläge hinsichtlich des Zinsfußes
und sonstiger Angelegenheiten der Sparkasse.

Wenigstens einmal im Jahre hat der Vorstand durch eine
aus seiner Mitte zu wählenden Kommission von drei Mitglie-
dern, die nicht Vertreter des Kassenvorstandes sind, eine
außerordentliche Kassenrevision und Prüfung der im abgelau-
fenen Jahre geschehenen Beleihungen und des gesamten Be-
leihungsbestandes auf Schuldschein und gegen Bürgschaft
vornehmen zu lassen.

(2) Außerdem versammelt sich der Vorstand nach Bedarf,
wenn der Vorsitzende ihn beruft. Die Berufung muß erfolgen,
wenn drei Mitglieder des Vorstandes darauf antragen und
zwar innerhalb der nächsten 5 Tage nach Eingang des Antrages.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Zur Fassung gültiger Beschlüsse müssen mindestens 5 Vorstandsmitglieder mitwirken, darunter der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter.

(3) Die Beschlüsse des Vorstandes sind in ein Beschlussbuch einzutragen und vom Vorsitzenden und einem Vorstandsmitglied zu unterzeichnen.

(4) Der Vorstand wählt 3 seiner Mitglieder aus Trittau, darunter den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, zum geschäftsführenden Ausschuß — Kassenvorstand. — Das vierte Vorstandsmitglied aus Trittau tritt als Stellvertreter in Verhinderungsfällen eines der drei Mitglieder ein.

Der geschäftsführende Ausschuß ist eine öffentliche Behörde. Er vertritt die Kasse gerichtlich und außergerichtlich.

Er ist befugt, für einzelne und bestimmte Arten von Geschäften ein einzelnes Mitglied mit seiner Vertretung zu beauftragen.

Die Obliegenheiten des geschäftsführenden Ausschusses werden von dem Verbandsausschuß durch die Geschäftsanweisung bestimmt.

Der Nachweis seiner Vertretungsmacht wird erforderlichenfalls durch eine Bescheinigung des Amtsvorstehers oder des Gemeindevorstehers in Trittau geführt.

(5) Der geschäftsführende Ausschuß beaufsichtigt die laufende Geschäftsführung des Leiters der Sparkasse (§ 8), beschließt über alle Angelegenheiten der Sparkasse, soweit in der Satzung nicht ein anderes bestimmt ist, und erläßt die im § 8 vorgesehene Geschäftsanweisung. Hierbei hat er die Vorschriften der Satzung sowie die aufsichtsbehördlichen Anordnungen zu beachten.

Gewinnbeteiligungen (Tantiemen u. dergl.) an Vorstandsmitgliedern sind unzulässig.

Der Vorsitzende verpflichtet die Mitglieder des Sparkassenvorstandes durch Handschlag zur Erfüllung der ihnen obliegenden Pflichten.

§ 6.

Sitzungen

des geschäftsführenden Ausschusses des Vorstandes.

Der geschäftsführende Ausschuß versammelt sich in der Regel einmal wöchentlich, außerdem nach Bedarf, wenn der

Vorsitzende ihn beruft oder die Hälfte der Mitglieder es beantragt und zwar dann innerhalb 3 Tagen.

In diesen Versammlungen, in denen die Beschlussfähigkeit von der Anwesenheit dreier Mitglieder abhängig ist und denen der Rendant mit beratender Stimme beizuwohnen muß, werden über die an die Spar- und Leihkasse gestellten Kredit-Anträge Beschlüsse gefaßt und diese im Antrags- und Beschlussbuche eingetragen und unterschrieben.

Die Beschlussfassung erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit, soweit nicht satzungsmäßig eine andere Mehrheit vorgeschrieben ist.

Vorstandsmitglieder dürfen an der Beratung und Beschlussfassung über solche Angelegenheiten nicht teilnehmen, an denen sie selbst oder ihre Angehörigen interessiert sind. Das gleiche gilt bezüglich solcher Angelegenheiten, an denen private oder öffentlich-rechtliche Rechtspersonlichkeiten oder Unternehmungen, zu deren Organen die Vorstandsmitglieder gehören, interessiert sind, es sei denn, daß es sich um Angelegenheiten des eigenen Gewährverbandes der Sparkasse handelt.

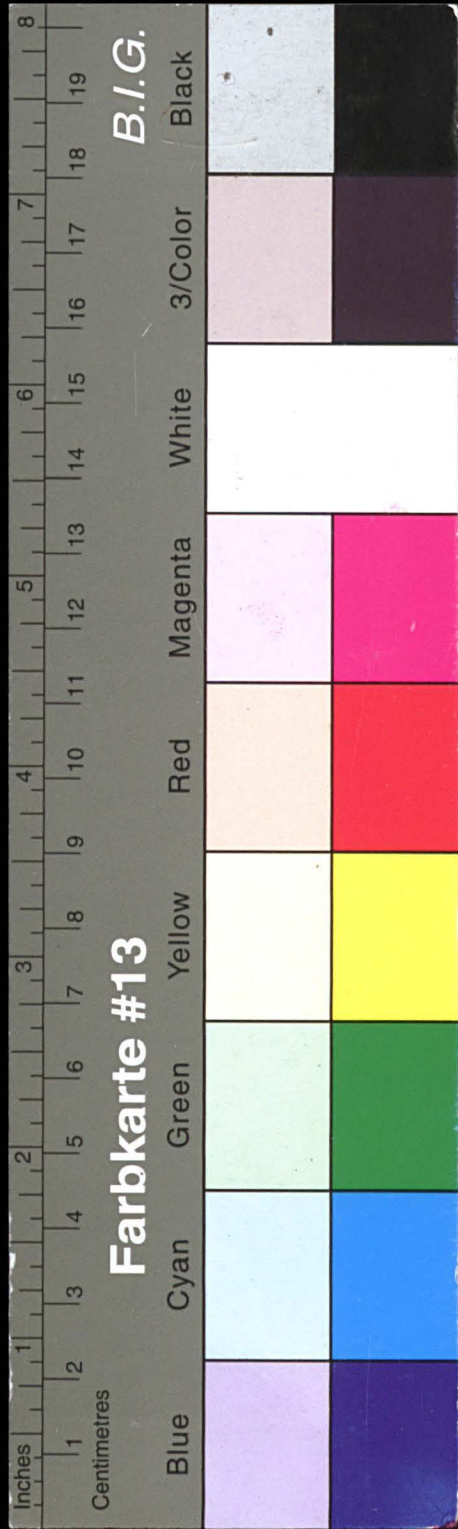
§ 7.

Die Befugnisse eines Kreditausschusses gemäß dieses § der Musterstatuten sind bereits dem geschäftsführenden Ausschuß — Kassenvorstand — übertragen.

§ 8.

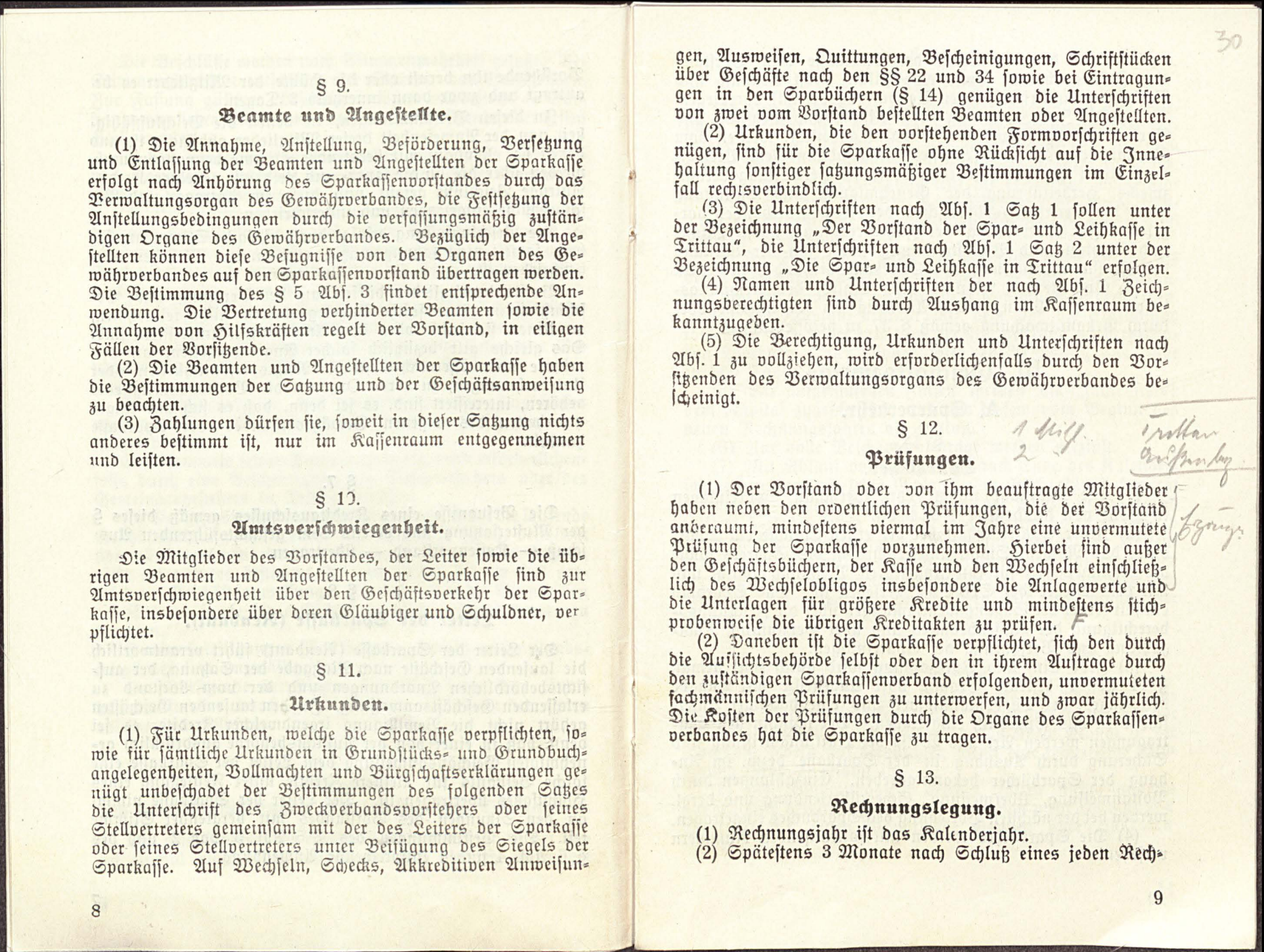
Leiter der Sparkasse (Rendant).

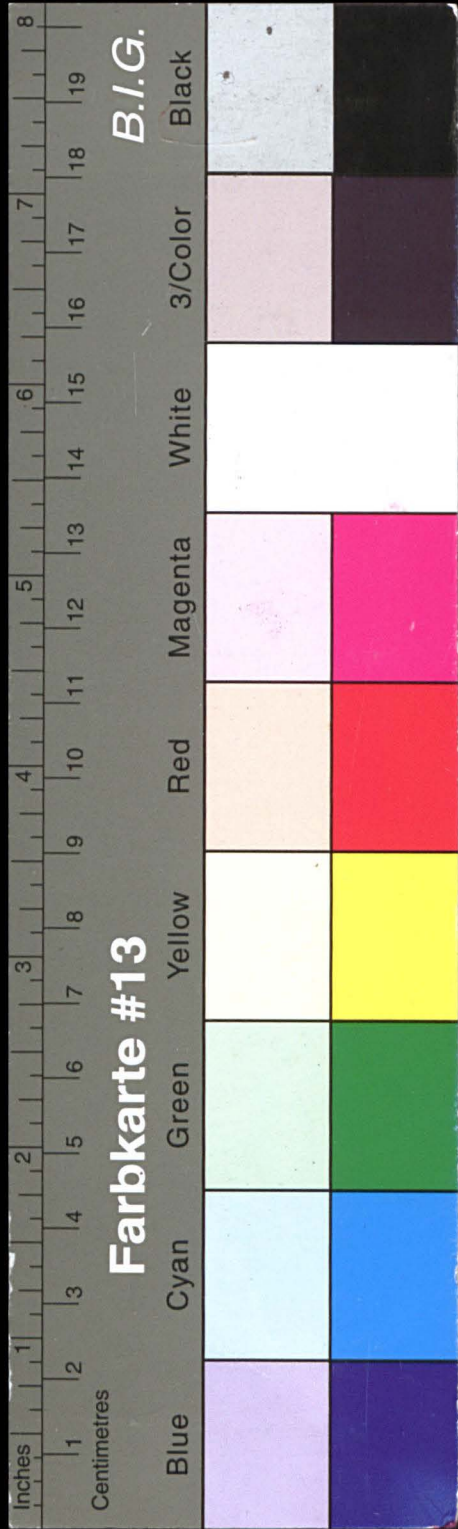
Der Leiter der Sparkasse (Rendant) führt verantwortlich die laufenden Geschäfte nach Maßgabe der Satzung, der aufsichtsbehördlichen Anordnungen und der vom Vorstand zu erlassenden Geschäftsanweisung. Zu den laufenden Geschäften gehört nicht die Bewilligung irgendwelcher Kredite, es sei denn, daß in einer von der Aufsichtsbehörde ausdrücklich genehmigten Geschäftsanweisung dem Leiter der Sparkasse eine solche Befugnis für kleinere Kredite unter Festsetzung eines Höchstbetrages übertragen ist. Der Leiter der Sparkasse nimmt an den Sitzungen des Vorstandes mit beratender Stimme teil. Die Bestimmungen des § 5 Abs. 5 Satz 2 und des § 6 Abs. 4 finden entsprechende Anwendung.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

nungsjahres hat der Leiter der Sparkasse dem Vorstand eine Jahresrechnung sowie eine Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung (sowie einen Verwaltungsbericht) vorzulegen.

(3) Die Jahresrechnung nebst Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung (sowie der Verwaltungsbericht) werden vom Vorstand geprüft und festgestellt und sodann dem Verwaltungsorgan des Gewährverbandes (nebst Verwaltungsbericht) zwecks Herbeiführung der Genehmigung und Entlastung durch die Vertretungskörperschaft des Gewährverbandes vorgelegt. Zur Vorprüfung der Jahresrechnung nebst Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung kann sich der Vorstand der Revisions Einrichtung des Sparkassenverbandes bedienen.

(4) Spätestens 6 Monate nach Schluß des Rechnungsjahres ist die Bilanz durch Aushang im Kassenraum oder durch Bekanntmachung gemäß § 37 zu veröffentlichen.

III. Geschäftszweige.

A. Sparverkehr.

§ 14.

Sparbücher.

- (1) Die Sparkasse nimmt von jedermann Spareinlagen in Höhe von mindestens 1 *RM* an.
- (2) Jeder Sparer erhält bei der ersten Einlage ein Sparbuch, das Namen, Stand und Wohnung des Sparers sowie die Nummer der für ihn angelegten Rechnung angibt und mit dem Siegel der Sparkasse versehen ist. Das Sparbuch enthält ferner die Satzungsbestimmungen über die Zeichnungsberechtigung der Kassenbeamten und über Verzinsung, Rückzahlung und Verjährung der Spareinlagen.
- (3) Jede Ein- und Rückzahlung wird durch zwei gemäß § 11 Abs. 1 bestellte Beamte oder Angestellte mit Angabe des Tages, der Tagebuchnummer und eigenhändiger Unterschrift in das Sparbuch eingetragen. Bei maschinellen Eintragungen werden Art und Weise der Quittungsleistung und Sicherung durch Aushang in der Sparkasse bzw. im Aushang der Sparbücher bekanntgegeben. Einzahlungen durch Postanweisung, Überweisung, Schecküberfendung und dergl. werden bei der nächsten Vorlegung des Sparbuches eingetragen.
- (4) Die Sparbücher werden mit fortlaufenden Nummern versehen.

§ 15.

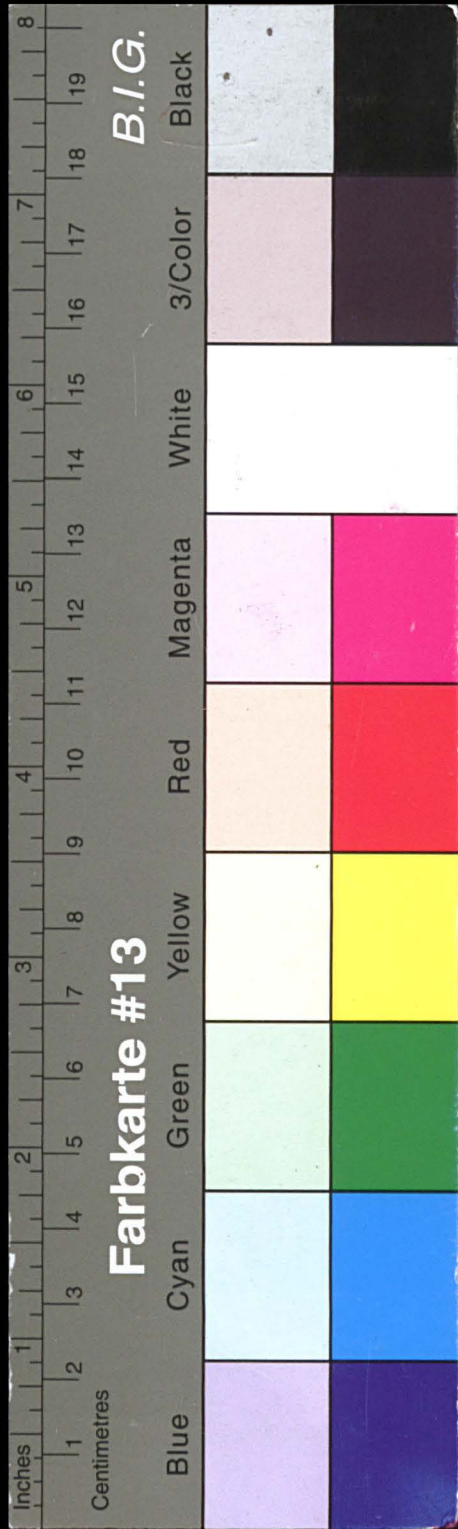
Verzinsung.

- (1) Der Zinsfuß für Spareinlagen wird durch den Vorstand festgesetzt und durch Aushang im Kassenraum bekanntgemacht. Der Zinsfuß hat sich jeweils innerhalb der vom zuständigen Sparkassenverband bestimmten Grenzen zu halten.
- (2) Eine Zinsherabsetzung tritt für bestehende Spareinlagen erst in Kraft, nachdem sie 2 Wochen lang durch Aushang im Kassenraum bekanntgemacht worden ist, soweit nicht Ziffer 3 Platz greift.
- (3) In Einzelfällen kann der Vorstand einen andern als den allgemeinen Zinsfuß vereinbaren. Solche Vereinbarungen sind im Sparbuch und auf dem Kontoblatt zu vermerken.
- (4) Der Zinslauf beginnt mit dem auf die Einzahlung folgenden und endet mit dem der Rückzahlung vorhergehenden Werktag. Der Monat wird zu 30 Tagen, das Jahr zu 360 Tagen gerechnet.
- (5) Die aufgelaufenen Zinsen werden am Jahreschluß dem Kapital zugeschrieben und mit diesem vom Beginn des neuen Rechnungsjahres ab verzinst.
- (6) Nur volle Reichsmarkbeträge werden verzinst.
- (7) Mit Ablauf von 30 Jahren nach Ende des Kalenderjahres, in dem die letzte Einlage oder Rückzahlung bewirkt worden ist, endigt die Verzinsung der Spareinlage. Sind weitere 5 Jahre ohne Vorlage des Sparbuches verfloßen, so kann nach vorausgegangener, durch Aushang in den Kassenräumen zu veröffentlichender Bekanntmachung das Guthaben der Sicherheitsrücklage überwiesen werden. Vorstehende Fristen beginnen bei gesperrten Sparbüchern mit dem Ablauf der Sperre.

§ 16.

Rückzahlung.

- (1) Die Sparkasse zahlt Beträge bis zu 300 *RM* ohne vorherige Kündigung sofort aus. Zur Rückzahlung höherer Beträge innerhalb eines Zeitraums von einem Monat ist die Sparkasse jedoch nur verpflichtet, wenn eine rechtzeitige Kündigung (Abs. 2) erfolgt ist.
- (2) Die Kündigungsfrist beträgt, sofern nichts anderes ausdrücklich vereinbart ist, für Beträge von mehr als 300 *RM* bis 1000 *RM* einen Monat, für Beträge über 1000 *RM* drei Monate.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Mit Einmonatsfrist dürfen innerhalb eines Monats insgesamt nicht mehr als 1000 *RM* gekündigt werden.
(3) Die Kasse kann Kündigungen als nicht erfolgt ansehen, wenn der Sparer das Geld nicht binnen drei Tagen nach Fälligkeit abhebt.

(4) Die Kasse hat das Recht, ihrerseits Spareinlagen zu kündigen. Eine solche Kündigung erfolgt schriftlich oder durch zweimalige öffentliche Bekanntmachung (§ 37) mit einer Kündigungsfrist von mindestens vier Wochen, sofern keine längere Kündigungsfrist vereinbart ist. Die Verzinsung derart gekündigter, zur Verfallzeit nicht abgehobener Spareinlagen erfolgt nach freiem Ermessen der Sparkasse.

(5) In Einzelfällen kann der Vorstand andere als die in dieser Satzung vorgesehenen Rückzahlungsbedingungen vereinbaren. Solche Vereinbarungen sind im Sparbuch und auf dem Kontoblatt zu vermerken.

(6) Bei Rückzahlung von Einlagen und Auszahlung von Zinsen soll regelmäßig das Sparbuch vorgelegt werden.

(7) Hat die Sparkasse das Sparbuch durch einen Vermerk zum Zwecke des Aberweisungsverkehrs gesperrt, so kann der Einleger auch ohne jedesmalige Vorlegung des Sparbuchs durch Aberweisung oder durch Scheck über sein Guthaben verfügen.

(8) Wird die gesamte Spareinlage zurückgezahlt, so hat der Empfänger das Sparbuch der Sparkasse zurückzugeben.

§ 17.

Verechtigungsausweis.

Sicherstellung der Berechtigten. Mündelgelde.

(1) Die Sparkasse ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, an jeden Vorleger des Sparbuchs Zahlung zu leisten.

(2) Um unbefugte Abhebung der Spareinlagen zu verhüten, kann der Sparer bestimmen, daß die Sparkasse nur gegen Vorlegung eines besonderen Ausweises oder unter Beachtung einer anderen Sicherungsvereinbarung zahlt. Er hat dafür eine Gebühr zu entrichten, die der Vorstand festsetzt.

(3) Sparbücher, auf die ein Vormund, ein Pfleger oder eine Mutter, der ein Beistand bestellt ist, nach § 1809 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Einzahlungen leistet, sind durch die Aufschrift „Mündelgeld“ kenntlich zu machen. In diesen Fällen darf das Kapital ganz oder teilweise nur mit Genehmigung des Vormundes — Beistandes — oder des

Vormundschaftsgerichtes und gegen Ausweis über die Person des Berechtigten ausgezahlt werden.

§ 18.

Sperrung von Sparbüchern.

(1) Auf Antrag des Sparers kann die Sparkasse ein Sparbuch bis zu einem bestimmten Zeitpunkt oder bis zum Eintritt eines bestimmten Ereignisses durch Eintragung eines Vermerks sperren; sie darf dann das Guthaben nur nach der Bestimmung dieses Vermerks auszahlen.

(2) Der Sperrvermerk wird aufgehoben, wenn die Person stirbt, zu deren Gunsten der Vermerk eingetragen ist, wenn der bestimmte Zeitpunkt oder das erwartete Ereignis eintritt, oder wenn sich herausstellt, daß es nicht eintreten kann. Vorher darf die Sperre nur mit Genehmigung des Vorstandes aufgehoben werden.

(3) Der Sperrvermerk bezieht sich auf alle Einlagen und Zinsen, die nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind.

§ 19.

Abertragung von Spareinlagen.

Auf Verlangen überträgt die Sparkasse Spareinlagen an eine andere Sparkasse und übernimmt Einlagen von auswärtigen Sparkassen.

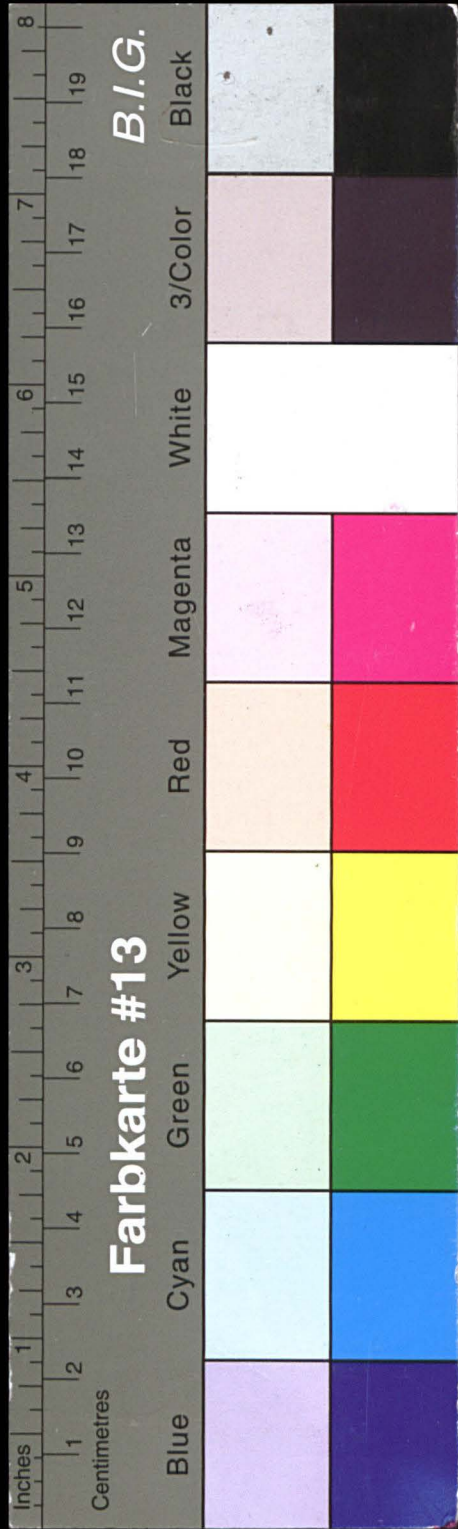
§ 20.

Verfahren bei Verlust, Vernichtung oder Fälschung von Sparbüchern.

(1) Der Verlust oder die Vernichtung eines Sparbuchs ist unverzüglich der Sparkasse anzuzeigen.

(2) Wird die Vernichtung eines Sparbuchs dem Vorstand überzeugend nachgewiesen, so kann ein neues Sparbuch ausgemacht werden.

(3) Wird die Vernichtung des Sparbuchs nicht überzeugend nachgewiesen, so steht es dem Vorstande frei, entweder selbst das Sparbuch auf Kosten des Sparers auszubieten und für kraftlos zu erklären oder ihn an das zuständige Gericht zu verweisen. Das Gleiche gilt beim Verlust des Sparbuchs.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

(4) Übernimmt die Kasse das Aufgebot, so hat sie es zweimal mit einer Zwischenfrist von vier Wochen in den im § 37 der Satzung genannten Blättern bekanntzugeben. Die erste Bekanntmachung darf erst drei Monate nach der Anmeldung des Verlustes erfolgen, nachdem der Sparer schriftlich erklärt hat, daß das Sparbuch noch nicht wieder aufgefunden ist. Wird binnen vier Wochen nach der zweiten Bekanntmachung kein Widerspruch erhoben, so kann dem Sparer ein neues Sparbuch ausgestellt werden. Andernfalls sind die streitenden Parteien an die ordentlichen Gerichte zu verweisen.

(5) Wenn ein verlorenes Sparbuch vor Durchführung des Aufgebotverfahrens durch einen Dritten vorgelegt wird, so hat die Sparkasse einen entsprechenden Vermerk einzutragen, darf aber an den Dritten keinerlei Zahlung leisten, sofern sich nicht entweder der Sparer selbst damit ausdrücklich einverstanden erklärt oder eine vollstreckbare Entscheidung über die Person des Verfügungsberechtigten beigebracht wird.

(6) Entsteht der Verdacht, daß unbefugte Änderungen des Sparbuchs erfolgt sind, so ist das Sparbuch gegen Bescheinigung zurückzubehalten und die Entscheidung des Vorstandes einzuholen. Auf solche Sparbücher werden für die Dauer der Zurückbehaltung weder Ein- noch Rückzahlungen zugelassen.

§ 21.

Sparförderung.

Zur Förderung der Sparsamkeit kann der Vorstand besondere Einrichtungen schaffen, wie: Schulsparkassen, Fabriksparkassen, Vereinsparkassen, Sparmarken, Heimsparbüchsen, Sparautomaten, Geschenksparkbücher, Abholungsverfahren.

B. Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr.

§ 22.

(1) Die Sparkasse betreibt den Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr nach den ergangenen ministeriellen Anordnungen und nimmt in diesem Verkehr Einlagen, über die Sparbücher nicht ausgestellt werden, entgegen. Aber diese Einlagen kann durch Scheck- oder Giroüberweisung verfügt werden. Die Bestimmungen des § 15 Abs. 1 und Abs. 3 Satz 1 finden entsprechende Anwendung.

(2) Die Kredite im Kontokorrentverkehr müssen nach den für die Anlegung der Sparkassenbestände geltenden Bestimmungen (§§ 24 ff.) gedeckt und in der Regel fristlos kündbar sein.

C. Sonstige Verpflichtungen.

§ 23.

(1) Darlehen, insbesondere solche zur Verstärkung der Betriebsmittel, dürfen nicht aufgenommen werden, abgesehen von besonderen Fällen, in denen die Aufsichtsbehörde die Genehmigung dazu erteilt. Lediglich zur Deckung eines vorübergehenden Geldbedarfs dürfen entsprechend kurzfristige Kredite bei den in § 33 bezeichneten Stellen auf Grund Vorstandsbeschlusses aufgenommen werden.

(2) Beteiligungen sind nur bei der zuständigen Girozentrale zulässig.

(3) Bürgschaften dürfen durch die Sparkasse nur gegen die für die Gewährung von Darlehen satzungsmäßig vorgeschriebenen Sicherheiten übernommen werden.

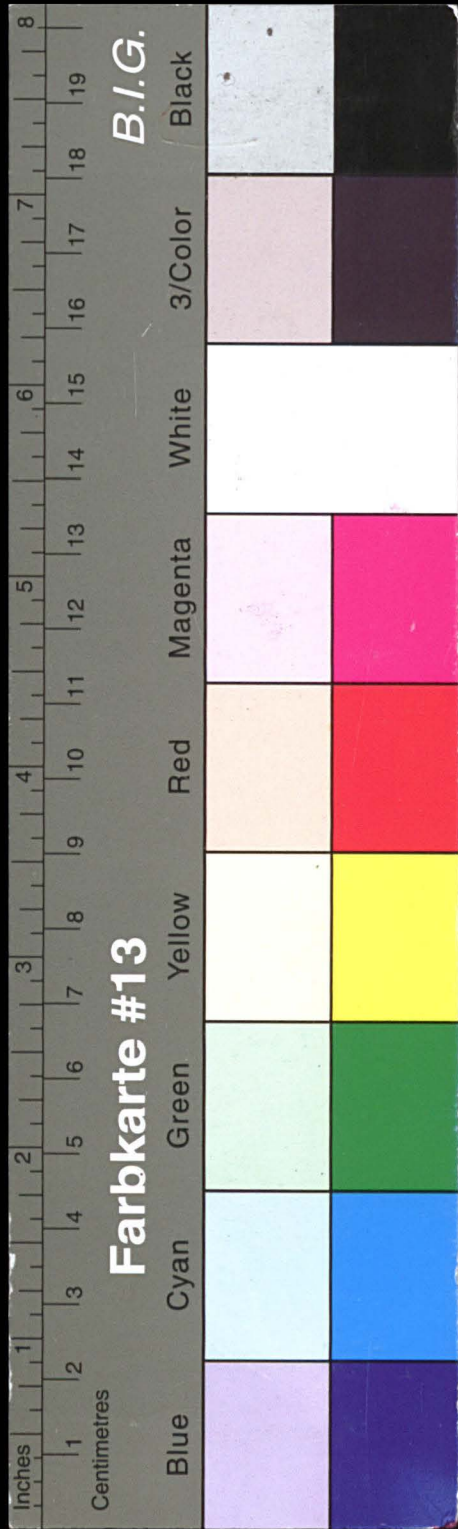
D. Anlegung der Sparkassenbestände.

§ 24.

Allgemeines.

(1) Die Bestände der Sparkasse dürfen nur angelegt werden:

1. in Realkredit durch Gewährung von Darlehen gegen Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden (§ 25),
2. in Personalkredit an den Mittelstand und die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise durch Gewährung von
 - a) Darlehen gegen Faustpfand (§ 26),
 - b) Darlehen gegen Schuldschein, Bürgschaft oder Wechsel (§ 27),
3. in Darlehen an Gemeinden oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften (§ 29),
4. in Darlehen an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit Ausnahme der Kredit- und Waren-genossenschaften (§ 30),
5. in Schuldverschreibungen auf den Inhaber (§ 31),
6. in Erwerb ausstehender Geldforderungen (§ 32),



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

7. kurzfristig bei Bankanstalten (§ 33),
8. in eigenen Verwaltungsgebäuden sowie erforderlichenfalls in Grundstücken, die im Wege der Zwangsversteigerung erworben werden müssen.

(2) Die Anlegung der Sparkassenbestände in Krediten zu Spekulationszwecken ist unzulässig.

(3) Bei der Gewährung von Krediten sind sämtliche Verbindlichkeiten des Kreditnehmers gegenüber der Sparkasse, insbesondere auch solche aus Bürgschaften und Wechseln zu berücksichtigen.

§ 25.

Darlehen

gegen Hypothek, Grund- oder Rentenschuld.

(1) Darlehen können gegen Bestellung von Hypotheken oder Grundschulden auf Grundstücke, die im Bezirk des Gewährverbandes und in den angrenzenden Amtsgerichtsbezirken Schwarzenbek, Reinbek, Ahrensburg, Bargteheide, Bad Oldesloe und Steinhorst belegen sind, nach Maßgabe der aus der Anlage ersichtlichen Beleihungsgrundsätze gewährt werden.

(2) Darlehen können auch gegen Bestellung einer Rentenschuld an den erwähnten Grundstücken gegeben werden. Dabei gilt der jeweilige Ablösungswert der Rentenschuld als ihr Kapitalbetrag.

(3) Soweit die Sicherheit auf dem Werte von Gebäuden beruht, ist die Beleihung nur zulässig, wenn und solange diese Gebäude bei einer öffentlichen Feuerversicherungsanstalt oder bei einer inländischen privaten Versicherungsgesellschaft bis zur vollen Höhe des durch Feuer zerstörbaren Wertes gegen Feuer versichert sind und, sofern nicht öffentliche Feuerversicherungsanstalten jagungsgemäß die erforderliche Sicherheit gewähren, ein Hypothekensicherungsschein beigebracht wird.

(4) Hypotheken und Grundschulden sollen in der Regel planmäßig getilgt werden.

(5) Unter den Voraussetzungen der §§ 18 ff. der Verordnung über das Erbbaurecht vom 15. Januar 1919 (Reichsgesetzblatt S. 72) dürfen auch Erbbaurechte beliehen werden.

§ 26.

Darlehen

gegen Faustpfand und Verpfändung von Rechten.

(1) Darlehen, die jederzeit zurückgefordert werden können, sind zulässig gegen Verpfändung

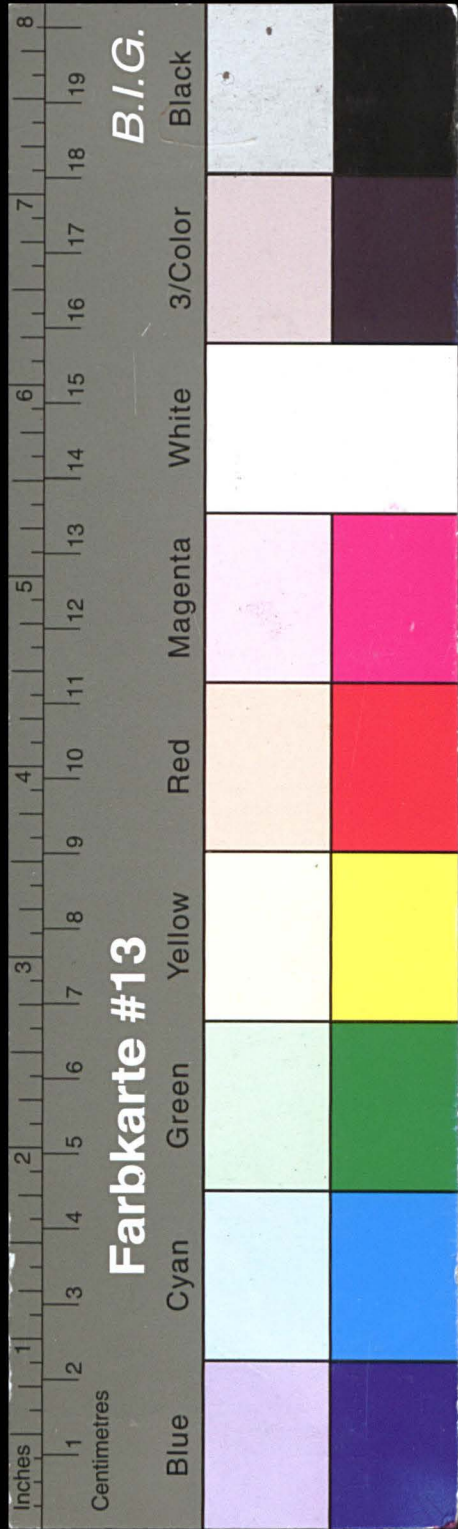
a) beweglicher Werte (Lombardgeschäft) nach den für die Reichsbank gemäß § 21 Abs. 1 Ziff. 3 a—c des Bankgesetzes vom 30. August 1924 — Reichsgesetzblatt S. 235 — geltenden Bestimmungen. Außerdem sind die Schuldverschreibungen des Reiches, der Länder, der inländischen Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Körperschaften sämtlich bis zu 80 v. H. ihres Kurswertes beleihungsfähig. Eine Beleihung von Aktien darf nur nach den für die Preussische Staatsbank jeweils geltenden Bestimmungen, aber nur bis zu $\frac{3}{4}$ des nach diesen jeweils geltenden Beleihungsjahres erfolgen. Sinkt der Kurs, so ist das Pfand entsprechend zu ergänzen oder das Darlehen sofort zurückzuzahlen.

Die Sparkasse entschädigt die Verpfänder nicht für Nachteile, die durch Auslosung oder Kündigung der verpfändeten Wertpapiere entstehen;

b) von Forderungen gegenüber deutschen öffentlichen Sparkassen, einschließlich der eigenen, bis zur Höhe des eingezahlten Betrages. Das Darlehen darf nicht ausgezahlt werden, bevor die Sparkasse, die das Sparbuch ausgestellt hat, durch den Einleger von der Verpfändung benachrichtigt ist und hiervon unter Bestätigung der Richtigkeit des Sparbuchhabens Mitteilung gemacht hat. Sparbücher über 20 000 *RM* dürfen nur beliehen werden, wenn der Vorstand der Sparkasse, die das Buch ausgestellt hat, die Ordnungsmäßigkeit der Einlage bescheinigt;

c) von Hypotheken-, Grund- und Rentenschuldsforderungen mit der im § 25 verlangten Sicherheit, wobei es der Sparkasse überlassen bleibt, dem Hypotheken- oder Grundschuldner zugleich namens des Pfandbestellers Mitteilung zu machen;

d) von Forderungen aus Lebensversicherungen in Deutschland zugelassener Gesellschaften, jedoch nur bis zu 80 v. H. des jeweiligen Rückkaufwertes;



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- e) von Wechseln, die den Voraussetzungen des § 27 Abs. 4 entsprechen (Wechsel Lombard);
- f) von anderen Forderungen, die die Sparkasse erwerben darf, bis zu 90 v. H. des Nennwertes;
- g) von Kaufmannswaren, insbesondere des mittleren und Kleingewerbestandes, die im Inlande lagern und nicht dem Verderben unterliegen, bis zu 30 v. H. des von einem vereidigten Handelskammerfachverständigen festgestellten jeweiligen Handelswertes.
- (2) Als zusätzliche Sicherungen neben einer anderen fahungsmäßigen können dienen: Sicherungsübereignungen und Abtretungen, sowie Verpfändungen sicherer Werte, insbesondere von Gehalts-, Lohn- und anderen Forderungen, bis zur Hälfte, von Maschinen, Einrichtungsgegenständen und anderen beweglichen Sachen, nur bis zu einem Viertel ihres jederzeit erzielbaren Wertes; Verpfändungen solcher Art dürfen nur erfolgen, wenn es der Vorstand im Einzelfall mit mindestens $\frac{3}{4}$ Stimmenmehrheit beschließt.

§ 27.

Darlehen

gegen Schuldschein, Bürgschaft oder Wechsel.

(1) Darlehen gegen Schuldschein können auf höchstens 6 Monate oder als Tilgungsdarlehen auf längere Zeit, jedoch mit dem Vorbehalt einer jederzeit zulässigen Kündigung von 14 Tagen, gewährt werden, wenn eine oder mehrere sichere Personen für Kapital, Zinsen und Kosten als Selbstschuldner bürgen oder mithaften. Die Sicherheit der Schuldner und Bürgen hat der Vorstand jährlich zu prüfen.

(2) Gegen einfachen Handschein ohne weitere Sicherheit dürfen Darlehen im Einzelfalle bis zu 3000 *RM* nur auf einstimmigen Beschluß des Vorstandes bewilligt werden; sie sind jederzeit fristlos kündbar. Der Gesamtbetrag solcher Darlehen darf nicht über 4 v. H. des Gesamteinlagenbestandes hinausgehen. Der Vorstand hat die Sicherheit solcher Darlehen vierteljährlich zu prüfen.

(3) Darlehen gegen Wechsel dürfen nur gewährt werden, wenn neben dem Darlehnsnehmer noch eine oder mehrere sichere Personen wechselmäßig haften. Der Wechsel muß auf die Sparkasse lauten und spätestens drei Monate nach dem Datum der Ausstellung zahlbar gestellt sein.

(4) Kredite durch Diskontierung von Wechseln dürfen nur gewährt werden, wenn die Wechsel in Deutschland zahlbar und innerhalb von drei Monaten nach dem Tage des Einkaufs fällig sind. Die Wechsel müssen gute Handelswechsel sein und die Unterschriften von möglichst drei, mindestens aber zwei sicheren und als zahlungsfähig bekannten Verpflichteten tragen. Sie können von der Sparkasse weitergegeben oder rediskontiert werden, jedoch nur an die im § 33 bezeichneten Stellen (s. § 34).

(5) Bei den in diesem Paragraphen bezeichneten Darlehen dürfen die Mitglieder des Vorstandes sowie die Beamten und Angestellten der Sparkasse als Bürgen oder Wechselverpflichtete gemäß Abs. 3 überhaupt nicht und als Schuldner oder Wechselverpflichtete gemäß Abs. 4 nur auf Grund eines mit $\frac{3}{4}$ Mehrheit gefaßten Vorstandsbeschlusses zugelassen werden.

(6) Die in diesem Paragraphen bezeichneten Darlehen und Kredite dürfen nur an solche Personen gewährt werden, die im Bezirke des Gewährverbandes und in den angrenzenden Amtsgerichtsbezirken Schwarzenbek, Reinbek, Ahrensburg, Bargteheide, Bad Oldesloe und Steinhorst ihren Wohnsitz haben.

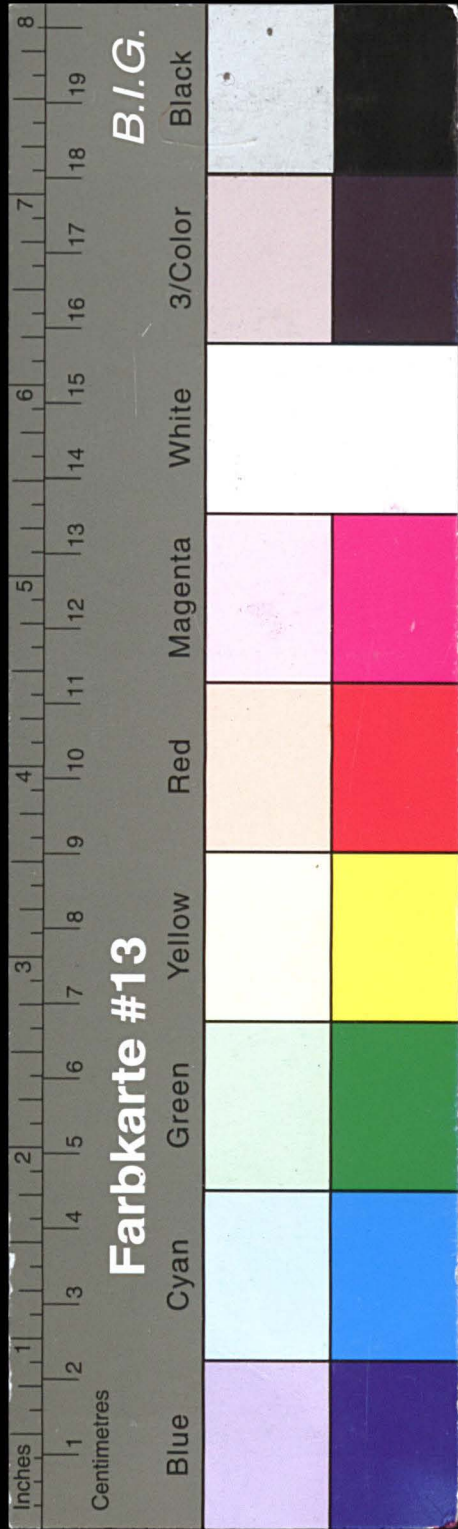
§ 28.

Der Gesamtbetrag der einem einzelnen Darlehnsnehmer nach den beiden vorstehenden Paragraphen gewährten Darlehen darf in Gemäßheit der in § 24 Abs. 1 Ziffer 2 getroffenen Abgrenzung des Kreises der Kreditnehmer, sofern es sich nicht um Beträge bis zu 20 000 *RM* handelt, den Satz von 1 v. H. der gesamten Spar-, Depositen-, Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparkasse nicht übersteigen.

§ 29.

Darlehen an Kommunalverbände oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften.

(1) An Gemeinden, Gemeindeverbände und andere leistungsfähige öffentlich-rechtliche Körperschaften des deutschen Reiches, insbesondere an öffentlich-rechtliche wasserwirtschaftliche Verbände und Bodenverbesserungsgenossenschaften, an die Gesamtheit der an einer Zusammenlegung von Grundstücken Beteiligten sowie an Kirchengemeinden und Gesamt-



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

schulverbände können Darlehen gewährt werden. Die Darlehen sollen in der Regel nur an Schuldner innerhalb der Provinz, in der die Sparkasse ihren Sitz hat, ausgegeben werden. Sofern diese Darlehen langfristig gewährt werden, ist eine regelmäßige Tilgung festzusetzen, eine förmliche Schuldurkunde auszustellen sowie die etwa erforderliche Genehmigung der Aufsichtsbehörde nachzuweisen. In der gleichen Weise können Darlehen unter Bürgschaft des Reiches, eines deutschen Landes oder eines kommunalen Verbandes gewährt werden.

(2) Die in Abs. 1 bezeichneten Darlehen dürfen insgesamt nicht mehr als 50 v. H. der gesamten Einlagen betragen und dürfen höchstens zur Hälfte des hiernach zulässigen Betrages langfristig sein. An den eigenen Gewährverband dürfen Beträge in Höhe von höchstens insgesamt 25 v. H. der gesamten Einlagen ausgeliehen werden, wobei der Bestand an Inhaberanleihen des Gewährverbandes sowie Bürgschaften und Wechselobligo für diesen mit einzurechnen sind.

§ 30.

Darlehen an Erwerbs- u. Wirtschaftsgenossenschaften.

(1) Die Sparkasse kann Darlehen ohne besondere Sicherheit gewähren an Genossenschaften mit unbeschränkter Haft- oder Nachschußpflicht bis zu 10 v. H. des Gesamtvermögens sämtlicher Genossen, an Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht bis 75 v. H. der gesamten Haftsumme der Genossen, wobei die Haftsumme jedes Genossen mit nicht mehr als 20 v. H. seines Vermögens oder auf höchstens 100 RM anzusetzen ist, jedoch nur

- a) an Betriebs- (Produktiv-) Genossenschaften, die im Bezirk des Gewährverbandes und in den angrenzenden Amtsgerichtsbezirken Schwarzenbek, Reinbek, Ahrensburg, Bargeheide, Bad Oldesloe und Steinhorst bestehen und einem Revisionsverband angeschlossen sind, nicht aber an Kredit- und Waren-genossenschaften,
- b) gegen Verpflichtung der Genossenschaften, jährlich die Bilanz, den Bericht über die Prüfung durch den Revisionsverband und ein Verzeichnis der Mitglieder einzureichen, das die im Laufe des Jahres Ein- und Ausgetretenen namentlich aufführt,
- c) auf kurze oder höchstens sechsmonatige Frist kündbar, bei längerer Frist gegen Tilgungszwang.

(2) Die Gesamthöhe der ohne besondere Sicherheit an Genossenschaften gewährten Darlehen darf höchstens 10 v. H. des gesamten Einlagenbestandes betragen.

(3) Wird ein solches Darlehen einer Genossenschaft gewährt, die durch eine Verbandskasse an die Preussische Zentralgenossenschaftskasse angeschlossen ist, so ist dies dem Direktorium dieser Kasse unter Angabe der bewilligten Darlehenssumme mitzuteilen.

(4) Der Vorstand der Sparkasse hat mindestens jährlich die Vermögenslage der beliebigen Genossenschaften eingehend zu prüfen.

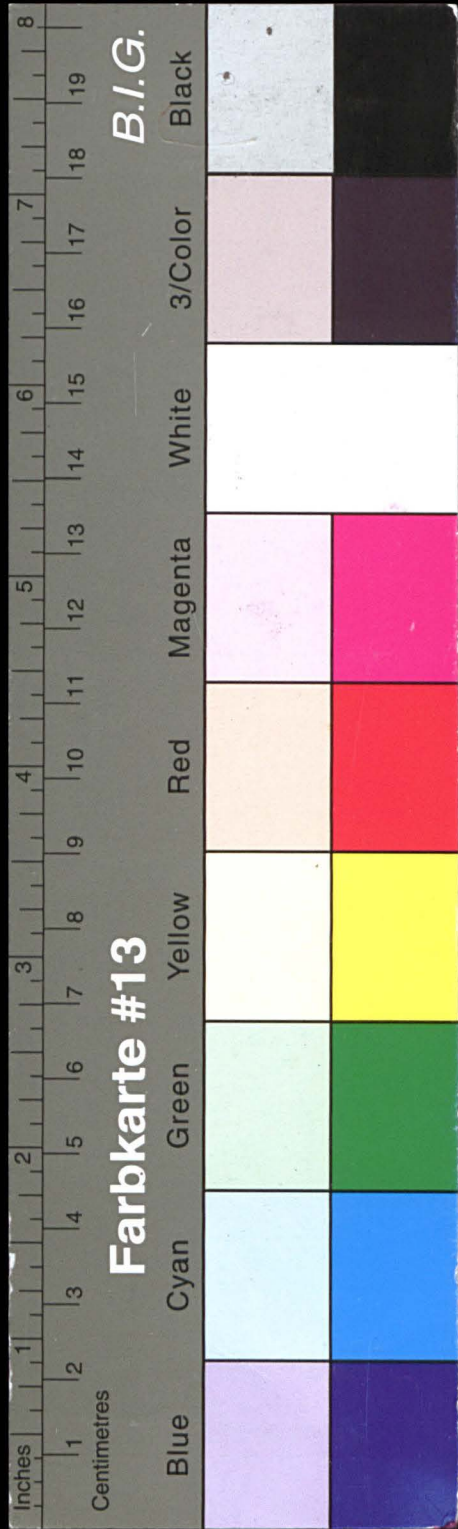
§ 31.

Anlegung in Schuldverschreibungen auf den Inhaber.

Die Bestände der Sparkasse und der Sicherheitsrücklage können in folgenden Schuldverschreibungen auf den Inhaber angelegt werden, soweit diese nach den gesetzlichen Vorschriften mündelsicher sind:

- a) in Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen des Deutschen Reichs oder eines deutschen Landes;
- b) in Schuldverschreibungen auf den Inhaber, deren Verzinsung das Deutsche Reich oder ein deutsches Land gewährleistet;
- c) in Rentenbriefen der zur Rentenablösung in Preußen bestehenden Rentenbanken;
- d) in Schuldverschreibungen auf den Inhaber, die von einer deutschen kommunalen Körperschaft, einem Sparkassen- und Giroverband oder deren Kreditanstalten ausgestellt sind;
- e) in Pfandbriefen oder gleichartigen Schuldverschreibungen, die eine deutsche öffentliche und infolge staatlicher Verleihung rechtsfähige Kreditanstalt vereinter Grundbesitzer oder eine preussische provincial-(kommunal-) ständische öffentliche Grundkreditanstalt mit staatlicher Genehmigung ausgegeben hat;
- f) in Inhaberschuldverschreibungen einer deutschen Hypothekenaktienbank auf Darlehen an deutsche Körperschaften des öffentlichen Rechts oder auf Darlehen, für die eine solche Körperschaft die Gewähr leistet.

Aber Art und Mindestbetrag der anzuschaffenden Schuldverschreibungen gelten die Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Dezember 1912 (Gesetzsamml. 1913, S. 3).



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

§ 32.
Die Sparkasse ist befugt, Geldforderungen aus dem Ver-
kaufe oder der Versteigerung von Grundstücken oder Ge-
bäuden, die im Bezirk des Gewährverbandes und in den
angrenzenden Amtsgerichtsbezirken Schwarzenbek, Reinbek,
Ahrensburg, Bargteheide, Bad Oldesloe und Steinhörst be-
legen sind, zu erwerben, vorausgesetzt, daß eine den Bestim-
mungen der §§ 25—27 entsprechende Sicherheit gewährt wird.

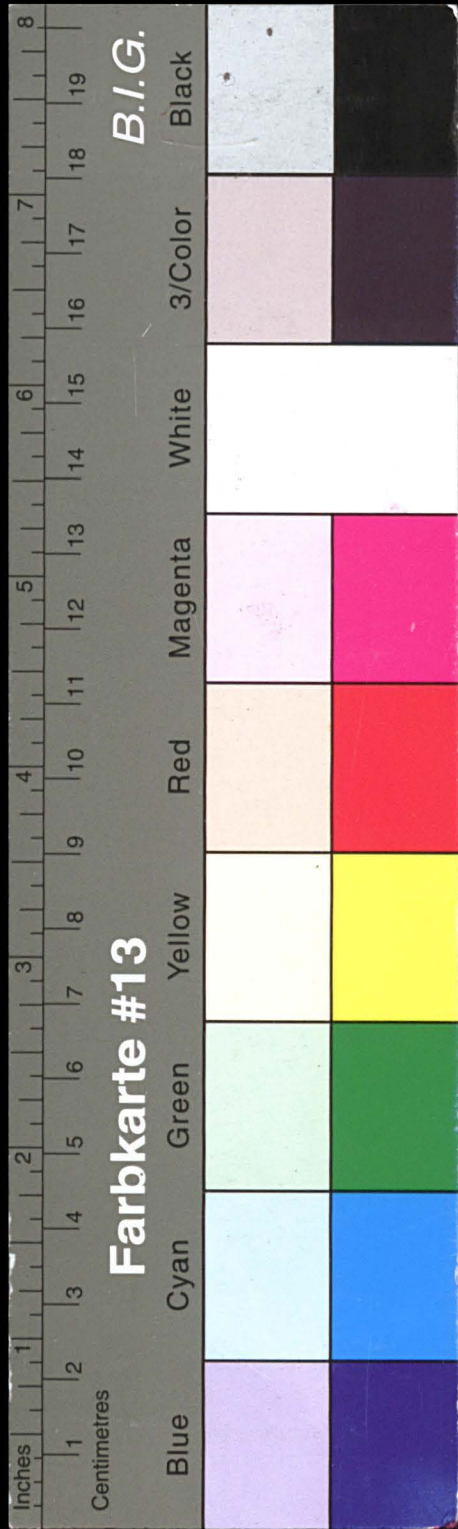
§ 33.
Zeitweilige Anlegung von Barbeständen.
Die Sparkasse kann vorübergehend verfügbare Gelder
bei deutschen öffentlichen Bankanstalten, insbesondere Giro-
zentralen und Landesbanken, ausnahmsweise auch bei be-
nachbarten öffentlichen Sparkassen und solchen Privatpar-
kassen und Privatbanken anlegen, die die Aufsichtsbehörde
nach Anhörung des zuständigen Sparkassenverbandes zuläßt
oder sie zum Ankauf solcher Wechsel verwenden, die an der
Börse oder im offenen Markt als Privatdiskonten gehandelt
werden. Die Wechsel müssen spätestens nach 3 Monaten
fällig sein.

E. Sonstige Geschäfte.
§ 34.
Die Sparkasse ist befugt, die folgenden sonstigen Geschäfte
zu betreiben:

1. An- und Verkauf von Wertpapieren für fremde
Rechnung. Beim Kauf muß eine sachungsmäßig
ausreichende Deckung vorhanden sein, beim Verkauf
müssen die Verkaufswerte vorher geliefert sein. Vom
An- und Verkauf ausgeschlossen sind solche Wert-
papiere, die an den deutschen Börsen nicht notiert
werden; (von Wertpapieren, die zwar dort nicht
notiert, aber gehandelt werden, darf die Sparkasse
nur Anleihen öffentlich-rechtlicher Verbände, Schul-
verschreibungen und junge Aktien bewährter und
sicherer Unternehmungen sowie ähnliche Papiere, die
nicht offensichtlich Spekulationspapiere sind, für ihre
Kunden an- und verkaufen].

Soweit die Sparkasse für An- und Verkauf von
Wertpapieren und ihre Aufbewahrung keine eigenen
Einrichtungen besitzt, benutzt sie dazu öffentliche Bank-
anstalten (oder solche Privatbanken, die der Spar-
kassenvorstand nach Anhörung des zuständigen Spar-
kassenverbandes mit Genehmigung der Aufsichtsbe-
hörde dafür zuläßt).
2. An- und Verkauf von Devisen und Sorten für
fremde Rechnung. Die Bestimmungen in Ziffer 1
gelten entsprechend.
3. Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren
unter den vom Vorstand festzusetzenden Bedingungen.
4. Vermietung von Schrankfächern und Aufbewahrung
von verschlossenen Depots.
5. Ein- und Auszahlungsverkehr sowie Einziehung von
Forderungen.
6. Aufnahme von Hypothekenurkunden und Fracht-
briefen sowie von sonstigen Dokumenten.
7. Weiterbegebung von Wechseln, die den Bestimmun-
gen des § 27 Abs. 4 oder § 33 entsprechen, jedoch
nur an die im § 33 bezeichneten Stellen; Ausstellung
und Akzeptierung von Wechseln ist unzulässig.
8. Abschluß von Verträgen über eine Arbeitsgemein-
schaft mit Verbänden öffentlich-rechtlicher Versiche-
rungsanstalten im Deutschen Reich oder mit Pro-
vinzialversicherungsanstalten, insbesondere über An-
nahme von Anträgen und Einziehung von Beiträgen
und sonstigen Leistungen.
9. Weiterleitung von Darlehen, die von öffentlichen
Körperschaften oder deren Kreditanstalten zu bestimm-
ten Zwecken zur Verfügung gestellt werden, zu den
von diesen vorgeesehenen Bedingungen mit Genehmi-
gung der Aufsichtsbehörde.

IV. Liquidität.
§ 35.
Anlegung in flüssigen Werten.
(1) Ein Betrag, der mindestens 30 v. H. des Gesamt-
einlagenbestandes der Sparkasse entspricht, muß in flüssigen
Werten angelegt werden. Als solche gelten:



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- a) Kassenbestand, Sorten und Kupons;
b) Guthaben bei der Reichsbank, bei Privatnotenbanken oder auf Postcheckkonto;
c) vorübergehende Anlagen bei öffentlichen Bankanstalten (und Sparkassen sowie bei Privatbanken gemäß § 33); hierbei sind mindestens 10 v. H. des Gesamteinlagenbestandes bei der zuständigen Girozentrale anzulegen;
d) zum Privatdiskont an der Börse gehandelte Wechsel, § 33;
e) Wechsel gemäß § 27 Abs. 4, die jederzeit bei der Reichsbank diskontierbar sind, soweit sie sich innerhalb des der Sparkasse von der Reichsbank oder einer anderen öffentlichen Bankanstalt eingeräumten Wechselkontingents halten;
f) Schuldverschreibungen auf den Inhaber, die bei der Reichsbank oder einer anderen öffentlichen Bank lombardfähig sind;
g) kurzfristige Forderungen gegen öffentlich-rechtliche Verbände und
h) jederzeit kündbare Faustpfanddarlehen, soweit sie nach § 26 Abs. 1a und b gesichert sind.
- (2) Bei der Anlegung sämtlicher im Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr der Sparkasse vorhandenen fremden Gelder dürfen, soweit diese Gelder nicht in börsengängigen Papieren nach dem Tageskurs und in Wechselfn Deckung finden, keine längeren Kündigungsfristen gewährt werden, als für die entsprechenden gegenüberstehenden Passiva gewährt sind.

V. Überschüsse.

§ 36.

Verwendung der Überschüsse.

- (1) Aus den Überschüssen, die sich bei der Rechnungslegung ergeben, wird eine Sicherheitsrücklage gebildet.
- (2) Bezüglich der Höhe der Sicherheitsrücklage gelten die Vorschriften des § 7 des Gesetzes betr. die Anlegung von Sparkassenbeständen in Schuldverschreibungen auf den Inhaber vom 23. Dezember 1912 (Gesetzsammlung 1913, S. 3), sowie die Bestimmungen der Ziffer 14 bis 17 der zu diesem

Gesetz ergangenen Ausführungsbestimmungen (Minist.-Bl. d. i. B. 1913 S. 77, 1914 S. 285).

(3) Buchmäßige Kursgewinne sind nicht den Überschüssen zuzurechnen, sondern der vorhandenen oder einer neu anzulegenden Kursrücklage so lange zuzuführen, bis sie die Höhe von 5 v. H. des Einlagebestandes erreicht hat. Aus der Kursrücklage sind künftige Kursverluste vorzugsweise zu decken.

(4) Soweit die Überschüsse, die sich bei der Rechnungslegung ergeben, nicht der Sicherheitsrücklage zufließen, werden sie unbeschadet der Vorschrift des § 5 der Zweiten Verordnung zur Durchführung der Aufwertung der Sparguthaben vom 27. Februar 1926 (Gesetzsammlung, S. 98) an den Gewährverband zur Verwendung für nicht zu dessen gesetzlichen Aufgaben gehörende gemeinnützige oder mildtätige Zwecke im Sinne der Vorschriften der Steueretze und der zu ihrer Ausführung erlassenen Bestimmungen abgeführt.

VI. Schlußbestimmungen.

§ 37.

Bekanntmachungen.

Die Bekanntmachungen der Sparkasse werden durch die Trittau'er Zeitung und den Oldesloer Landboten veröffentlicht, soweit nicht nach dieser Satzung Aushang im Kassenraum genügt.

§ 38.

Satzungsänderungen.

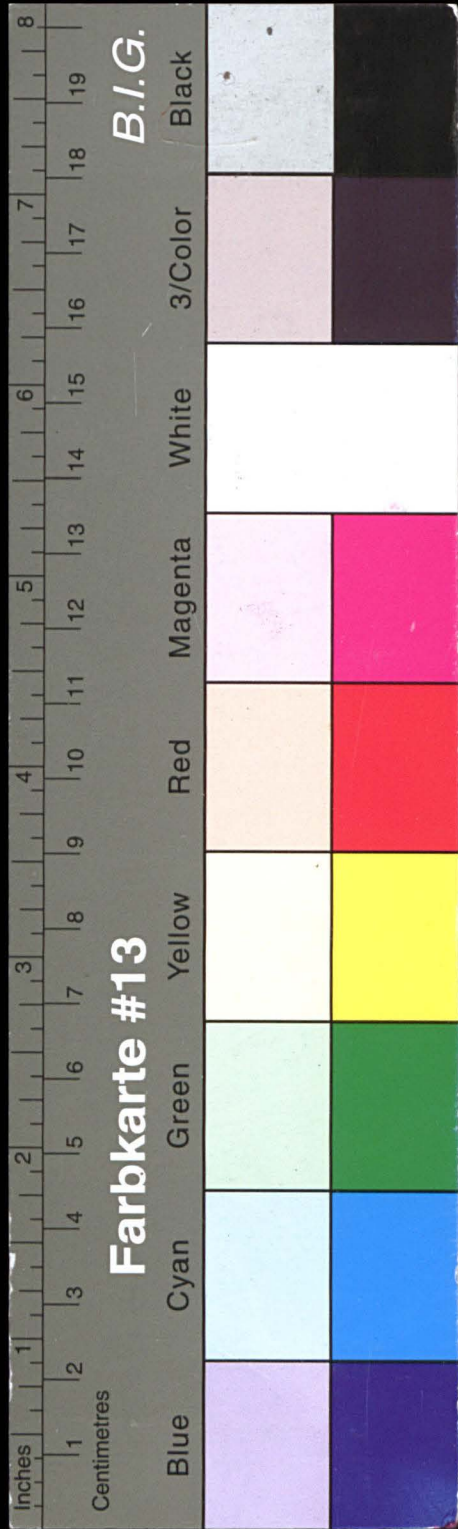
(1) Die zuständigen Organe des Gewährverbandes können diese Satzung mit Genehmigung des Oberpräsidenten ändern.

(2) Jede Änderung ist für die Sparer verbindlich, wenn diese nicht 2 Wochen nach der öffentlichen Bekanntmachung ihr Guthaben zurückfordern. In der öffentlichen Bekanntmachung kann darauf verwiesen werden, daß die geänderten Bestimmungen im Kassenraum der Sparkasse aushängen.

§ 39.

Auflösung der Sparkasse.

(1) Die Auflösung der Sparkasse kann von den zuständigen Organen des Gewährverbandes mit Genehmigung des Oberpräsidenten beschlossen werden.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

(2) Der Vorstand hat die Auflösung dreimal mit Zwischenfristen von je 4 Wochen öffentlich bekanntzumachen und zugleich die Guthaben zu einem mindestens 3 Monate nach der ersten Bekanntmachung liegenden Zeitpunkt zu kündigen.

(3) Guthaben, die bei Ablauf der Frist nicht zurückgenommen sind, werden nicht weiter verzinst. Der zur Befriedigung der Gläubiger erforderliche Teil des Sparkassenvermögens ist zu hinterlegen. Forderungen, die 30 Jahre nach der Hinterlegung nicht geltend gemacht worden sind, verfallen zugunsten des Gewährverbandes.

(4) Das nach Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen der Sparkasse ist mit Genehmigung des Regierungspräsidenten an den Gewährverband zur Verwendung für nicht zu dessen gesetzlichen Aufgaben gehörende gemeinnützige oder mildtätige Zwecke im Sinne der Vorschriften der Steuergesetze und der zu ihrer Ausführung erlassenen Bestimmungen abzuführen.

(5) Die Vorschriften der Ziffern 2—4 gelten nicht für den Fall der Gesamtrechtsnachfolge, wenn ein anderer Kommunalverband die Sparkasse übernimmt.

§ 40.

Inkrafttreten der Satzung.

(1) Vorstehende Satzung tritt nach Genehmigung durch den Oberpräsidenten durch Aushang im Kassenraum, auf den durch öffentliche Bekanntmachung hinzuweisen ist, in Kraft.

(2) Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die bisherige Satzung außer Kraft.

Beschlossen in der Versammlung des Verbandsausschusses in Trittau, den 14. Juli 1928.

Der Verbandsausschuß

(A. S.)
gez. Venn.
Vorsitzender.

Beleihungsgrundsätze¹⁾

für öffentliche Sparkassen gemäß § 25¹
der Musterfassung.

A. Für die Beleihung von Hausgrundstücken.

1. Bei Hypotheken (Grund- und Rentenschulden) auf Hausgrundstücken, die nicht in der Hauptsache land- und forstwirtschaftlichen Zwecken dienen, muß sich die Beleihung innerhalb der ersten Hälfte des durch Schätzung festgestellten jederzeit erzielbaren Wertes (Verkehrswertes) halten.

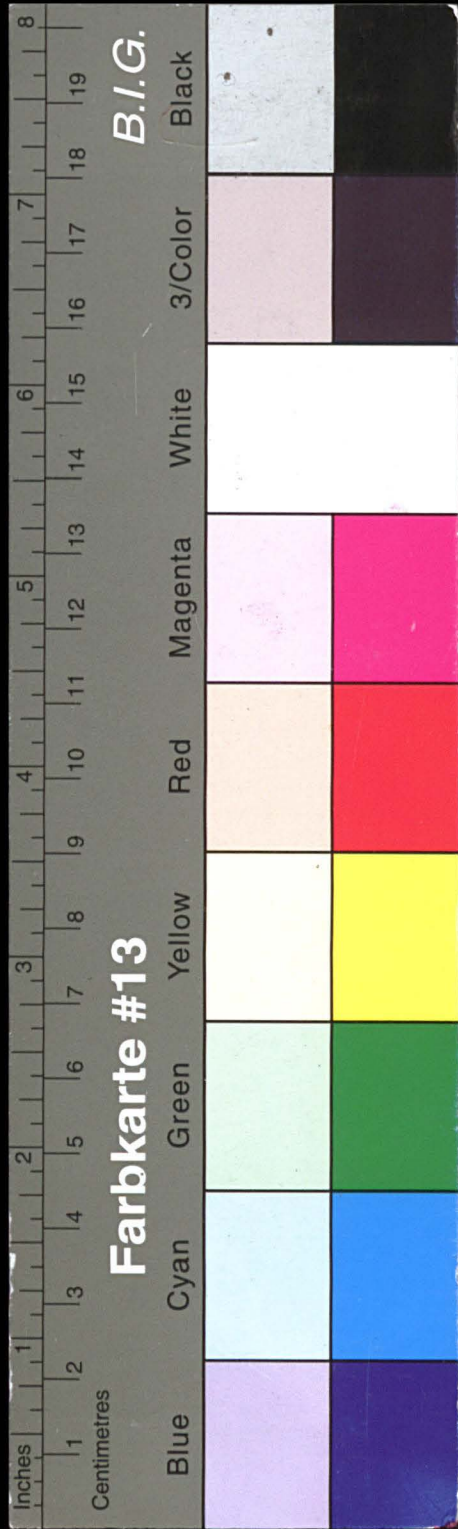
Dieser Wert der Grundstücke und Gebäude ist unter Berücksichtigung aller wertbestimmenden Umstände und dauernden Eigenschaften, insbesondere der Lage und Größe des Grundstücks, der Höhe der Feuerversicherung, des baulichen Zustandes der Gebäude, der letzten nach der Inflation erzielten Erwerbspreise und der in letzter Zeit für Grundstücke in gleicher Lage erzielten Preise sowie des Pacht- und Mietertrages, der Zinslasten sowie der öffentlichen Lasten durch den Vorstand festzusetzen.

Als Grundlage für die Festsetzung der Beleihungsgrenze haben dem Vorstand Schätzung zu dienen, welche

1. den Vorschriften des Artikels 73 § 1 Abj. 2 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 20. September 1899 (G.S. S. 177) entsprechen, oder

2. durch ein öffentliches Schätzungsamt oder, solange ein solches nicht errichtet ist, durch zwei von den Organen des Gewährverbandes ernannte und vereidigte Sachverständige abgegeben sind.

¹⁾ RdEnt. d. MdJ. v. 10. 2. 1928 — IV b 132.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Bei erstellten Hypotheken bis zu 10000 *RM*¹⁾ darf, falls das Pfandgrundstück dem Vorstände hinreichend bekannt ist, von einer besonderen Schätzung abgesehen werden. Bei solchen bis zu 50000 *RM* genügt bei dem Vorstände bekannten Grundstücken die Schätzung durch einen Schätzer.

II. Bei Hypotheken (Grund- und Rentenschulden) auf Neubauten muß sich die Beleihung innerhalb von 40 v. H. des nachgewiesenen Bau- und Bodenwertes (Baukosten, zuzüglich Grunderwerbs- und Aufschließungskosten) halten und darf 60 v. H. des durch Schätzung ermittelten Verkehrswertes nicht übersteigen. Der über 50 v. H. des Verkehrswertes liegende Teil der Hypothek ist mit mindestens $\frac{1}{2}$ v. H. des Gesamtkapitals jährlich zu tilgen.

Bei Kleinwohnungs-Neubauten kann eine erstellige Beleihung bis 60 v. H. des Bau- und Bodenwertes oder 70 v. H. der nachgewiesenen Baukosten allein, jedoch nicht über 90 v. H. des durch Schätzung ermittelten Verkehrswertes gewährt werden, wenn

a) diese Hypotheken getilgt werden, und zwar mit mindestens jährlich 1 v. H. des ursprünglichen Hypothekenkapitals so lange, bis sich dieses auf 60 v. H. des Verkehrswertes verringert hat und von da ab mit mindestens $\frac{1}{2}$ v. H. des ursprünglichen Hypothekenkapitals jährlich bis zur Erreichung einer Beleihungsgrenze von 50 v. H. des Verkehrswertes,

b) für den Teil der Hypothek, der über der nach Abs. I festgestellten Beleihungsgrenze liegt, die verbindliche Erklärung einer Gemeinde (Gemeindeverbandes) darüber beigebracht wird, daß von ihr ein in Ansehung dieses Hypothekenteiles etwa entstehender Verlust an Kapital, Zinsen oder Kosten der Sparkasse zu erstatten ist (gegebenenfalls zunächst aus den hierfür gebildeten kommunalen Fonds).

Verlust ist hierbei der Betrag an Kapital, Zinsen und Kosten, der nach einer Zwangsversteigerung nicht durch einen auf die Sparkasse entfallenden Zwangsversteigerungserlös abgedeckt sein wird, wobei die Sparkasse nicht verpflichtet sein soll, für den Fall einer Zwangsversteigerung selbst zu bieten.

¹⁾ Bei großen Sparkassen kann dieser Betrag erhöht werden, jedoch keinesfalls über 20000 *RM*.

III. Gewerblich genutzte Grundstücke und Gebäude dürfen nur bei zusammenhängender Bewirtschaftung mit Wohnstätten oder landwirtschaftlich genutzten Grundstücken und nur unter Berücksichtigung des von der jeweiligen Benutzungsart unabhängigen dauernden Wertes mitbeliehen werden. Hierzu bedarf es eines mit $\frac{3}{4}$ Mehrheit gefaßten Vorstandsbeschlusses.

IV. Es dürfen nicht beliehen werden:

1. Baugrundstücke an noch nicht anbaufähigen Straßen; für Baugrundstücke an anbaufähigen Straßen gelten die Bestimmungen A1;

2. Grundstücke, die durch ihre Ausnutzung im Werte vermindert werden (Lehm-, Ton- oder Kiesgruben, Torfstiche usw.);

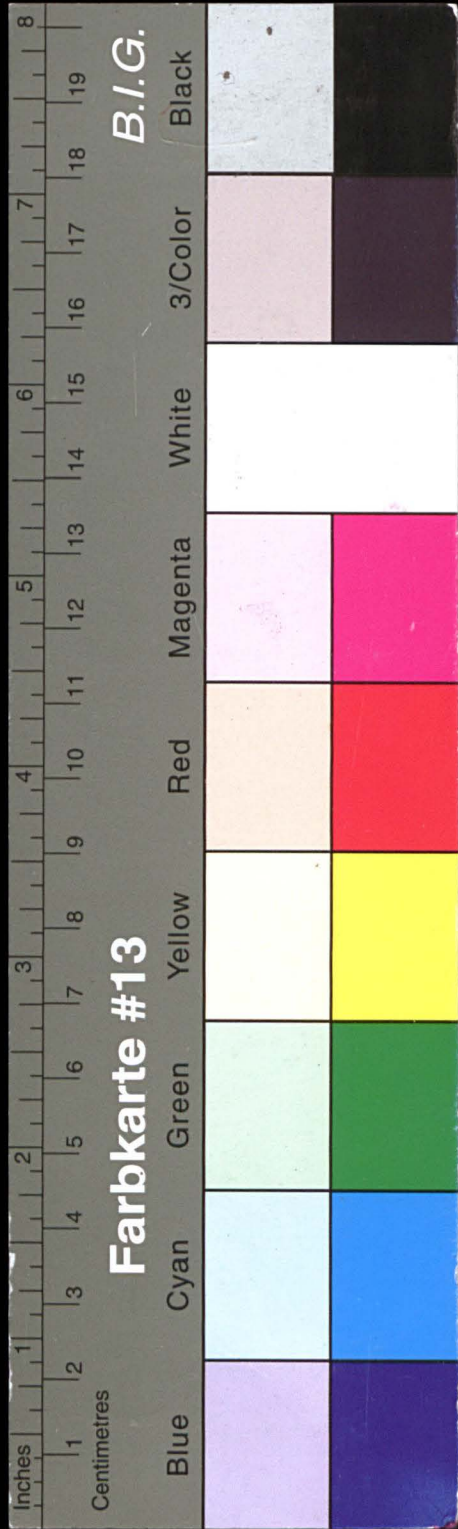
3. Theater, Tanzsäle, Lichtspielhäuser Garagen und ähnlichen Zwecken dienende Baulichkeiten.

B. Für die Beleihung von land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken.

Bei Hypotheken (Grund- und Rentenschulden) auf land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken gelten folgende Beleihungsgrundsätze:

I. Beleihung auf Grund einer Schätzung.

1. Die Schätzung erfolgt durch einen von den Organen des Gewährverbandes ernannten und vereidigten, mit den örtlichen und land- bzw. forstwirtschaftlichen Verhältnissen vertrauten Schätzer und, soweit eine Belastung des Grundstückes über die ersten 50000 *RM* hinaus in Frage steht, durch zwei solche Schätzer. Für die Bewertung ist der Ertragswert zugrunde zu legen (Ausnahme siehe unter 2). Als Ertragswert gilt das 25fache des Reinertrages, den das Grundstück jährlich nach seiner wirtschaftlichen Bestimmung bei ordnungsmäßiger und gemeinüblicher Bewirtschaftung unter gewöhnlichen Verhältnissen im Durchschnitt nachhaltig gewähren kann. Bei der Beurteilung der nachhaltigen Ertragsfähigkeit sind alle Umstände, die auf den Wirtschaftserfolg von Einfluß sind oder von denen die Verwertung der gewonnenen Erzeugnisse abhängig ist, insbesondere Bodenqualität, Bodenlage, klimatische Verhältnisse, Hoflage, Geschlossenheit oder Zersplitterung des Betriebes, Verkehrs- und Absatz-



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

verhältnisse zu berücksichtigen. Zinsen und öffentliche Lasten sind bei der Wertermittlung zu berücksichtigen.

2. a) Sofern der für Grundstücke ähnlicher Art und Lage in letzter Zeit vor der Beleihung erzielte regelmäßige Kaufpreis (voraussichtlich zu erzielende „Verkaufswert“) hinter dem nach Ziff. 1 ermittelten Ertragswert zurückbleibt, ist lediglich der Verkaufswert der Beleihung zugrunde zu legen.

b) Sofern der Verkaufswert den Ertragswert übersteigt, kann er bei Vorliegen besonders günstiger Verkehrs- und Abfahverhältnisse *a u s s e r w e i e* mitberücksichtigt werden, jedoch nur mit der Maßgabe, daß die zu gewährende Beleihung insgesamt den Betrag von 20 000 *R.M.* nicht überschreitet, daß ferner mindestens die Hälfte des zu beleihenden Grundstücks *weizen- oder gartenbaufähiger Boden* ist, daß weiter der zugrunde zu legende Beleihungswert das Doppelte des Ertragswertes (1 Ziff. 1) nicht überschreitet und daß endlich bei einer Beleihung zu einem höheren Zinsfuße als 8 v. H. der vorgenannte Höchstbetrag von 20 000 *R.M.* entsprechend herabzusetzen ist. Jedwede derartige Ausnahmebeleihung bedarf eines mit $\frac{3}{4}$ Stimmenmehrheit gefaßten Vorstandsbeschlusses.

c) Für die Ermittlung des Verkaufswertes (siehe oben a und b) sind die in Betracht kommenden Angaben, insbesondere über die leztlin erzielten Kaufpreise, in der Schätzung glaubhaft darzulegen, so daß sie in allen Einzelheiten nachgeprüft werden können.

2. Die der Beleihung zugrunde zu legenden Werte werden auf Grund der vorgenannten Schätzungen durch den Vorstand besonders festgesetzt.

II. Beleihung ohne eine Schätzung:

1. Bei Belastung des Grundstücks nicht über die ersten 5000 *R.M.*¹⁾ hinaus kann der Vorstand auf die Vorlage einer Schätzung verzichten, wenn ihm selbst der Wert der Grundstücke zuverlässig bekannt ist.

2. Ferner kann auf eine Schätzung verzichtet werden, wenn die Beleihung sich hält:

¹⁾ Bei großen Sparkassen kann dieser Betrag erhöht werden, jedoch keinesfalls über 20 000 *R.M.*

bei einem Zinsfuß von 8 v. H. innerhalb des 10fachen Grundsteuer-
(reinertrages¹⁾),

„ „ „ „ 7 „ „ „ 11 „ „
„ „ „ „ 6 „ „ „ 12 „ „
wobei bei Grundstücken von weniger als 100 ha vorstehende Sätze auf das 11-, 12- und 13-fache des Grundsteuerreinertrages erhöht werden können.

III. Von dem gemäß Ziff. 1 u. II ermittelten Beleihungswert dürfen — abgesehen von der Sonderregelung in II Ziff. 2 — beliehen werden:

bei einem Zinsfuß von 8 v. H. bis zu 35 v. H. des Beleihungswertes,
„ „ „ „ 7 „ „ „ 40 „ „ „
„ „ „ „ 6 „ „ „ 45 „ „ „

wobei bei Grundstücken unter 100 ha auf diese Hundertsätze 10prozentige Zuschläge, mithin insgesamt 38,5 v. H., 44 v. H. und 49,5 v. H. des ermittelten Beleihungswertes, gewährt werden dürfen.

Aber diese Sätze darf ausnahmslos nicht hinausgegangen werden.

¹⁾ Bei der Feststellung dieser Sätze ist davon ausgegangen worden, daß in der Vorkriegszeit bei einem Landeszinssfuß von 4 v. H. eine Beleihung regelmäßig innerhalb des 20fachen des Grundsteuerreinertrages zulässig war. Sofern bei einzelnen Sparkassen in der Vorkriegszeit die Beleihung innerhalb eines höheren Vielfachen des Grundsteuerreinertrages zulässig war, können bei diesen Sparkassen die obigen Sätze im entsprechenden Verhältnis erhöht werden. (Z. B. bei Beleihbarkeit vor dem Kriege innerhalb des 30fachen jetzt: bei 8 v. H. innerhalb des 15-, bei 7 v. H. innerhalb des 16- und bei 6 v. H. innerhalb des 17-fachen.)

Vorstehende Satzung wird bestätigt.

Kiel, den 15. Juli 1929.

Der Oberpräsident
der Provinz Schleswig-Holstein

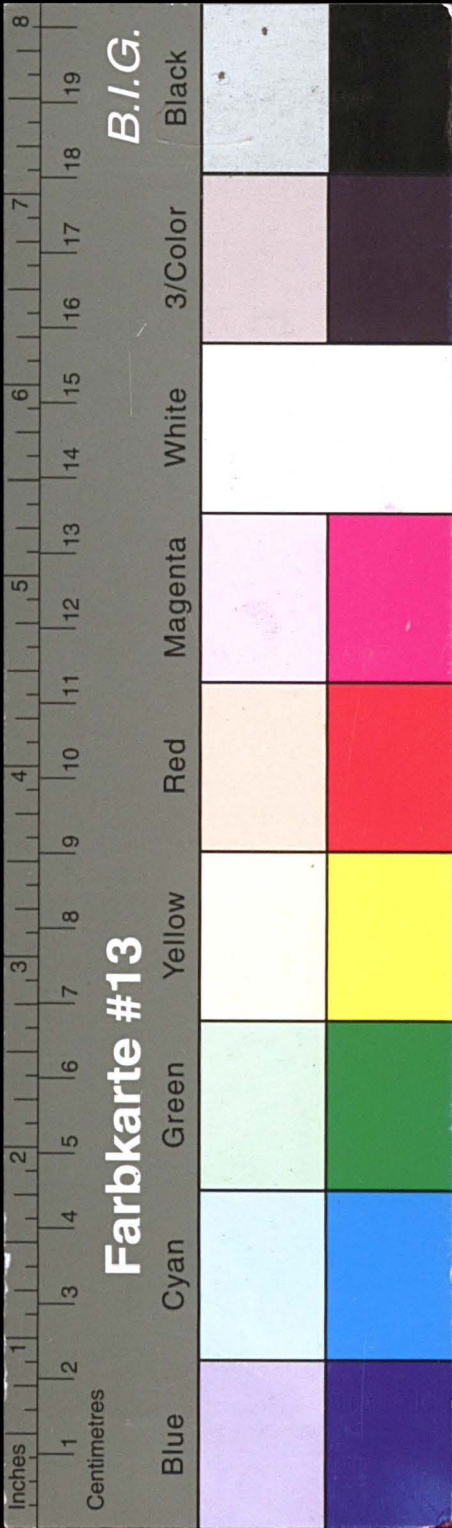
(L. G.)

In Vertretung:
gez. Dr. Thon.

(L. G.)

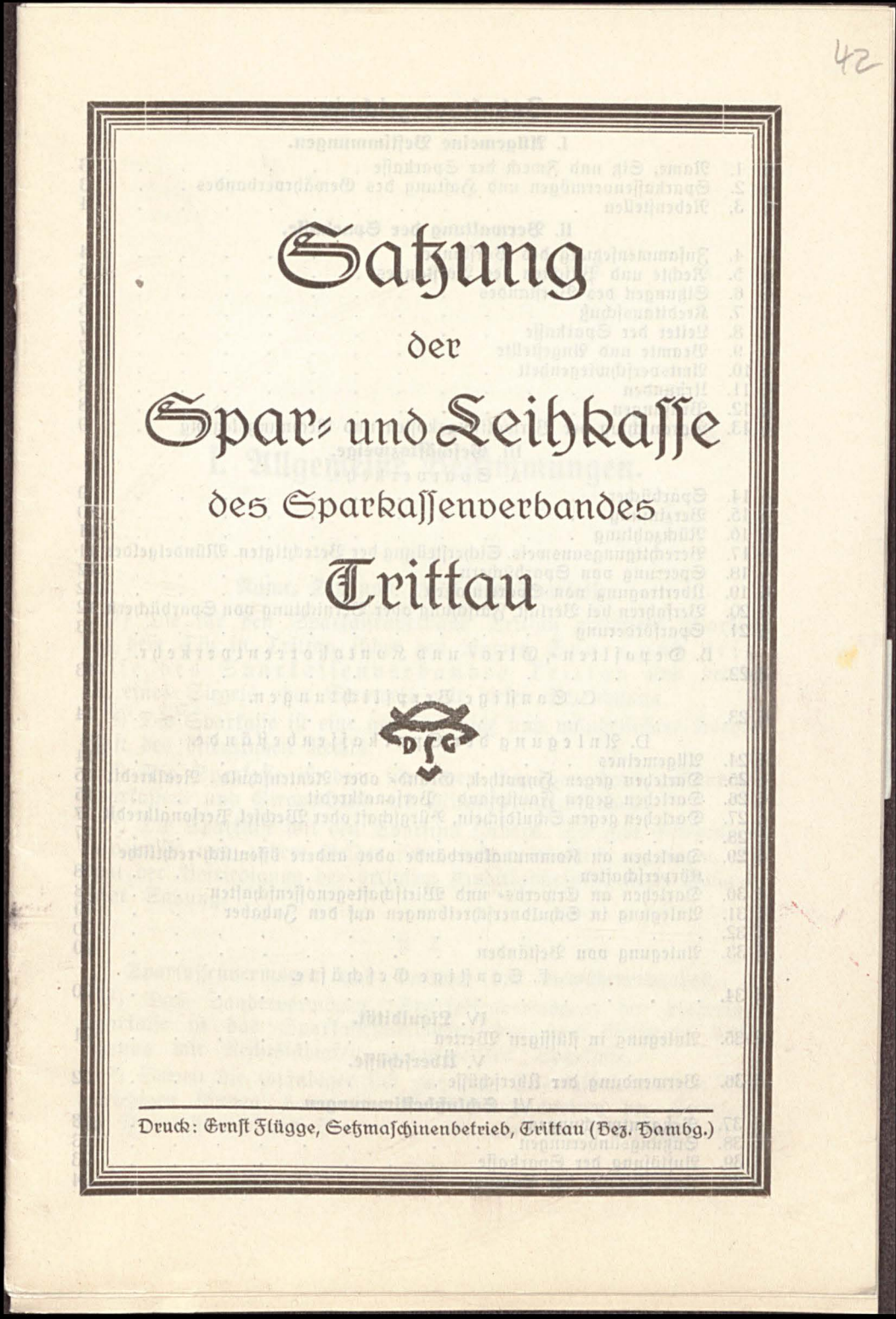
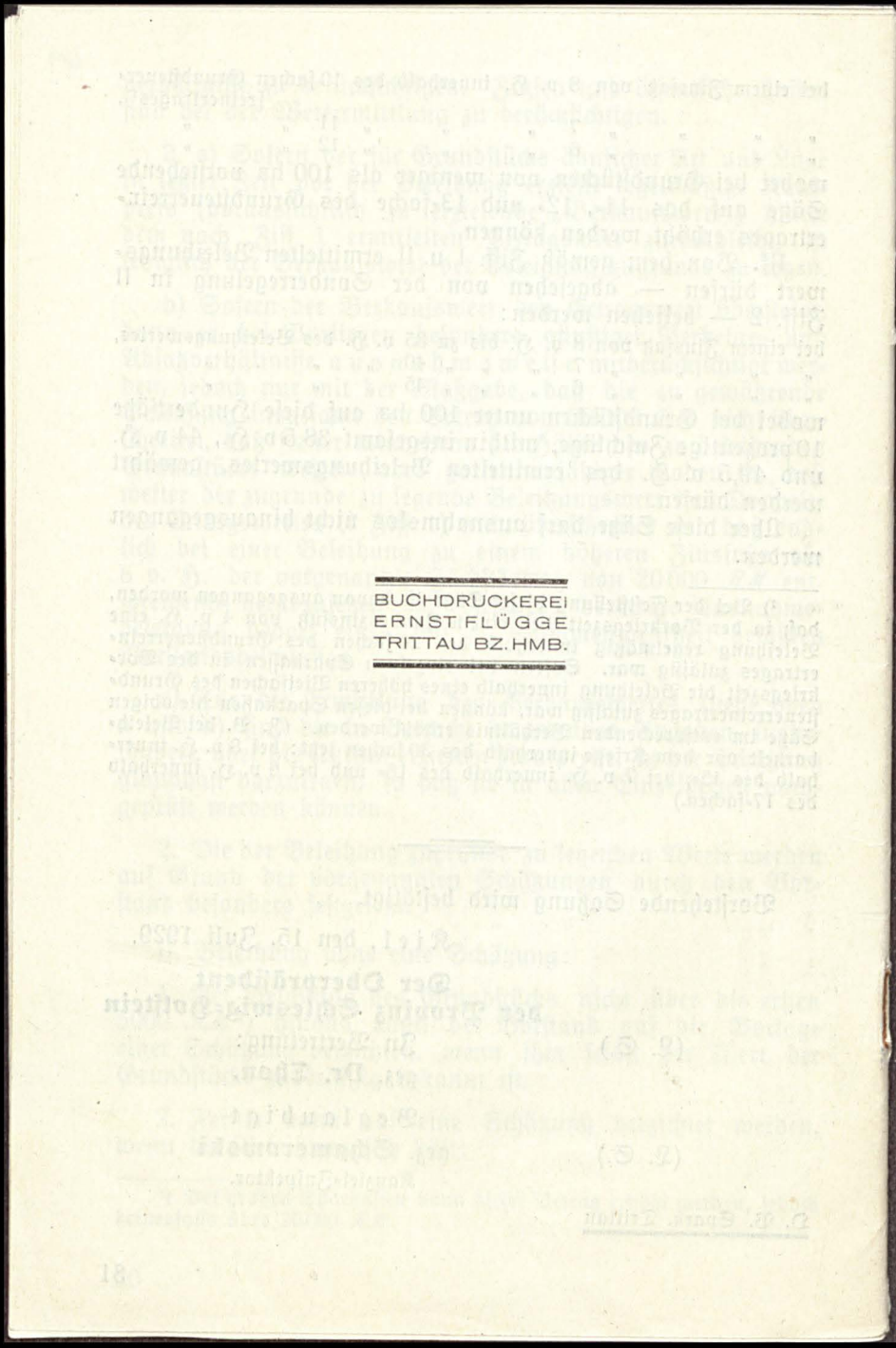
Beglaubigt
gez. Schamerowski
Kanzlei-Inspektor.

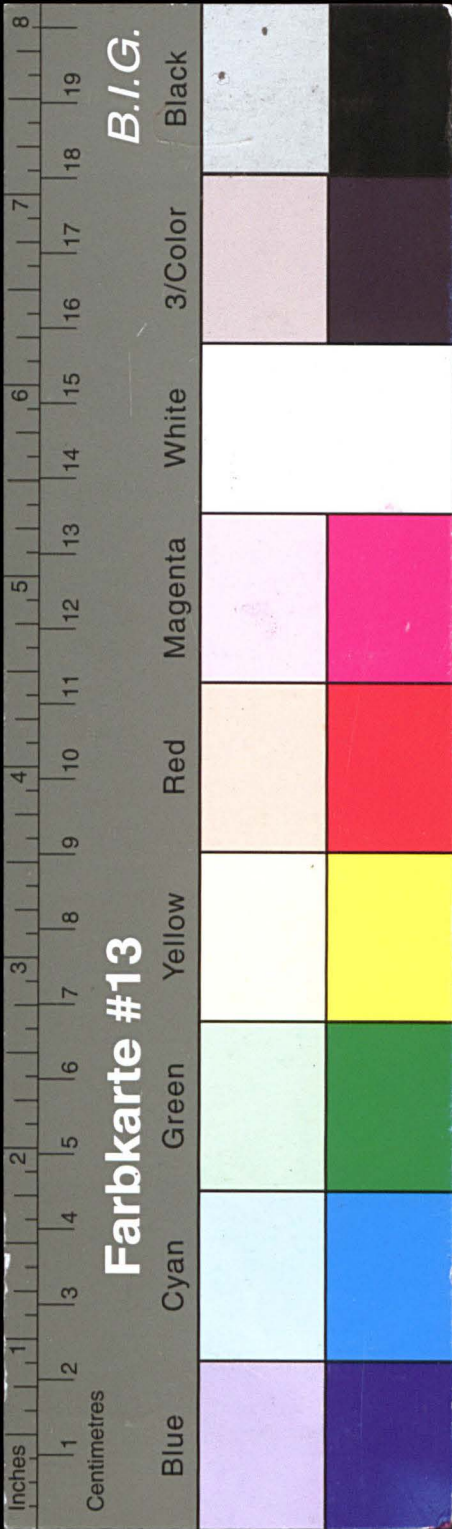
D. P. Spark. Trittau



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Inhaltsverzeichnis.		
I. Allgemeine Bestimmungen.		
1. Name, Sitz und Zweck der Sparkasse	3	
2. Sparkassenvermögen und Haftung des Gewährverbandes	3	
3. Nebenstellen	4	
II. Verwaltung der Sparkasse.		
4. Zusammenfassung des Vorstandes	4	
5. Rechte und Pflichten des Vorstandes	5	
6. Sitzungen des Vorstandes	5	
7. Kreditausschuß	6	
8. Leiter der Sparkasse	7	
9. Beamte und Angestellte	7	
10. Amtsverschwiegenheit	8	
11. Urkunden	8	
12. Prüfungen	8	
13. Voranschlag der Verwaltungskosten und Rechnungslegung	9	
III. Geschäftszweige.		
A. Sparverkehr.		
14. Sparbücher	9	
15. Verzinsung	10	
16. Rückzahlung	11	
17. Berechtigungsausweis, Sicherstellung der Berechtigten, Mündelgelber	11	
18. Sperrung von Sparbüchern	12	
19. Übertragung von Spareinlagen	12	
20. Verfahren bei Verlust, Fälschung oder Vernichtung von Sparbüchern	12	
21. Sparförderung	13	
B. Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr.		
22.	13	
C. Sonstige Verpflichtungen.		
23.	14	
D. Anlegung der Sparkassenbestände.		
24. Allgemeines	14	
25. Darlehen gegen Hypothek, Grund- oder Rentenschuld Realkredit	15	
26. Darlehen gegen Faustpfand Personalkredit	15	
27. Darlehen gegen Schuldschein, Bürgschaft oder Wechsel Personalkredit	17	
28. Darlehen an Kommunalverbände oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften	18	
30. Darlehen an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	18	
31. Anlegung in Schuldverschreibungen auf den Inhaber	19	
32.	20	
33. Anlegung von Beständen	20	
E. Sonstige Geschäfte.		
34.	20	
IV. Liquidität.		
35. Anlegung in flüssigen Werten	21	
V. Überschüsse.		
36. Verwendung der Überschüsse	22	
VI. Schlußbestimmungen.		
37. Bekanntmachungen	23	
38. Satzungsänderungen	23	
39. Auflösung der Sparkasse	23	
40. Inkrafttreten der Satzung	24	

43

Nachtrag zur Satzung

der
Spar- und Leihkasse
Sparkasse des Sparkassenverbandes Trittau

Vom _____

§ 4 der Satzung

erhält folgenden Wortlaut:

(1) Die Verwaltung der Sparkasse wird durch den Vorstand geführt.

(2) Der Vorstand besteht aus:

a) dem Leiter des Gewährverbandes als Vorsitzenden,

b) 6 Mitgliedern, die der Leiter des Gewährverbandes nach näherer Maßgabe des § 7 Abs. 3 und 4 der Verordnung über die Sparkassen sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute vom 20. Juli/4. August 1932 (Gesetzsamml. S. 241, 275) in der Fassung der Verordnung vom 19. November 1934 (Gesetzsamml. S. 434) sowie der nachfolgenden Absätze 4—7 auf die Dauer von 4 Jahren bestellt.

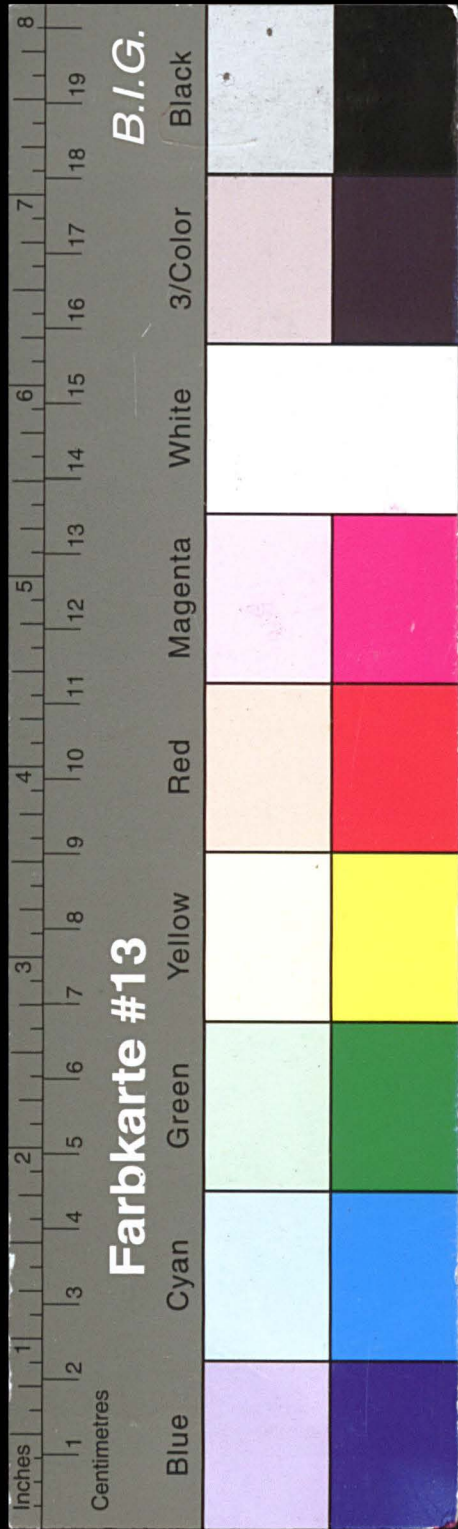
(3) Der Leiter des Gewährverbandes hat den Vorsitz im Vorstand der Sparkasse persönlich zu führen. Im Falle seiner Behinderung wird er durch seinen Vertreter im Hauptamt vertreten; der Vertreter ist berechtigt, an den übrigen Sitzungen des Vorstandes mit beratender Stimme teilzunehmen.

(4) Als Mitglieder dürfen nur solche Personen berufen werden, die besondere wirtschaftliche Erfahrung und Sachkunde besitzen und bereit und geeignet sind, die Sparkasse zu fördern. Die Zusammenfassung des Sparkassenvorstandes muß Gewähr dafür bieten, daß die Sparkasse ihre Aufgaben bei der Förderung der Spartätigkeit und der sicheren Anlage der Einlagen unter Berücksichtigung insbesondere der Betreuung des Mittelstandes und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsfreie erfüllt.

(5) Als Mitglieder dürfen nicht berufen werden:

a) Beigeordnete, Schöffen und sonstige hauptamtliche Beamte, sowie Angestellte und Arbeiter des Gewährverbandes;

b) Personen, die Unternehmer, persönlich haftende Gesellschafter, Aufsichtsrats-, Verwaltungsrats-, Vorstandsmitglieder oder Beamte



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

oder Angestellte von Banken und anderen Unternehmungen sind, die im Wettbewerb mit der Sparkasse Spareinlagen oder Depositen annehmen oder die gewerbsmäßig Kreditgeschäfte betreiben oder vermitteln. Tritt ein derartiger Tatbestand während der Amtsdauer ein, so endet damit die Mitgliedschaft im Vorstand der Sparkasse; wird streitig, ob diese Voraussetzung vorliegt, so entscheidet der Vorsitzende des Vorstandes endgültig.

(6) Unter den Mitgliedern des Vorstandes dürfen sich nicht gleichzeitig Personen befinden, die untereinander oder mit dem Leiter der Sparkasse in dem Verhältnis von Ehegatten oder Personen stehen, die in gerader Linie verwandt oder verschwägert oder durch Adoption verbunden oder in der Seitenlinie im zweiten oder dritten Grade verwandt oder im zweiten Grade verschwägert sind. Wird die Ehe erst im Laufe der Amtszeit geschlossen oder entsteht die Verwandtschaft oder Schwägerschaft in dieser Zeit, so hat einer der Beteiligten auszuscheiden; ist einer der Beteiligten der Vorsitzende, sein Stellvertreter oder der Leiter der Sparkasse, so scheidet der andere Beteiligte, im übrigen, wenn eine Einigung nicht zustande kommt, der an Lebensalter jüngere Beteiligte aus.

(7) Dem Vorstand dürfen nicht solche Personen angehören, über deren Vermögen während der letzten 5 Jahre das Konkurs- oder Vergleichsverfahren eröffnet worden ist oder die während dieser Zeit den Offenbarungsseid geleistet haben. Tritt ein Tatbestand nach Satz 1 während der Amtsdauer ein, so muß das Mitglied aus dem Vorstand ausscheiden.

(8) Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu berufen; auf die stellvertretenden Mitglieder finden die Bestimmungen der Absätze 2 und 4 bis 7 entsprechende Anwendung.

(9) Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder bleiben nach Ablauf der Zeit, für deren Dauer sie bestellt sind, bis zum Eintritt der neuen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder in Tätigkeit.

§ 6 Absatz 6 der Satzung

erhält folgenden Wortlaut:

(6) Die Mitglieder des Vorstandes und der Leiter der Sparkasse dürfen an der Beratung und Beschlussfassung über solche Angelegenheiten nicht teilnehmen, an denen sie oder ihre Ehegatten oder Personen, mit denen sie in gerader Linie verwandt oder verschwägert oder durch Adoption verbunden oder in der Seitenlinie im zweiten oder dritten Grade verwandt oder im zweiten Grade verschwägert sind, mit ihren persönlichen oder wirtschaftlichen Sonderinteressen beteiligt sind oder in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben haben oder sonst in anderer als öffentlicher Eigenschaft tätig geworden sind. Ebenso dürfen sie an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilnehmen, wenn das Unternehmen, die Wirtschafts- oder

Standesorganisation, die Interessenvertretung oder sonst jemand, bei dem sie gegen Entgelt beschäftigt sind, mit ihren persönlichen oder wirtschaftlichen Sonderinteressen beteiligt sind; dies gilt nicht, wenn es sich um Angelegenheiten des eigenen Gewährverbandes der Sparkasse handelt. Ein Sonderinteresse liegt nicht schon dann vor, wenn die in Satz 1 genannten Personen einem Beruf, einem Gewerbe oder einer Bevölkerungsgruppe angehören, deren gemeinsame Interessen durch den Beratungsgegenstand berührt werden. Wird streitig, ob die Voraussetzung des Satz 1 oder Satz 2 vorliegt, so entscheidet der Vorsitzende des Vorstandes endgültig. Wer nach Satz 1 oder nach Satz 2 von der Teilnahme an der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen ist, hat während der Beratung über die Angelegenheit das Beratungszimmer zu verlassen.

§ 7 Absatz 2 der Satzung

erhält folgenden Wortlaut:

(2) Der Kreditausschuß besteht aus dem Vorsitzenden des Vorstandes oder seinem Stellvertreter, dem Leiter der Sparkasse und 2 vom Vorstand für die Dauer seiner Amtszeit zu bestellenden Vorstandsmitgliedern. Für die 2 Vorstandsmitglieder sind Stellvertreter zu bestellen, die ebenfalls dem Vorstand angehören müssen.

§ 9 Absatz 1, Satz 1 der Satzung

erhält folgenden Wortlaut:

(1) Die Anstellung der bei der Sparkasse zu beschäftigenden Beamten (Angestellten) sowie ihre Entlassung erfolgt auf Vorschlag des Sparkassenvorstandes durch den Leiter des Gewährverbandes; vor ihrer Versetzung aus der Sparkasse ist der Sparkassenvorstand zu hören.

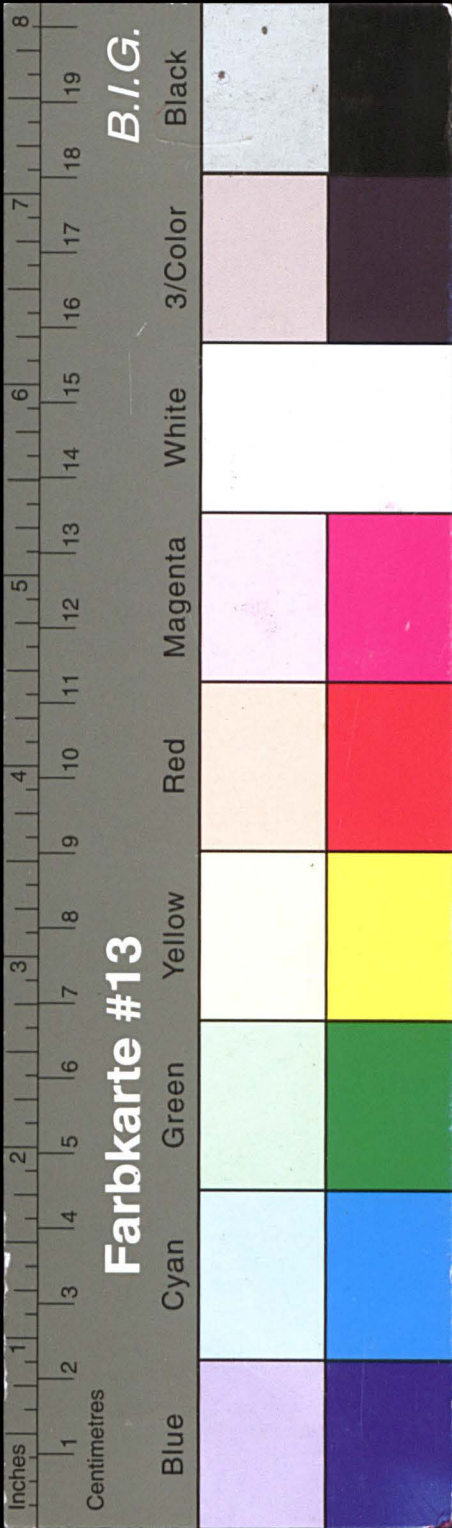
§ 13 der Satzung

erhält folgenden Wortlaut:

(1) Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Der Vorstand der Sparkasse hat nach Anhörung der Gemeinderäte des Gewährverbandes vor Beginn eines jeden Rechnungsjahres einen jährlichen Voranschlag der Verwaltungskosten aufzustellen und der Aufsichtsbehörde vorzulegen, die den Voranschlag genehmigt, oder, wenn sie nicht einverstanden ist, festsetzt.

(3) Nach Ablauf eines jeden Rechnungsjahres hat der Leiter der Sparkasse dem Vorstände die Jahresbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung (Jahresabschluss) sowie einen Verwaltungsbericht vorzulegen. Der Jahresabschluss wird unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und des Verwaltungsberichts nach näherer Anordnung des Ministers für Wirtschaft und Arbeit geprüft und mit dem Prüfungsberichte dem Vorstände der Sparkasse vorgelegt. Der



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Vorstand stellt nach Anhörung der Gemeinderäte des Gewährverbandes den Jahresabschluß fest und legt sodann die Unterlagen der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung der Jahresbilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung (Jahresabschluß) sowie zur Entlastung des Vorstandes der Sparkasse vor.

(4) Sofern der Gewährverband der Sparkasse ein Gemeindeverband ist, treten bis zur Neuregelung des Verfassungsrechts der Gemeindeverbände an die Stelle der Gemeinderäte in den Fällen der Abs. 1 und 2 die im § 143 Abs. 5 des Gesetzes über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeindefinanzgesetz) vom 15. Dezember 1933 (Gesetzsamml. S. 442) genannten Stellen.

(5) Spätestens 6 Monate nach Schluß des Rechnungsjahres ist die Bilanz der Sparkasse durch Aushang im Rassenraum und durch Bekanntmachung gemäß § 37 zu veröffentlichen.

Festgesetzt auf Grund der Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Sparkassen sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute vom 20. Juli / 4. August 1932 (Gesetzsamml. S. 241, 275), in der Fassung der Verordnung vom 14. März 1933 (Gesetzsamml. S. 41), vom 2. Juli 1934 und des Artikels 2 der Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Sparkassen sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute vom 19. November 1934 (Gesetzsamml. S. 434).

L. S. Trittau, den 14. Februar 1935.
Der Vorsteher des Zweckverbandes
"Sparkassenverband Trittau"
L. S. gez. Maibom

Genehmigt: Schleswig, den 1. März 1935.

Der Regierungspräsident
Im Auftrage
L. S. gez. Laux

Schmidt & Klaunig, Kiel.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Name, Sitz und Zweck der Sparkasse.

(1) Die für den Sparkassenverband Trittau errichtete Sparkasse mit dem Sitz in Trittau führt den Namen Spar- und Leihkasse des Sparkassenverbandes Trittau und bedient sich eines Siegels oder Stempels mit dieser Bezeichnung.

(2) Die Sparkasse ist eine gemeinnützige und mündelsichere Körperschaft des öffentlichen Rechts.

(3) Die Sparkasse ist dem für ihren Gewährverband zuständigen Sparkassen- und Giroverband als Mitglied angeschlossen.

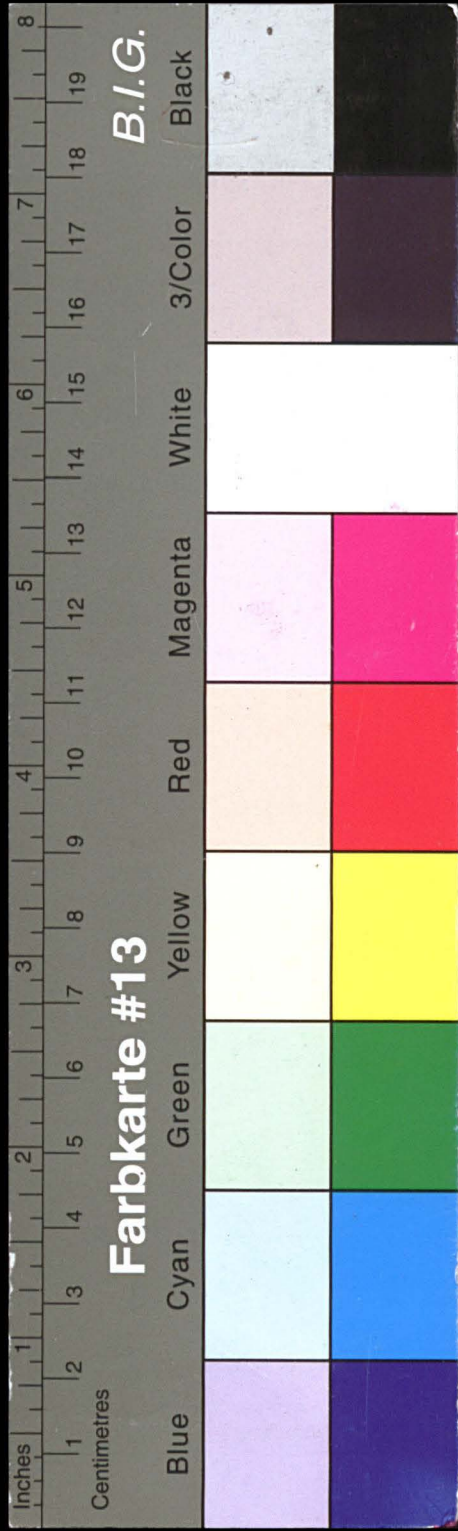
(4) Die Sparkasse soll den Sparförm fördern. Sie gibt Gelegenheit, Ersparnisse und andere Gelder sicher und verzinslich anzulegen. Sie dient der Befriedigung der örtlichen Kreditbedürfnisse nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 2.

Sparkassenvermögen und Haftung des Gewährverbandes.

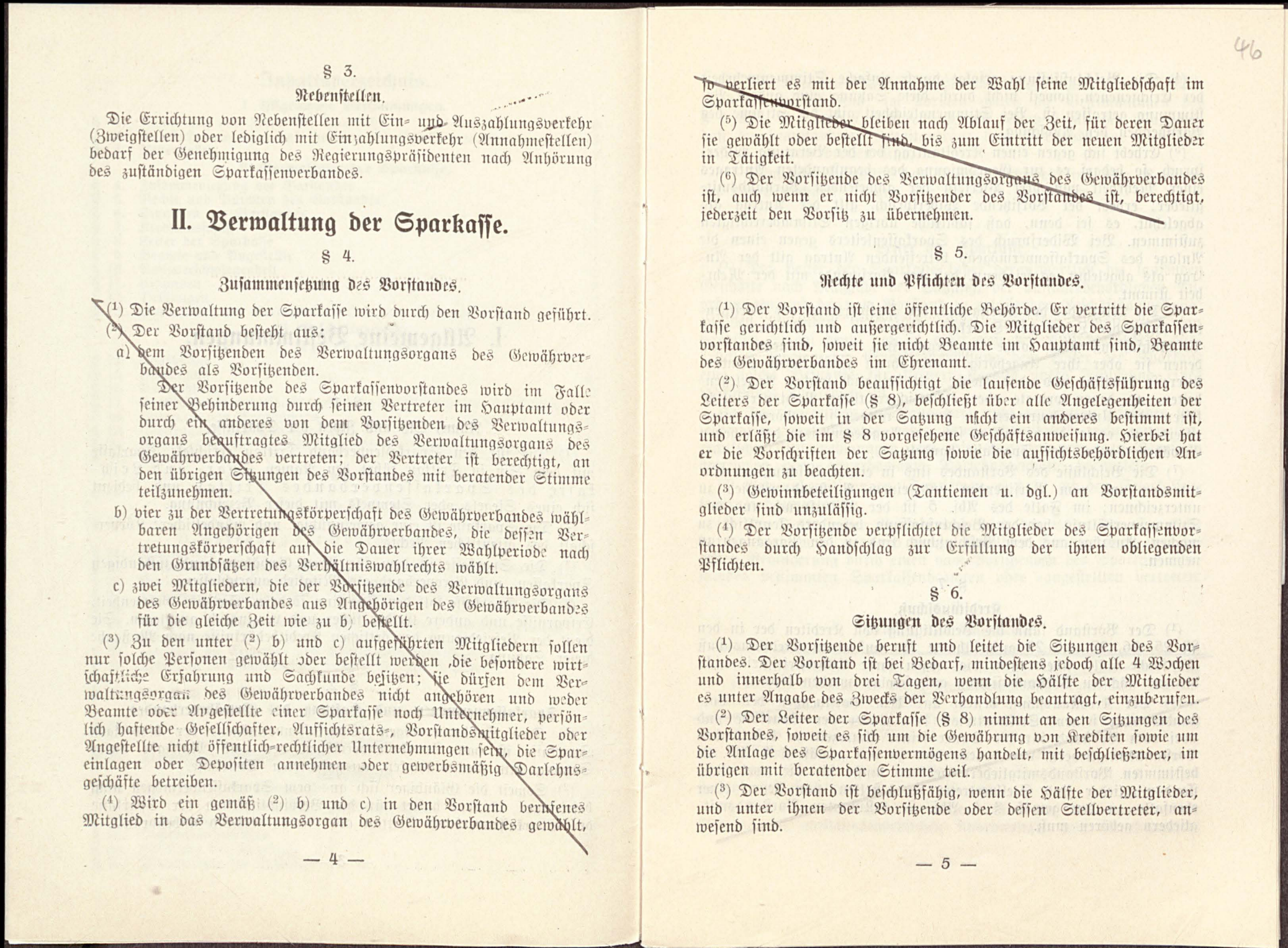
(1) Das Sondervermögen (Sparkassenvermögen) der bisherigen Sparkasse ist das Sparkassenvermögen der nach Maßgabe dieser Satzung mit Rechtsfähigkeit ausgestatteten Sparkasse.

(2) Soweit die Gläubiger sich aus dem Sparkassenvermögen nicht befriedigen können, haften für die Verbindlichkeiten der Sparkasse der Sparkassenverband Trittau als Gewährverband unbeschränkt.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

(4) Die Beschlussfassung erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit der Erschienenen, soweit nicht durch diese Satzung eine andere Bestimmung getroffen ist. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(5) Erhebt sich gegen einen Kreditantrag bei der Beratung Widerspruch, so bedarf es zur Genehmigung des beanstandeten Antrages einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Vorstandsmitglieder; erhebt der Vorsitzende Widerspruch, gilt der Antrag als abgelehnt, es sei denn, daß sämtliche übrigen Stimmberechtigten zustimmen. Bei Widerspruch des Sparkassenleiters gegen einen die Anlage des Sparkassenvermögens betreffenden Antrag gilt der Antrag als abgelehnt, es sei denn, daß der Vorsitzende mit der Mehrheit stimmt.

(6) Die Mitglieder des Vorstandes, der Stellvertreter des Vorsitzenden sowie der Leiter der Sparkasse dürfen an der Beratung und Beschlussfassung über solche Angelegenheiten nicht teilnehmen, an denen sie oder ihre Angehörigen mit ihrem persönlichen Sonderinteresse beteiligt sind; das gleiche gilt bezüglich solcher Angelegenheiten, an denen private oder öffentlich-rechtliche Rechtspersonlichkeiten oder Unternehmungen, zu deren Organen sie gehören, interessiert sind, es sei denn, daß es sich um Angelegenheiten des eigenen Gewährverbandes der Sparkasse handelt.

(7) Die Beschlüsse des Vorstandes sind in einem Beschlussbuch einzutragen und vom Vorsitzenden und einem Vorstandsmitglied zu unterzeichnen; im Falle des Abs. 5 ist der Widerspruch und das Stimmenverhältnis bei der Beschlussfassung besonders kenntlich zu machen. Auszüge aus dem Beschlussbuch sind zu den Vorgängen zu nehmen.

§ 7.

Kreditausschuß.

(1) Der Vorstand kann die Bewilligung von Krediten der in den §§ 25, 26, 27 und 29 aufgeführten Art auf einen Kreditausschuß für solche Fälle übertragen, die wegen ihrer Eilbedürftigkeit nicht bis zur nächsten Vorstandssitzung aufgeschoben werden können.

(2) Der Kreditausschuß besteht aus dem Vorsitzenden des Vorstandes oder seinem Stellvertreter, dem Leiter der Sparkasse und zwei vom Vorstand für die Dauer seiner Amtszeit zu bestellenden Vorstandsmitgliedern, von denen eines zu den gemäß § 4 Abs. 2c bestimmten Vorstandsmitgliedern gehören muß; für die zwei Vorstandsmitglieder sind Stellvertreter zu bestellen, von denen einer ebenfalls zu den gemäß § 4 Abs. 2c bestimmten Vorstandsmitgliedern gehören muß.

(3) Der Kreditausschuß ist beschlußfähig, wenn mindestens 3 Mitglieder anwesend sind; im übrigen gelten die Bestimmungen des § 6 Abs. 4, 6 und 7 entsprechend und Absatz 5 mit der Maßgabe, daß die beanstandeten Kreditanträge dem Vorstande zur Beschlussfassung zu unterbreiten sind.

(4) Sämtliche Beschlüsse des Kreditausschusses sind dem Vorstand bei seiner nächsten Sitzung zur Prüfung vorzulegen.

§ 8.

Leiter der Sparkasse.

(1) Der Leiter der Sparkasse führt verantwortlich die laufenden Geschäfte nach Maßgabe der Satzung, der aufsichtsbehördlichen Anordnungen und der vom Vorstand zu erlassenden Geschäftsanweisung; zu den laufenden Geschäften gehört nicht die Bewilligung von Krediten, es sei denn, daß in einer von der Aufsichtsbehörde ausdrücklich genehmigten Geschäftsanweisung dem Leiter der Sparkasse eine solche Befugnis für kleinere Kredite unter Festsetzung eines Höchstbetrages übertragen ist.

(2) Der Leiter der Sparkasse darf nicht persönlich haftender Gesellschafter, Aufsichtsrats- oder Vorstandsmitglied, nicht öffentlich-rechtlicher Unternehmungen sein, die Spareinlagen oder Depositen annehmen oder gewerbsmäßig Darlehnsgechäfte vermitteln.

(3) Gewinnbeteiligungen (Tantiemen u. dgl.) an den Sparkassenleiter sind unzulässig.

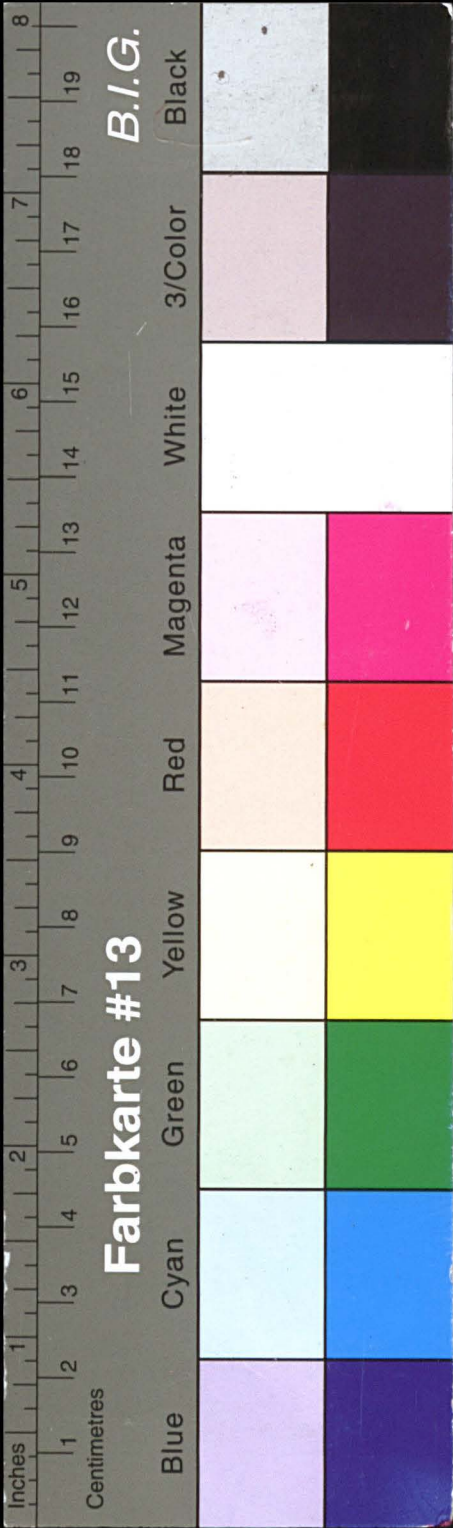
(4) Im Falle seiner Behinderung wird der Leiter der Sparkasse durch seinen vom Vorstand hierzu bestellten Stellvertreter, und bei dessen Behinderung durch einen vom Vorsitzenden des Sparkassenverbandes bestimmten Sparkassenbeamten oder angestellten vertreten.

§ 9.

Beamte und Angestellte.

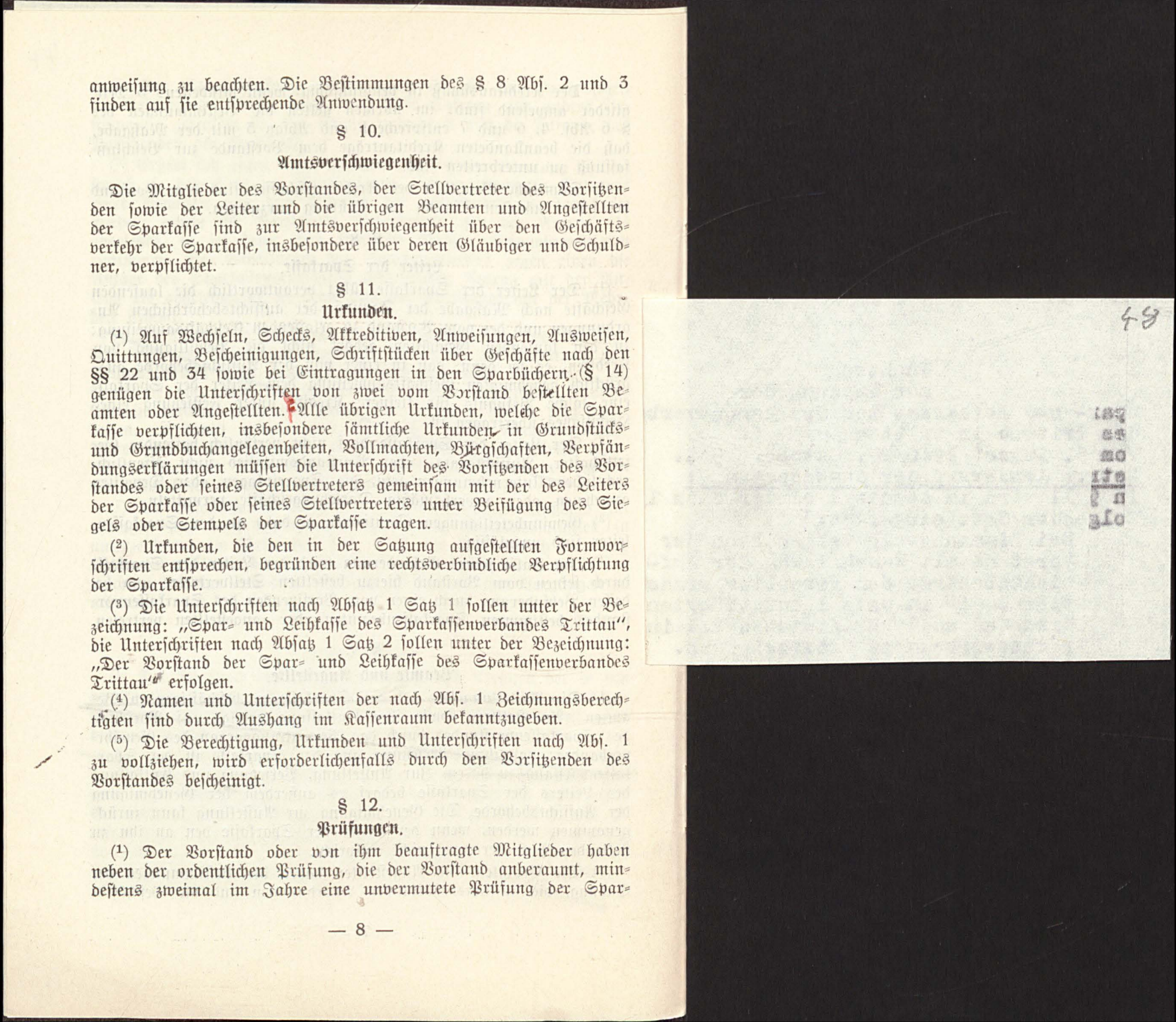
(1) Die Anstellung der bei der Sparkasse zu beschäftigenden Beamten (Angestellten) sowie ihre Entlassung erfolgt auf Vorschlag des Sparkassenverbandes durch das Verwaltungsorgan des Gewährverbandes; vor ihrer Verlegung aus der Sparkasse ist der Sparkassenverband zu hören. Zur Anstellung, Verlegung und Entlassung des Leiters der Sparkasse bedarf es außerdem der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung zur Anstellung kann zurückgenommen werden, wenn der Leiter der Sparkasse den an ihn zu stellenden Anforderungen nicht entspricht.

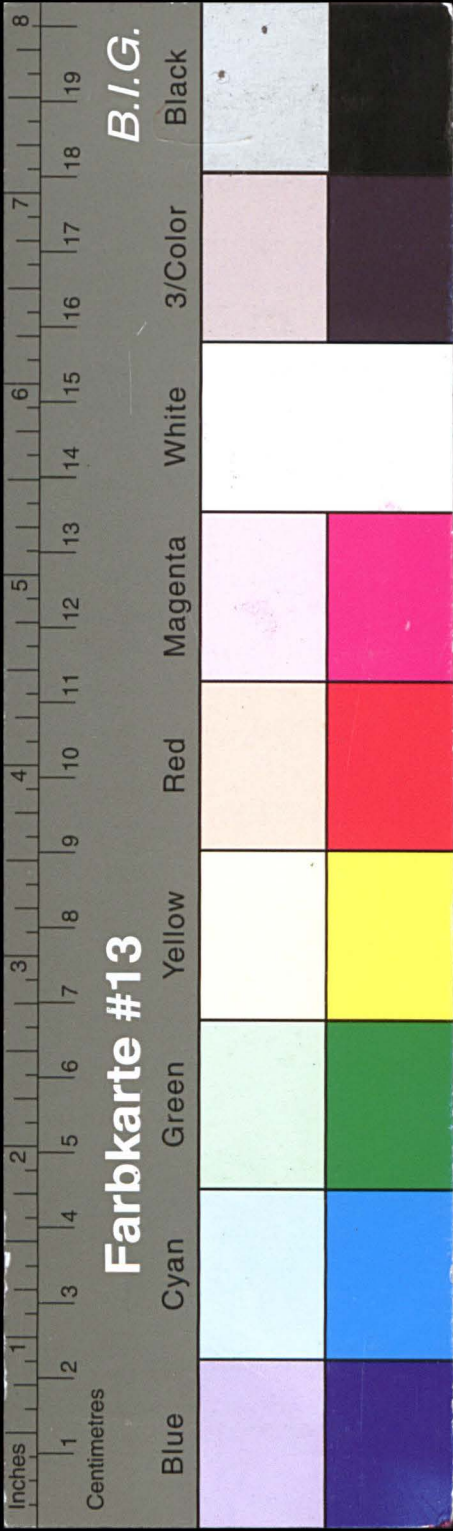
(2) Die Beamten und Angestellten haben die Bestimmungen der Satzung, die aufsichtsbehördlichen Anordnungen und die Geschäfts-



Kreisarchiv Stormarn E103

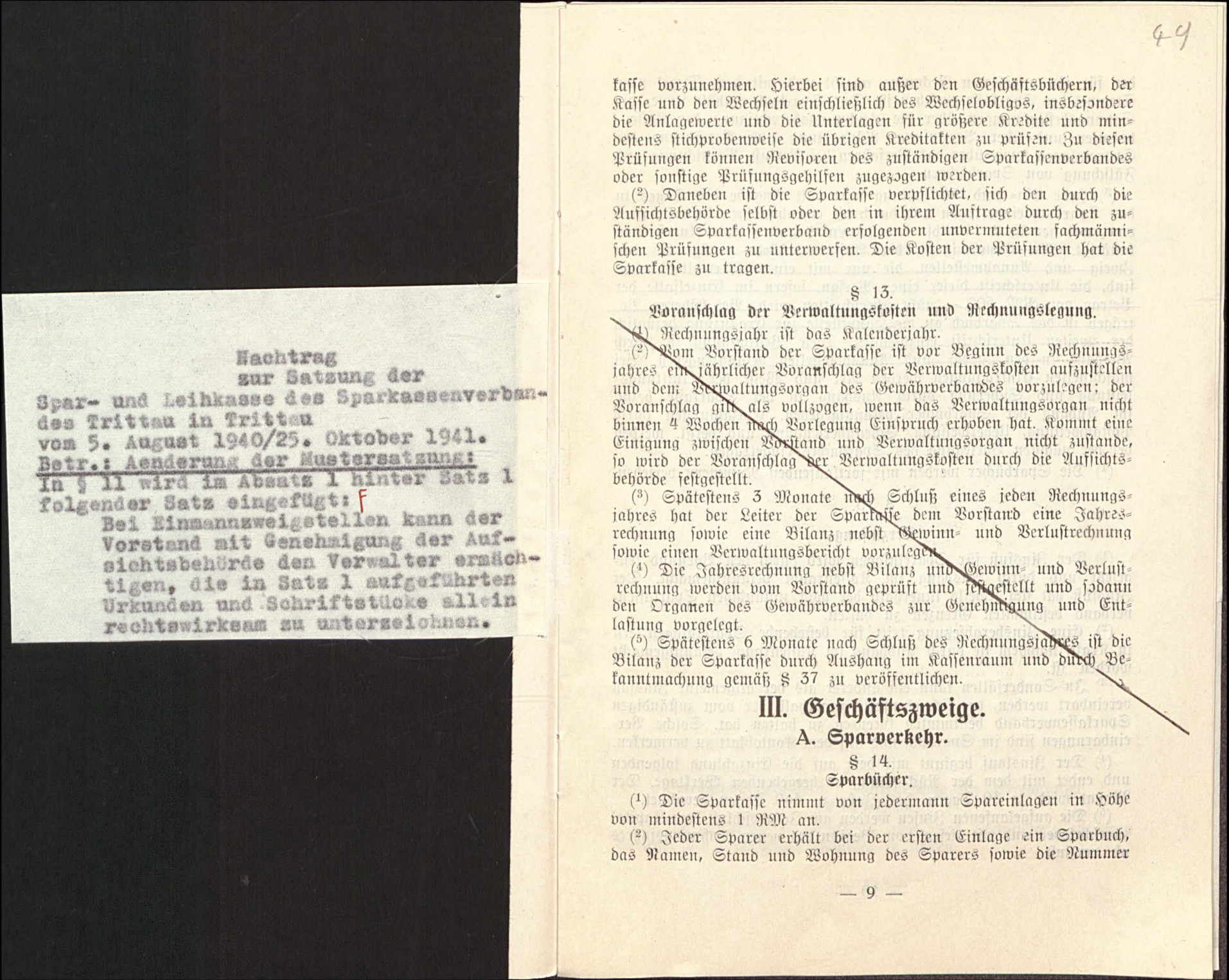
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

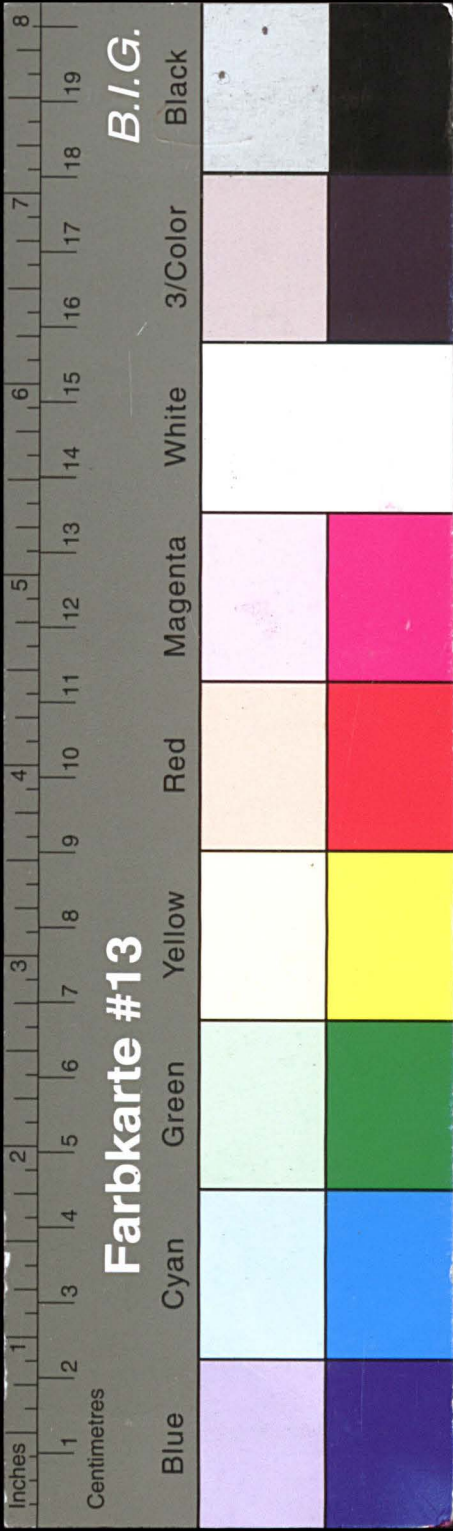




Kreisarchiv Stormarn E103

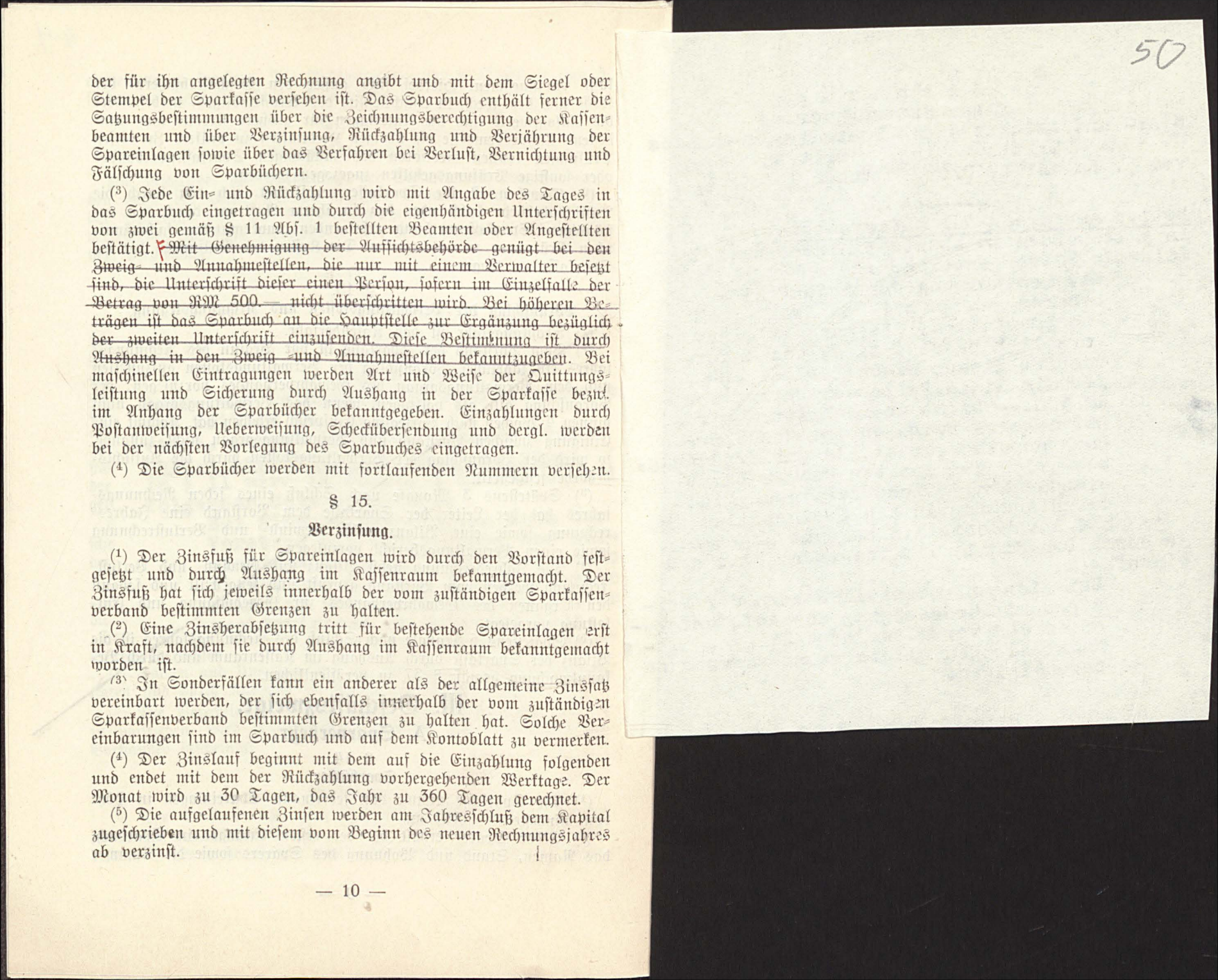
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



der für ihn angelegten Rechnung angibt und mit dem Siegel oder Stempel der Sparkasse versehen ist. Das Sparbuch enthält ferner die Satzungsbestimmungen über die Zeichnungsberechtigung der Kassenbeamten und über Verzinsung, Rückzahlung und Verjährung der Spareinlagen sowie über das Verfahren bei Verlust, Vernichtung und Fälschung von Sparbüchern.

(3) Jede Ein- und Rückzahlung wird mit Angabe des Tages in das Sparbuch eingetragen und durch die eigenhändigen Unterschriften von zwei gemäß § 11 Abs. 1 bestellten Beamten oder Angestellten bestätigt. ~~Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde genügt bei den Zweig- und Annahmestellen, die nur mit einem Verwalter besetzt sind, die Unterschrift dieser einen Person, sofern im Einzelfalle der Betrag von RM 500 nicht überschritten wird. Bei höheren Beträgen ist das Sparbuch an die Hauptstelle zur Ergänzung bezüglich der zweiten Unterschrift einzusenden. Diese Bestimmung ist durch Aushang in den Zweig- und Annahmestellen bekanntzugeben. Bei maschinellen Eintragungen werden Art und Weise der Quittungsleistung und Sicherung durch Aushang in der Sparkasse bezugl. im Anhang der Sparbücher bekanntgegeben. Einzahlungen durch Postanweisung, Ueberweisung, Schecküberfendung und dergl. werden bei der nächsten Vorlegung des Sparbuches eingetragen.~~

(4) Die Sparbücher werden mit fortlaufenden Nummern versehen.

§ 15.
Verzinsung.

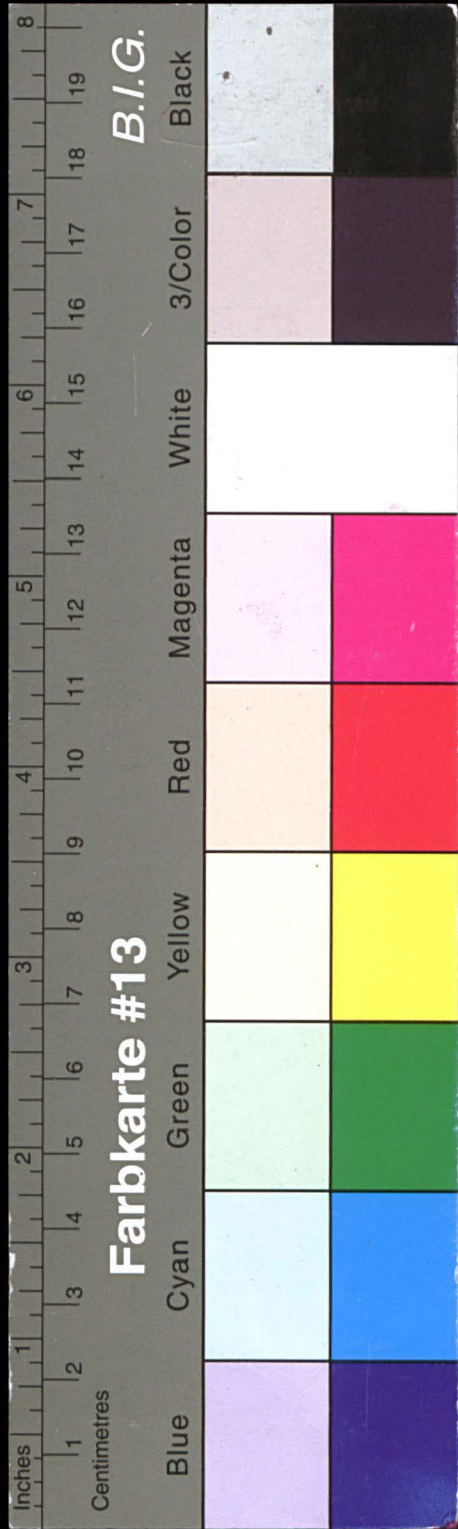
(1) Der Zinsfuß für Spareinlagen wird durch den Vorstand festgesetzt und durch Aushang im Kassenraum bekanntgemacht. Der Zinsfuß hat sich jeweils innerhalb der vom zuständigen Sparkassenverband bestimmten Grenzen zu halten.

(2) Eine Zinsherabsetzung tritt für bestehende Spareinlagen erst in Kraft, nachdem sie durch Aushang im Kassenraum bekanntgemacht worden ist.

(3) In Sonderfällen kann ein anderer als der allgemeine Zinsfuß vereinbart werden, der sich ebenfalls innerhalb der vom zuständigen Sparkassenverband bestimmten Grenzen zu halten hat. Solche Vereinbarungen sind im Sparbuch und auf dem Kontoblatt zu vermerken.

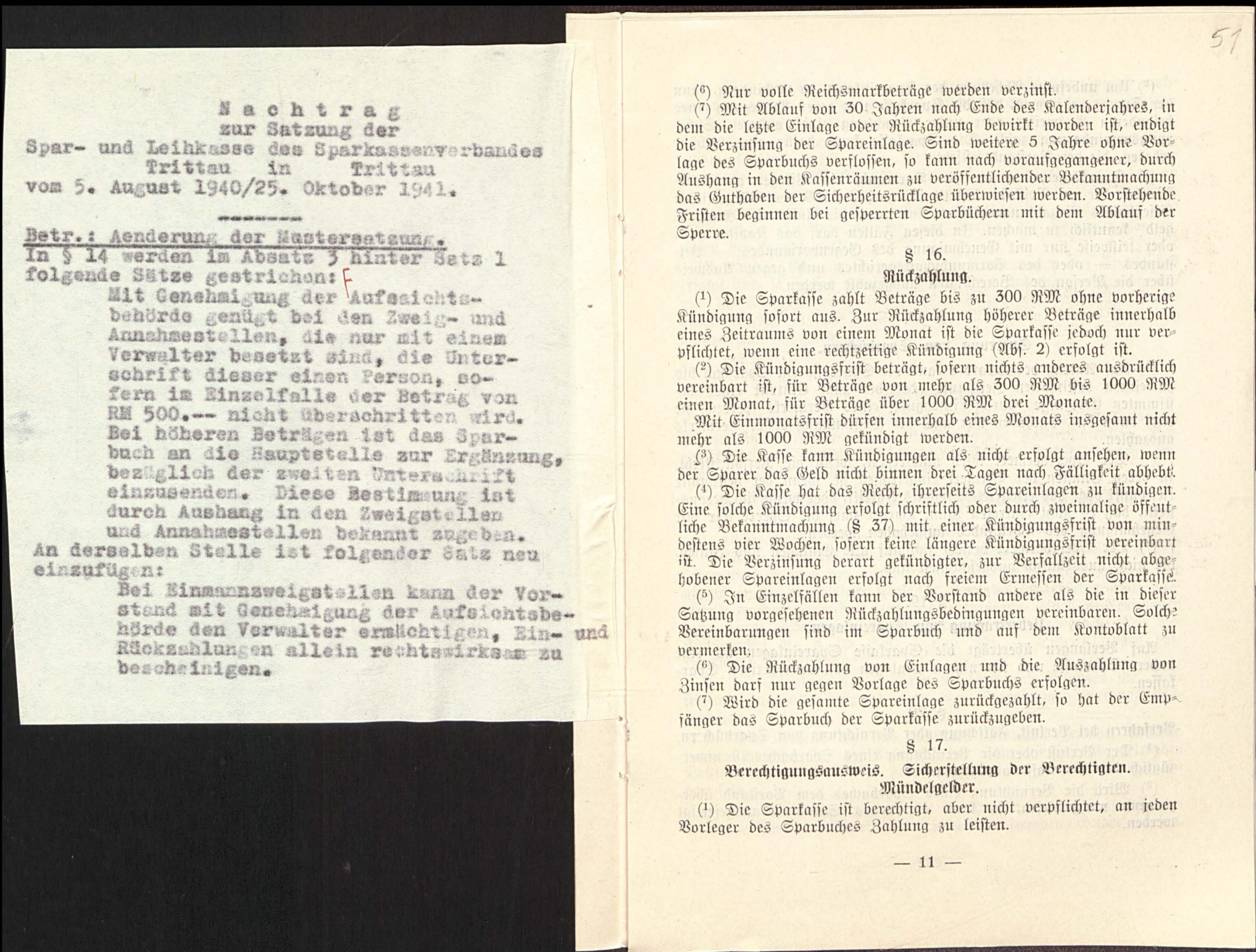
(4) Der Zinslauf beginnt mit dem auf die Einzahlung folgenden und endet mit dem der Rückzahlung vorhergehenden Werktag. Der Monat wird zu 30 Tagen, das Jahr zu 360 Tagen gerechnet.

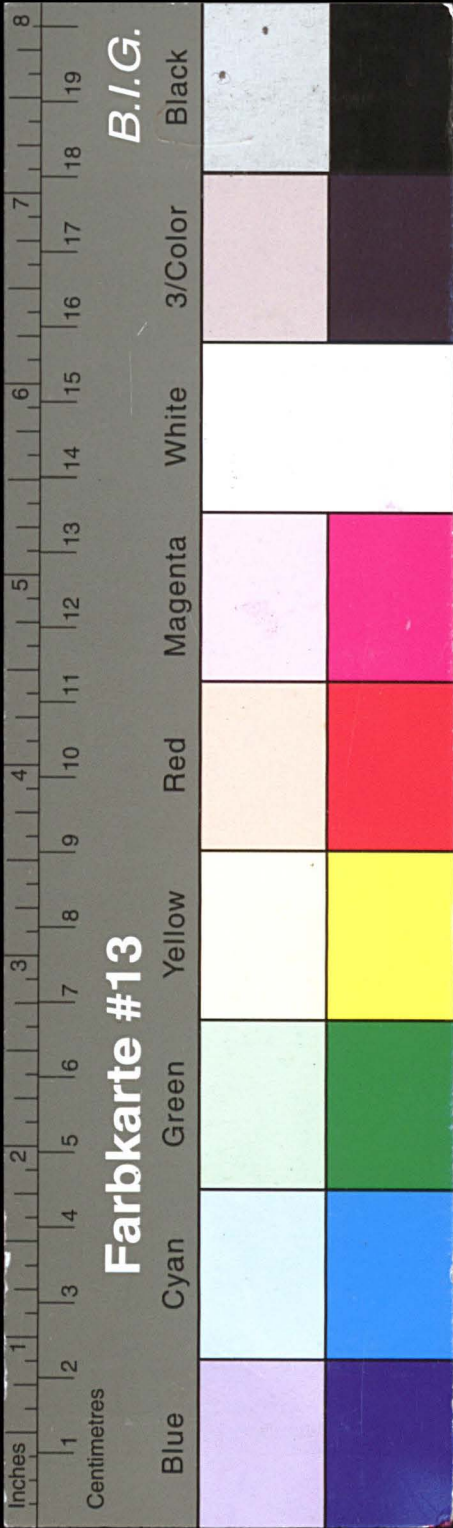
(5) Die aufgelaufenen Zinsen werden am Jahreschluß dem Kapital zugeschrieben und mit diesem vom Beginn des neuen Rechnungsjahres ab verzinst.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

(²) Um unbefugte Abhebung der Spareinlagen zu verhindern, kann der Sparer festimmen, daß die Sparkasse nur gegen Vorlegung eines besonderen Ausweises oder unter Beachtung einer anderen Sicherungsvereinbarung zahlt. Die Sparkasse kann dafür eine Gebühr erheben, die der Vorstand festlegt.

(³) Sparbücher, auf die ein Vormund, ein Pfleger oder eine Mutter, der ein Beistand bestellt ist, nach § 1809 des Bürgerlichen Gesetzbuches Einzahlungen leistet, sind durch die Aufschrift „Mündelgeld“ kenntlich zu machen. In diesen Fällen darf das Kapital ganz oder teilweise nur mit Genehmigung des Gegenvormundes — Beistandes — oder des Vormundschaftsgerichtes und gegen Ausweis über die Person des Berechtigten ausbezahlt werden.

§ 18.

Spernung von Sparbüchern.

(¹) Auf Antrag des Sparers kann die Sparkasse ein Sparbuch bis zu einem bestimmten Zeitpunkt oder bis zum Eintritt eines bestimmten Ereignisses durch Eintragung eines Vermerks sperren; sie darf dann das Guthaben nur nach der Bestimmung dieses Vermerks auszahlen.

(²) Der Sperrvermerk wird unwirksam, wenn die Person stirbt, zu deren Gunsten der Vermerk eingetragen ist, wenn der bestimmte Zeitpunkt oder das erwartete Ereignis eintritt, oder wenn sich herausstellt, daß es nicht eintreten kann. Vorher darf die Sperre nur mit Genehmigung des Vorstandes aufgehoben werden.

(³) Der Sperrvermerk bezieht sich auf alle Einlagen und Zinsen, die nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind.

§ 19.

Übertragung von Spareinlagen.

Auf Verlangen überträgt die Sparkasse Spareinlagen an eine andere Sparkasse und übernimmt Einlagen von auswärtigen Sparkassen.

§ 20.

Verfahren bei Verlust, Fälschung oder Vernichtung von Sparbüchern.

(¹) Der Verlust oder die Vernichtung eines Sparbuches ist unverzüglich der Sparkasse anzuzeigen.

(²) Wird die Vernichtung eines Sparbuches dem Vorstand überzeugend nachgewiesen, so kann ein neues Sparbuch ausgestellt werden.

(³) Wird die Vernichtung des Sparbuches nicht überzeugend nachgewiesen, so hat der Vorstand das Sparbuch auf Kosten des Sparers gerichtlich aufbieten zu lassen.

(⁴) Wenn ein verlorenes Sparbuch vor Durchführung des Aufgebotsverfahrens durch einen Dritten vorgelegt wird, so hat die Sparkasse einen entsprechenden Vermerk einzutragen, darf aber an den Dritten keinerlei Zahlungen leisten, sofern sich nicht entweder der Sparer selbst damit ausdrücklich einverstanden erklärt oder eine vollstreckbare Entscheidung über die Person des Verfügungsberechtigten beigebracht wird.

(⁵) Entsteht Verdacht, daß unbefugte Veränderungen des Sparbuches erfolgt sind, so ist das Sparbuch gegen Verheimlichung zurückzubehalten und die Entscheidung des Vorstandes einzuholen. Auf solche Sparbücher werden für die Dauer der Zurückbehaltung weder Ein- noch Rückzahlungen zugelassen.

§ 21.

Sparförderung.

Zur Förderung der Spartätigkeit kann der Vorstand besondere Einrichtungen schaffen, wie: Schulsparkassen, Fabriksparkassen, Vereinsparkassen, Sparmarken, Heimsparbüchern, Sparautomaten, Geschenksparbücher, Abholungsverfahren.

B. Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr.

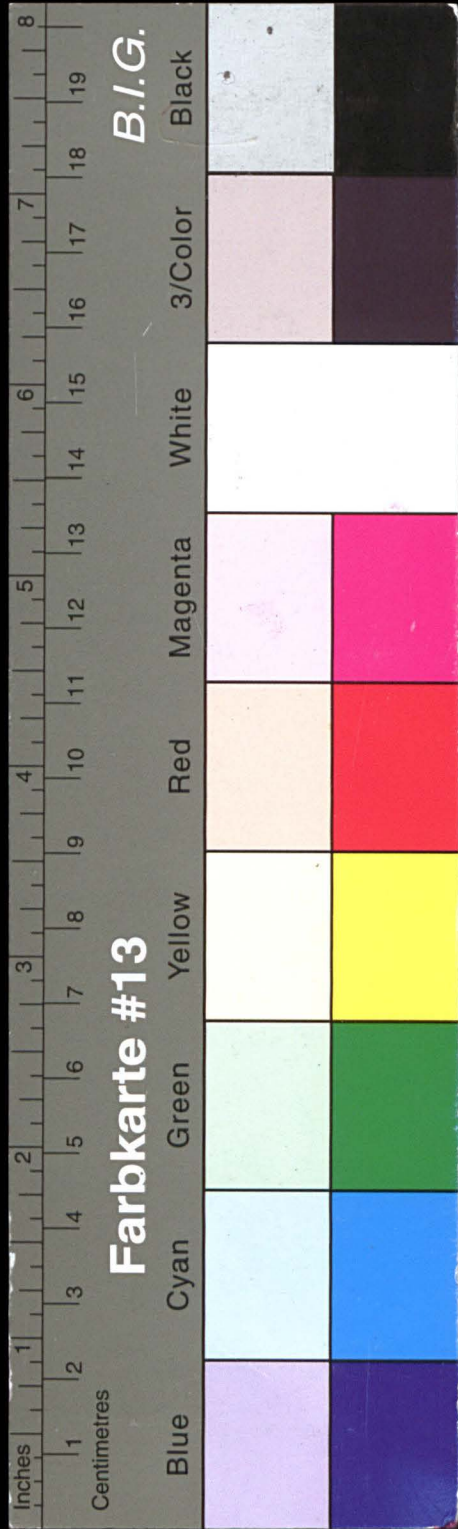
§ 22.

(¹) Die Sparkasse betreibt den Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr nach den ergangenen ministeriellen Anordnungen und nimmt in diesem Verkehr Einlagen, über die Sparbücher nicht ausgestellt werden („Sonstige Einlagen“), entgegen. Ueber diese Einlagen kann durch Scheck oder Giroüberweisung verfügt werden. Die Bestimmungen des § 15, Abs. 1 und Abs. 3, Satz 1 finden entsprechende Anwendung.

(²) Die Sparkasse hat in ihren Büchern und Bilanzen die „sonstigen Einlagen“ (Ziffer 1) von den Spareinlagen getrennt auszuweisen.

(³) Die Kredite, die aus sonstigen Einlagen gewährt werden, müssen nach den für die Anlegung der Sparkassenbestände geltenden Bestimmungen (§§ 24 ff.) gedeckt und in der Regel fristlos kündbar sein.

(⁴) Bei der Anlegung sämtlicher im Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr der Sparkasse vorhandenen fremden Gelder dürfen,



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

insoweit diese Gelder nicht in börsengängigen Papieren nach dem Tageskurs und in Wechseln Deckung finden, keine längeren Kündigungsfristen gewährt werden, als für die entsprechenden gegenüberstehenden Passiva gewährt sind.

C. Sonstige Verpflichtungen.

§ 23.

(1) Darlehen, insbesondere solche zur Verstärkung der Betriebsmittel, dürfen nicht aufgenommen werden, abgesehen von besonderen Fällen, in denen die Aufsichtsbehörde die Genehmigung dazu erteilt. Lediglich zur Deckung eines vorübergehenden Geldbedarfs dürfen entsprechend kurzfristige Kredite bei den in § 33 bezeichneten Stellen auf Grund Vorstandsbeschlusses aufgenommen werden.

(2) Beteiligungen sind nur bei der zuständigen Girozentrale zulässig.
(3) Bürgschaften dürfen durch die Sparkasse nur gegen die für die Gewährung von Darlehen satzungsmäßig vorgeschriebenen Sicherheiten übernommen werden.

D. Anlegung der Sparkassenbestände.

§ 24.

Allgemeines.

- (1) Die Bestände der Sparkasse dürfen nur angelegt werden:
1. in Realcredit durch Gewährung von Darlehen gegen Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden (§ 25),
 2. in Personalkredit an den Mittelstand und die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsteile durch Gewährung von
 - a) Darlehen gegen Kaufpfand (§ 26),
 - b) Darlehen gegen Schuldschein, Bürgschaft oder Wechsel (§ 27),
 3. in Darlehen an Gemeinden oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften (§ 29),
 4. in Darlehen an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit Ausnahme der Kredit- und Warengenossenschaften (§ 30),
 5. in Schuldverschreibungen auf den Inhaber (§ 31),
 6. in Erwerb ausstehender Geldforderungen (§ 32),
 7. bei Bankanstalten (§ 33),
 8. in eigenen Verwaltungsgebäuden sowie erforderlichenfalls in Grundstücken, die im Wege der Zwangsversteigerung erworben werden müssen.

(2) Die Anlegung der Sparkassenbestände in Krediten zu Spekulationszwecken ist unzulässig.

(3) Bei der Gewährung von Krediten sind sämtliche Verbindlichkeiten des Kreditnehmers gegenüber der Sparkasse, insbesondere auch solche aus Bürgschaften und Wechseln, zu berücksichtigen.

§ 25.

Darlehen gegen Hypothek, Grund- oder Rentenschuld (Realcredit).

(1) Darlehen können gegen Bestellung von Hypotheken oder Grundschulden auf Grundstücke, die im Bezirk des Gewährverbandes oder in den angrenzenden Amtsgerichtsbezirken Schwarzenbek, Reinbek, Ahrensburg, Bargteheide, Bad Oldesloe und Steinhorst belegen sind, nach Maßgabe der von der obersten Aufsichtsbehörde erlassenen Beleihungsgrundsätze gewährt werden.

(2) Darlehen können auch gegen Bestellung einer Rentenschuld an den erwähnten Grundstücken gegeben werden. Dabei gilt der jeweilige Ablösungswert der Rentenschuld als ihr Kapitalbetrag.

(3) Soweit die Sicherheit auf dem Werte von Gebäuden beruht, ist die Beleihung nur zulässig, wenn und solange diese Gebäude bei einer öffentlichen Feuerversicherungsanstalt oder bei einer inländischen privaten Versicherungsgesellschaft bis zur vollen Höhe des durch Feuer zerstörbaren Wertes gegen Feuer versichert sind und, sofern nicht öffentliche Feuerversicherungsanstalten satzungsgemäß die erforderliche Sicherheit gewähren, ein Hypothekenversicherungsschein beigebracht wird.

(4) Hypotheken und Grundschulden sollen in der Regel planmäßig getilgt werden.

(5) Unter den Voraussetzungen der §§ 18 ff. der Verordnung über das Erbbaurecht vom 15. Januar 1919 (Reichsgesetzbl. S. 72) dürfen auch Erbbaurechte bepfanden werden.

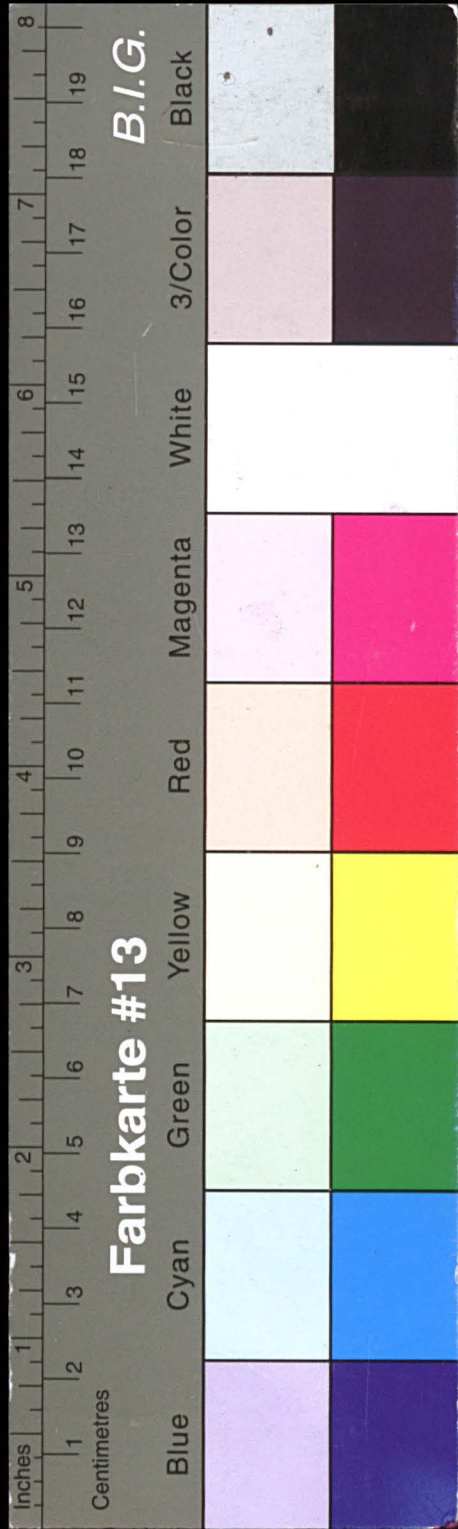
(6) In Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden dürfen nicht mehr als insgesamt 40 v. H. der Spareinlagen angelegt werden.

§ 26.

Darlehen gegen Kaufpfand (Personalkredit).

Darlehen, die jederzeit zurückgefordert werden können, sind zulässig gegen Bestellung folgender Sicherheiten:

a) beweglicher Pfänder (Lombardgeschäft) nach den für die Reichsbank gemäß § 21 Abs. 1 Ziff. 3a—c des Bankgesetzes vom 30. August 1924 (RGBl. Teil II S. 235), des Gesetzes zur Änderung des Bankgesetzes vom 8. Juli 1926 (RGBl. Teil II S. 355) und des Gesetzes zur Änderung des Bankgesetzes vom 13. März 1930 (RGBl. Teil II S. 355) geltenden Bestimmungen. Außerdem sind die Schuldverschreibungen des Reiches, der Länder, der inländischen Gemeinden, Gemeinde-



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

verbände und öffentlich-rechtlichen Körperschaften sämtlich bis zu 80 v. H. ihres Kurswertes beleihungsfähig. Eine Beleihung von Aktien darf nur nach den für die Preussische Staatsbank jeweils geltenden Bestimmungen, aber nur bis zu $\frac{3}{4}$ des nach diesen jeweils geltenden Beleihungssatzes erfolgen. Sinkt der Kurs, so ist das Pfand entsprechend zu ergänzen oder das Darlehen sofort zurückzahlen.

Die Sparkasse entschädigt die Verpfänder nicht für Nachteile, die durch Auslösung oder Kündigung der verpfändeten Wertpapiere entstehen;

b) Sparguthaben deutscher öffentlicher Sparkassen einschließlich der eigenen, bis zur Höhe des eingezahlten Betrages. Das Darlehen darf nicht ausbezahlt werden, bevor die Sparkasse, die das Sparbuch ausgestellt hat, durch den Einleger von der Verpfändung benachrichtigt ist und hiervon unter Bestätigung der Richtigkeit des Sparguthabens Mitteilung gemacht hat. Sparbücher über 20 000 RM dürfen nur bepfändet werden, wenn der Vorstand der Sparkasse, die das Buch ausgestellt hat, die Ordnungsmäßigkeit der Einlage bescheinigt;

c) Hypotheken-, Grund- und Rentenschuldforderungen mit der im § 25 verlangten Sicherheit, wobei es der Sparkasse überlassen bleibt, dem Hypotheken- oder Grundschuldner zugleich namens des Pfandbestellers Mitteilung zu machen;

d) Sicherungshypotheken;

e) Forderungen aus Lebensversicherungen in Deutschland zugelassener Gesellschaften, jedoch nur bis zu 80 v. H. des jeweiligen Rückkaufwertes;

f) Wechsel, die den Voraussetzungen des § 27 Abs. 4 entsprechen (Wechsellombard); die Bestimmungen des Bankgesetzes § 21 Ziff. 3e finden entsprechende Anwendung;

g) anderer Forderungen, die die Sparkasse erwerben darf, bis zu 90 v. H. des Nennwertes;

h) Kaufmannswaren, insbesondere des mittleren und Kleingewerbestandes, die im Inlande lagern und nicht dem Verderben unterliegen, bis zu 30 v. H. des von einem vereidigten Handelskammerjachverständigen festgestellten jeweiligen Handelswertes;

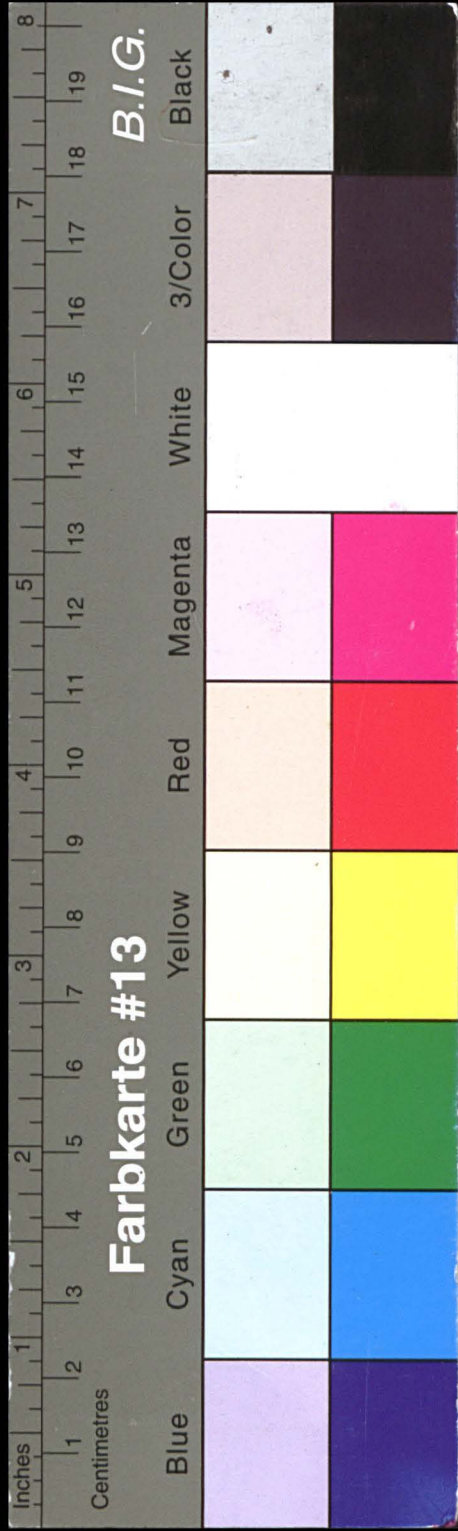
i) anderer sicherer Werte, insbesondere von Gehalts-, Lohn- und anderen Forderungen, bis zur Hälfte ihres Wertes; Verpfändungen solcher Art dürfen nur erfolgen, wenn es der Vorstand im Einzelfall mit mindestens $\frac{3}{4}$ -Stimmenmehrheit beschließt.

54

**Nachtrag
zur Satzung
der
Spar- und Leihkasse des Sparkassen-
verbandes Tritttau vom
26. Mai 1939.**

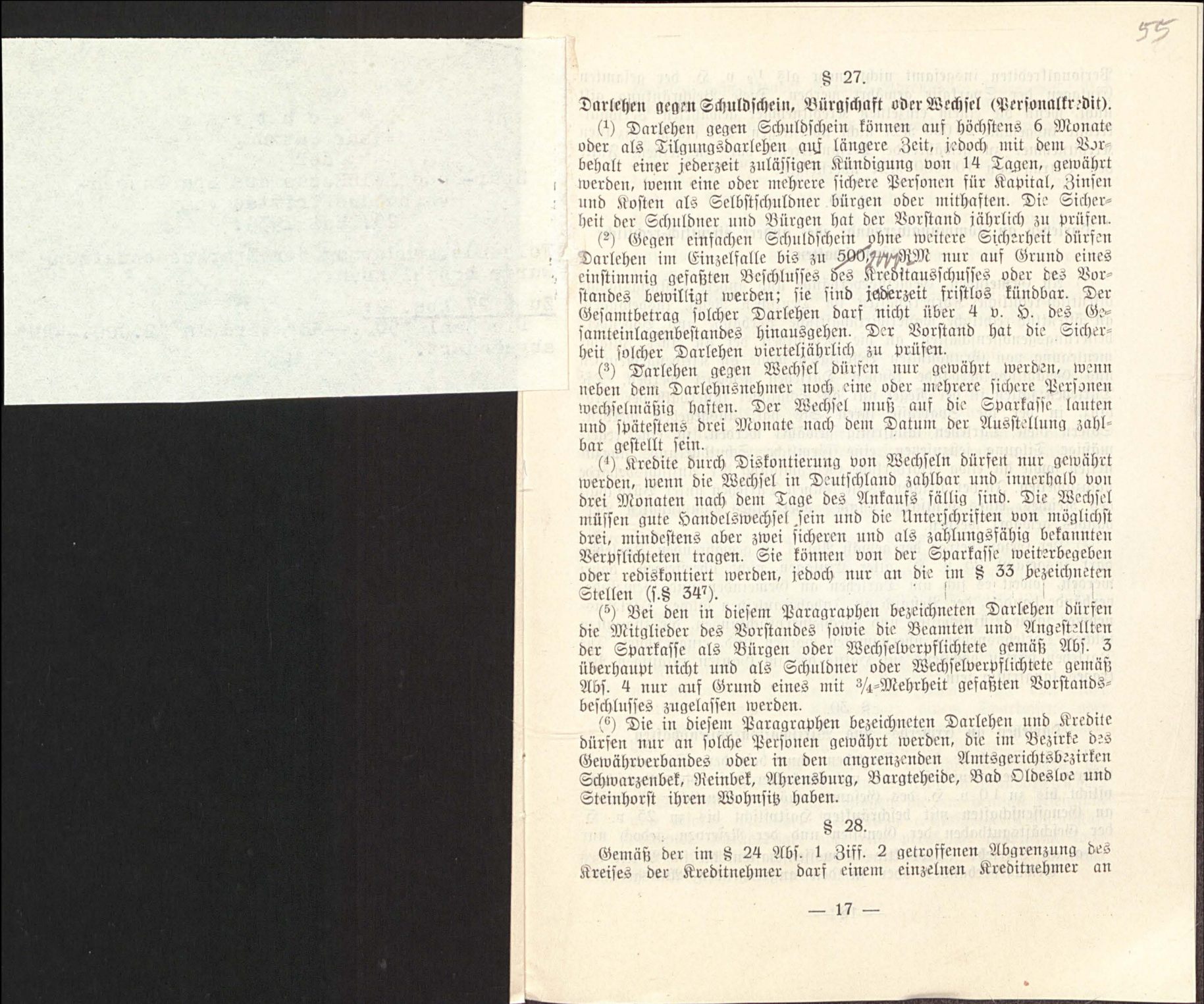
**Folgende Aenderung der Sparkassensatzung
wurde beschlossen:**

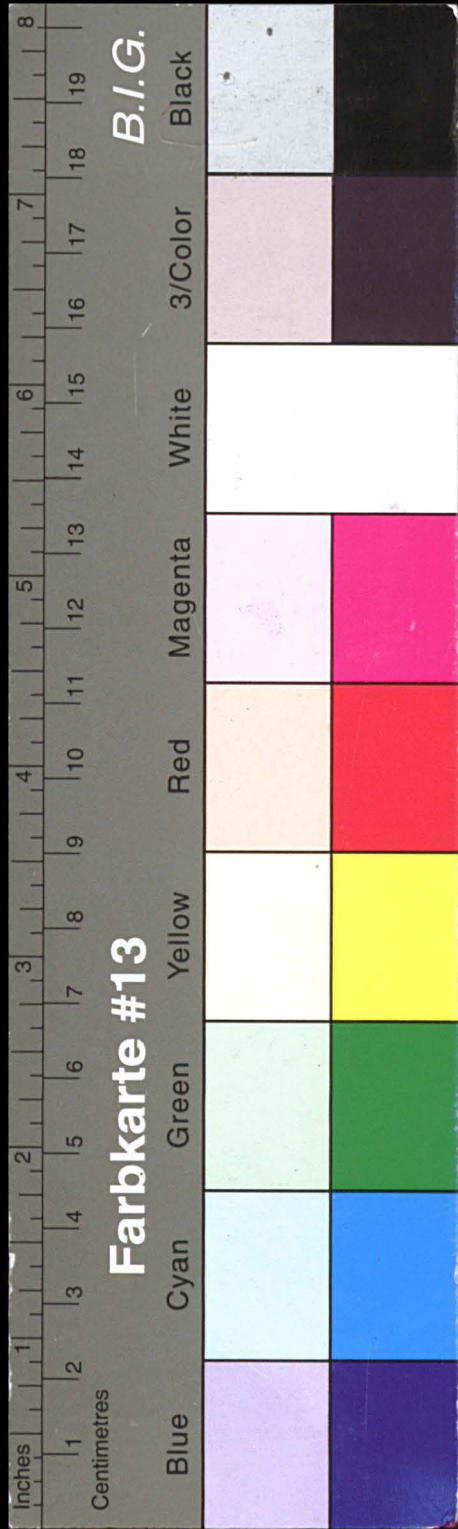
Zu § 27 Abs. 2:
**Die Zahl "500.--RM" wird in "2.000.--RM"
abgeändert.**



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Personalkrediten insgesamt nicht mehr als $\frac{1}{2}$ v. H. der gesamten Einlagen der Sparkasse gewährt werden. Diese Beschränkung gilt nicht, wenn die einem einzelnen Kreditnehmer gewährten Personalkredite insgesamt 20 000 RM nicht übersteigen. Der einem einzelnen Kreditnehmer zu gewährende Personalkredit darf in keinem Falle den Betrag von 100 000 RM übersteigen.

§ 29. Darlehen an Kommunalverbände oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften.

(1) An Gemeinden, Gemeindeverbände und andere leistungsfähige öffentlich-rechtliche Körperschaften im Deutschen Reich, insbesondere an öffentlich-rechtliche wasserwirtschaftliche Verbände und Bodenverbesserungsgenossenschaften, an die Gesamtheit der an einer Zusammenlegung von Grundstücken Beteiligten sowie an Kirchengemeinden und Gesamtschulverbände können Darlehen gewährt werden. Die Darlehen sollen in der Regel nur an Schuldner innerhalb der Provinz, in der die Sparkasse ihren Sitz hat, ausgegeben werden. Sofern diese Darlehen langfristig gewährt werden, ist eine regelmäßige Tilgung festzusetzen, eine förmliche Schuldurkunde auszustellen sowie die etwa erforderliche Genehmigung der Aufsichtsbehörde nachzuweisen. In der gleichen Weise können Darlehen unter Bürgschaft des Reiches, eines deutschen Landes oder eines kommunalen Verbandes gewährt werden.

(2) Der Gesamtbetrag der gemäß Abs. 1 zu gewährenden Darlehen darf insgesamt 25 v. H. aller Einlagen nicht übersteigen; dabei werden, soweit es sich um Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände handelt, der Bestand an Inhaberanleihen solcher Darlehensnehmer sowie Bürgschaften und Wechselverbindungen, die zugunsten solcher Darlehensnehmer übernommen worden sind, eingerechnet. Die Darlehen dürfen höchstens zur Hälfte des im Ganzen zulässigen Betrages langfristig sein.

§ 30.

Darlehen an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

(1) Die Sparkasse kann Darlehen ohne besondere Sicherheit gewähren an Genossenschaften mit unbeschränkter Haft- oder Nachschußpflicht bis zu 10 v. H. des Gesamtvermögens sämtlicher Genossen, an Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht bis zu 25 v. H. der Geschäftsguthaben der Genossen und der Reserven, jedoch nur

a) an Betriebs- (Produktiv-) Genossenschaften, die im Bezirk des Gewährverbandes oder in den angrenzenden Amtsgerichts-

bezirken Schwarzenbek, Reinbek, Ahrensburg, Bargteheide, Bad Oldesloe und Steinhorst bestehen und einem Revisionsverband angeschlossen sind, nicht aber an Kredit- und Warengenossenschaften.

b) gegen Verpflichtung der Genossenschaften, jährlich die Bilanz, den Bericht über die Prüfung durch den Revisionsverband und ein Verzeichnis der Mitglieder einzureichen, das die im Laufe des Jahres Ein- und Ausgetretenen namentlich auf-

führt,

c) auf kurze oder höchstens sechsmonatige Frist kündbar, bei längerer Frist gegen Tilgungszwang.

(2) Die Gesamthöhe der ohne besondere Sicherheit an Genossenschaften gewährten Darlehen darf höchstens 10 v. H. des gesamten Einlagenbestandes betragen.

(3) Wird ein solches Darlehen einer Genossenschaft gewährt, die durch eine Verbandskasse an die Preussische Zentralgenossenschaftskasse angeschlossen ist, so ist dies dem Direktorium dieser Kasse unter Angabe der bewilligten Darlehenssumme mitzuteilen.

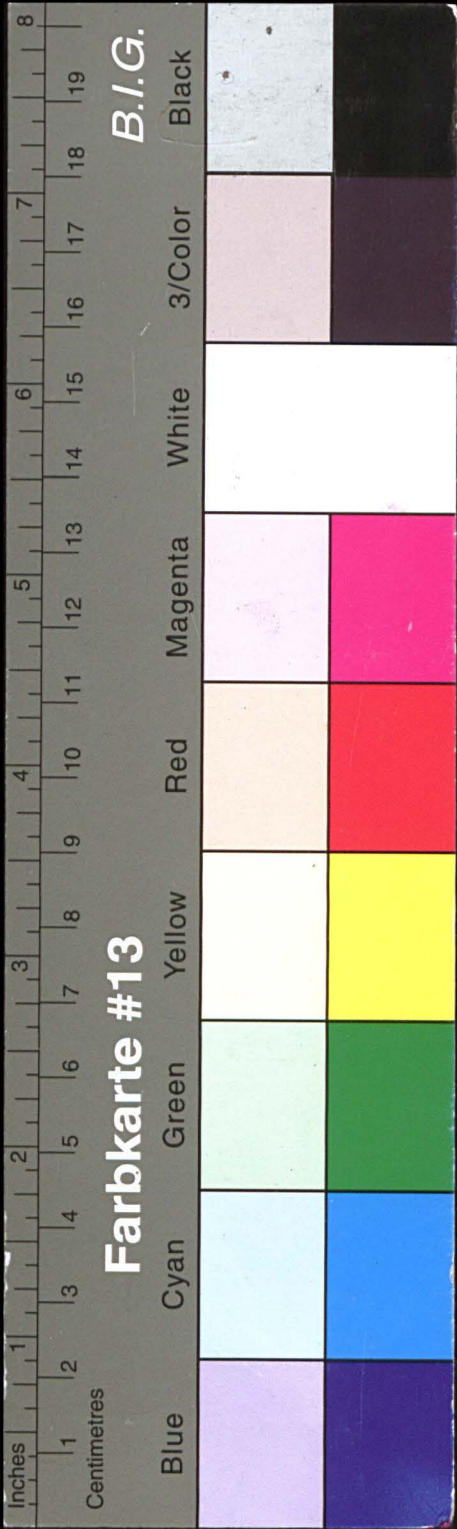
(4) Der Vorstand der Sparkasse hat mindestens jährlich die Vermögenslage der beliehenen Genossenschaften eingehend zu prüfen.

§ 31.

Anlegung in Schuldverschreibungen auf den Inhaber.

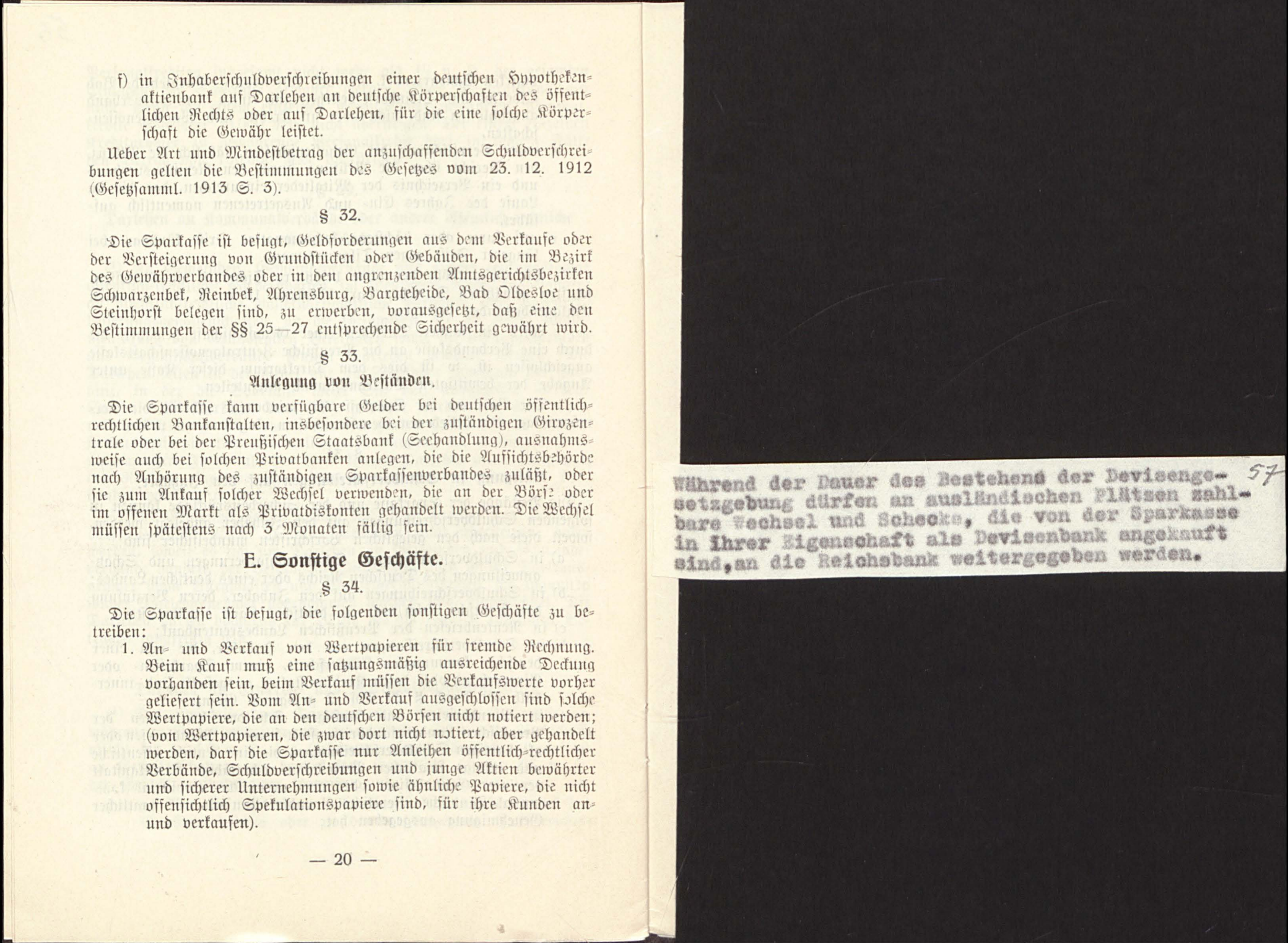
Die Bestände der Sparkasse und der Sicherheitsrücklage können in folgenden Schuldverschreibungen auf den Inhaber angelegt werden, soweit diese nach den gesetzlichen Vorschriften mündelsicher sind:

- in Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen des Deutschen Reichs oder eines deutschen Landes;
- in Schuldverschreibungen auf den Inhaber, deren Verzinsung das Deutsche Reich oder ein deutsches Land gewährleistet;
- in Rentenbriefen der Preussischen Landesrentenbank;
- in Schuldverschreibungen auf den Inhaber, die von einer deutschen kommunalen Körperschaft, einem Sparkassen- oder Giroverband oder deren Kreditanstalten ausgestellt sind, innerhalb der durch § 29 Abs. 2 gezogenen Grenze;
- in Pfandbriefen und sonstigen Schuldverschreibungen der Preussischen Landespfandbriefanstalt sowie in Pfandbriefen oder gleichartigen Schuldverschreibungen, die eine deutsche öffentliche und infolge staatlicher Verleihung rechtsfähige Kreditanstalt vereinter Grundbesitzer oder eine preussische provincial-(kommunal-)ländliche öffentliche Grundkreditanstalt mit staatlicher Genehmigung ausgegeben hat;



Kreisarchiv Stormarn E103

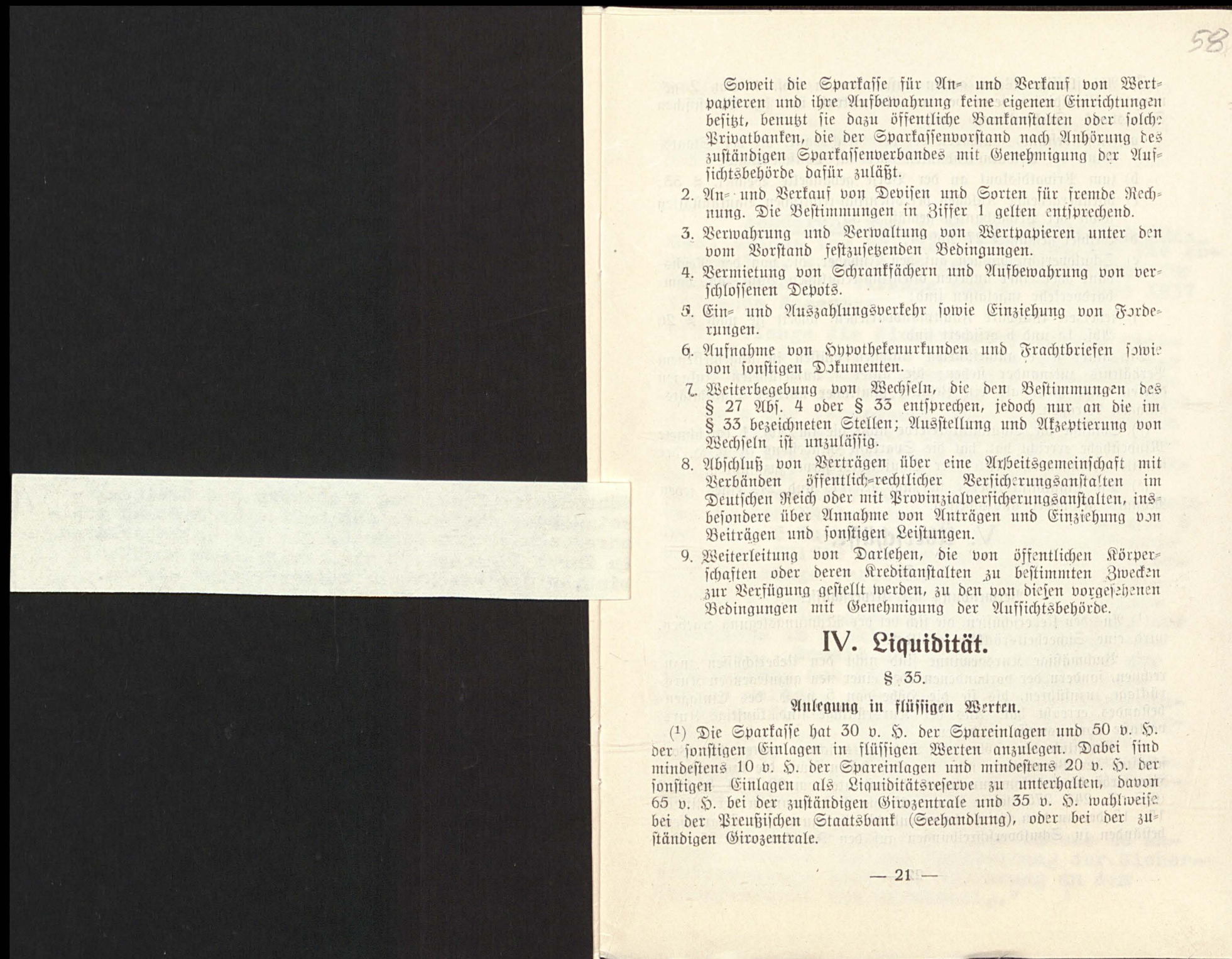
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Soweit die Sparkasse für An- und Verkauf von Wertpapieren und ihre Aufbewahrung keine eigenen Einrichtungen besitzt, benutzt sie dazu öffentliche Bankeinrichtungen oder solche Privatbanken, die der Sparkassenvorstand nach Anhörung des zuständigen Sparkassenverbandes mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde dafür zuläßt.

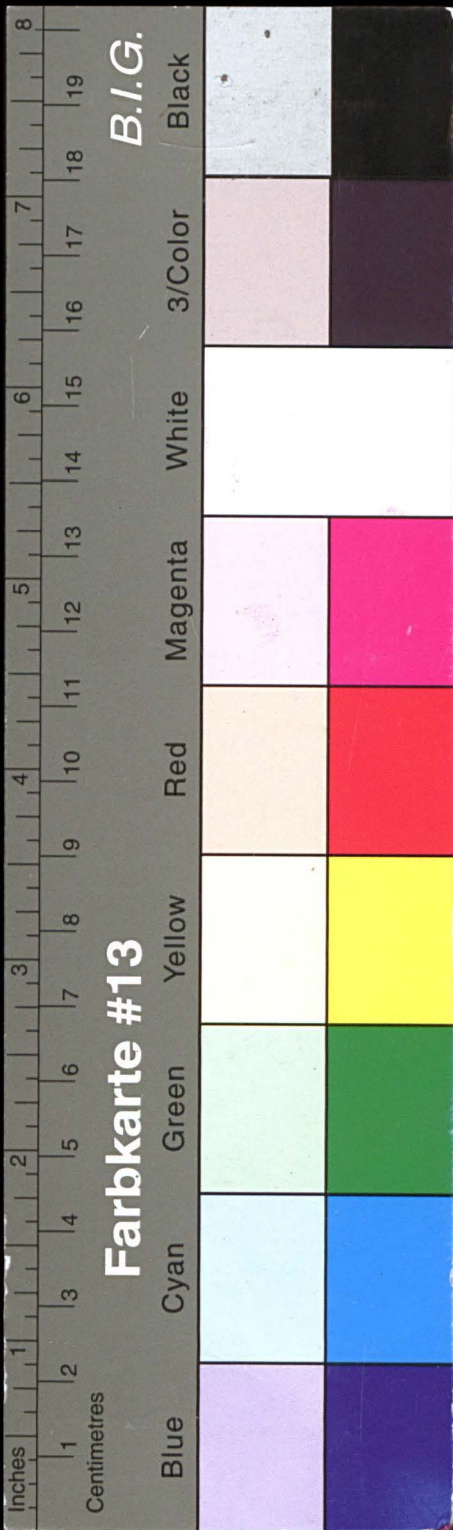
2. An- und Verkauf von Dingen und Sorten für fremde Rechnung. Die Bestimmungen in Ziffer 1 gelten entsprechend.
3. Verwahrung und Verwahrung von Wertpapieren unter den vom Vorstand festzusetzenden Bedingungen.
4. Vermietung von Schrankfächern und Aufbewahrung von verschlossenen Depots.
5. Ein- und Auszahlungsverkehr sowie Einziehung von Forderungen.
6. Aufnahme von Hypothekenurkunden und Frachtbriefen sowie von sonstigen Dokumenten.
7. Weiterbegebung von Wechseln, die den Bestimmungen des § 27 Abs. 4 oder § 35 entsprechen, jedoch nur an die im § 33 bezeichneten Stellen; Ausstellung und Akzeptierung von Wechseln ist unzulässig.
8. Abschluß von Verträgen über eine Arbeitsgemeinschaft mit Verbänden öffentlich-rechtlicher Versicherungsanstalten im Deutschen Reich oder mit Provinzialversicherungsanstalten, insbesondere über Annahme von Beiträgen und Einziehung von Beiträgen und sonstigen Leistungen.
9. Weiterleitung von Darlehen, die von öffentlichen Körperschaften oder deren Kreditanstalten zu bestimmten Zwecken zur Verfügung gestellt werden, zu den von diesen vorgezeichneten Bedingungen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

IV. Liquidität.

§ 35.

Anlegung in flüssigen Werten.

(¹) Die Sparkasse hat 30 v. H. der Spareinlagen und 50 v. H. der sonstigen Einlagen in flüssigen Werten anzulegen. Dabei sind mindestens 10 v. H. der Spareinlagen und mindestens 20 v. H. der sonstigen Einlagen als Liquiditätsreserve zu unterhalten, davon 65 v. H. bei der zuständigen Girozentrale und 35 v. H. wahlweise bei der Preussischen Staatsbank (Seehandlung), oder bei der zuständigen Girozentrale.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

(2) Als flüssige Werte gelten außer der in Abs. 1 Satz 2 genannten Liquiditätsreserve bei der Girozentrale und der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) noch

- a) Kassenbestand, Guthaben bei der Reichsbank, bei der Staatsbank, bei Privatnotenbanken oder auf Postcheckkonto;
- b) zum Privatiskont an der Börse gehandelte Wechsel, § 33;
- c) vorübergehende Anlagen bei öffentlich-rechtlichen Bankanstalten sowie bei Privatbanken gemäß § 33;
- d) Wechsel gemäß § 27 Abs. 4;
- e) Schuldverschreibungen auf den Inhaber, die von der Reichsbank oder einer anderen öffentlich-rechtlichen Bank zum Lombardverkehr zugelassen sind;
- f) jederzeit kündbare Kaufpfanddarlehen, soweit sie nach § 26 Abs. 1a und b gesichert sind.

Die unter a—e aufgeführten Anlagen müssen in angemessenem Verhältnis zueinander stehen; die unter f aufgeführten Anlagen dürfen nicht mehr als ein Zehntel sämtlicher übriger Liquiditätsanlagen betragen.

(3) Solange die Liquiditätsreserve nicht die im Abs. 1 bezeichnete Mindesthöhe erreicht hat, hat die Sparkasse mindestens 50 v. H. der jeweils verfügbaren Mittel der Liquiditätsreserve zuzuführen.

(4) Die Liquiditätsreserve ist zum 1. 11. und 21. eines jeden Monats gesondert auszuweisen.

V. Überschüsse.

Verwendung der Überschüsse.

(1) Aus den Überschüssen, die sich bei der Rechnungslegung ergeben, wird eine Sicherheitsrücklage gebildet.

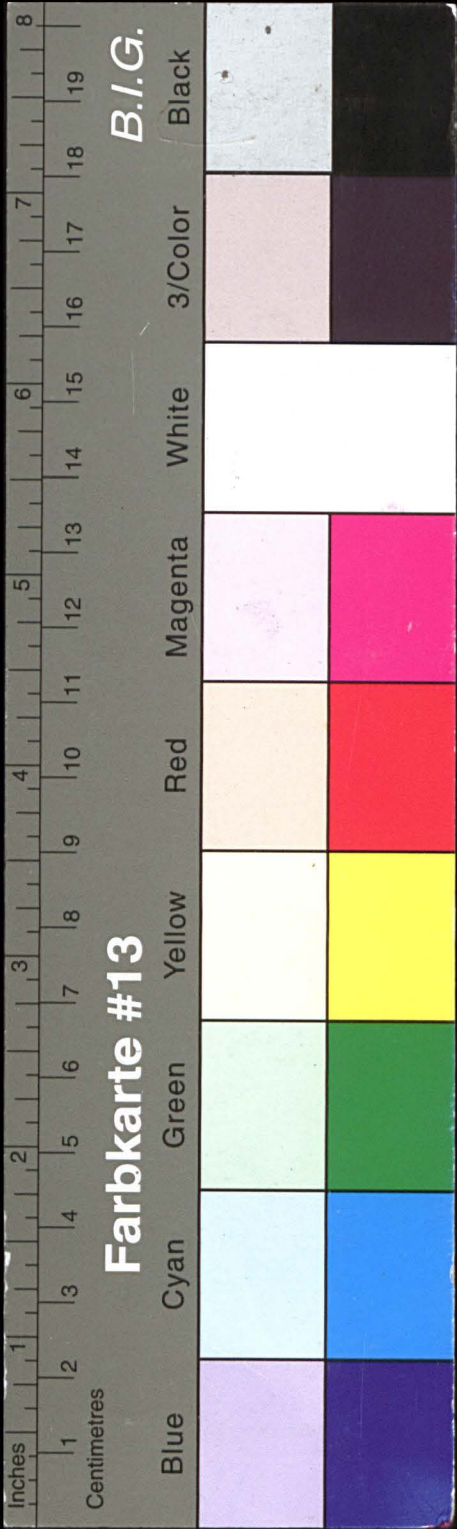
(2) Buchmäßige Kursgewinne sind nicht den Überschüssen zuzurechnen, sondern der vorhandenen oder einer neu anzulegenden Kursrücklage zuzuführen, bis sie die Höhe von 5 v. H. des Einlagenbestandes erreicht hat. Aus der Kursrücklage sind künftige Kursverluste vorzugsweise zu decken.

(3) Bezüglich der Höhe der Sicherheitsrücklage gelten die Vorschriften der Verordnung über die Sparkassen sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute vom 20. 7./4. 8. 1932 (GS. S. 241, 275) sowie ferner gemäß die Bestimmungen der Ziffern 14—17 der zu dem Gesetz, betreffend die Anlegung von Sparkassenbeständen in Schuldverschreibungen auf den Inhaber vom 23. De-

Änderung von § 36 der Mustersatzung.
Gem. Erlass vom 26. 11. 1937 erhalten die Absätze 3 u. 4 des § 36 der Mustersatzung für Sparkassen mit Wirkung vom 1. Dezember 1937 folgende Fassung:

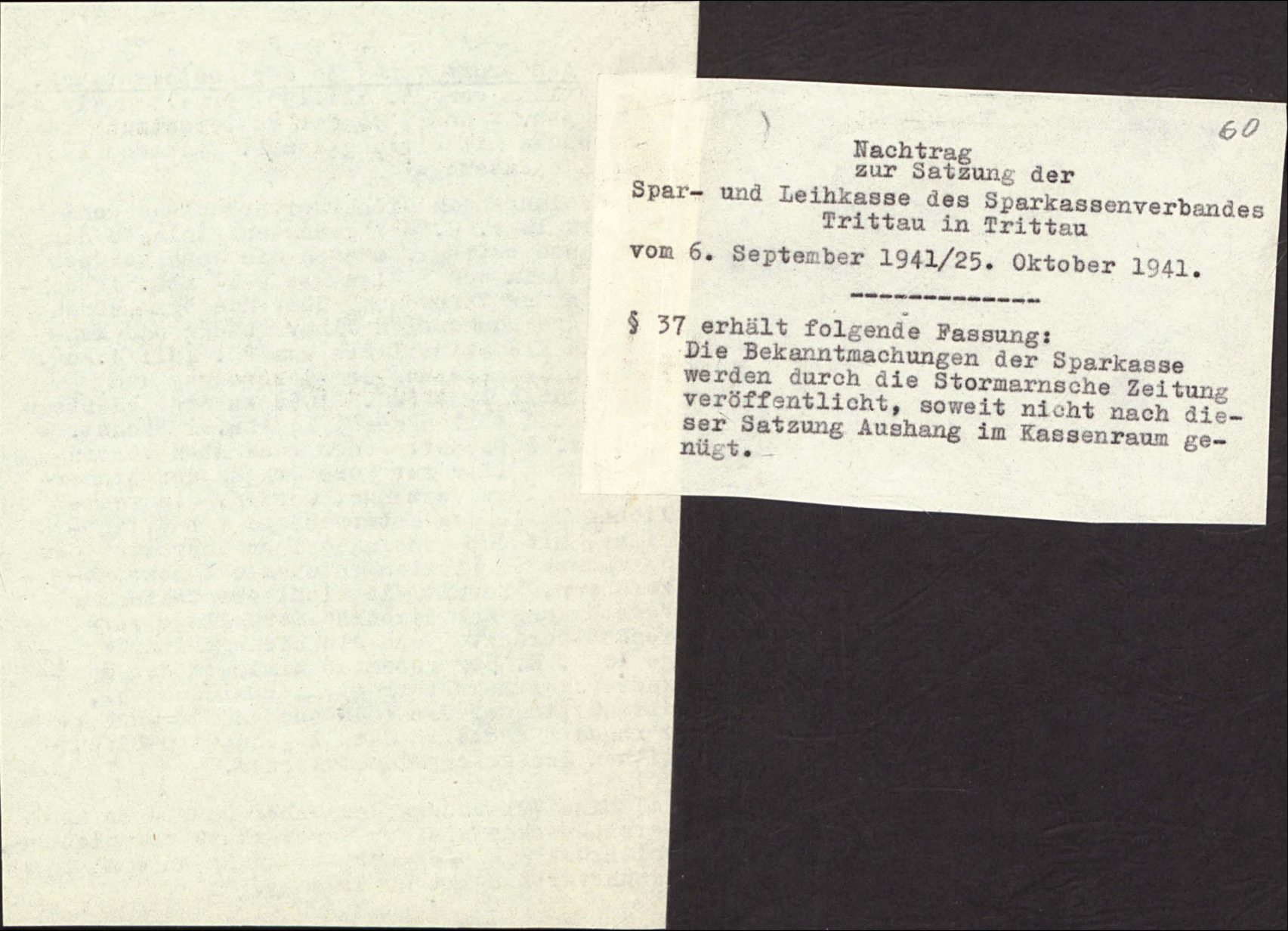
"(3) Solange die Sicherheitsrücklage weniger als 10 v. H. der gesamten Einlagen der Sparkasse beträgt, müssen die Überschüsse (Abs. 1) in den Fällen des § 14 Abs. 1 Buchstabe a der Verordnung über die Sparkassen sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute vom 20. Juli/4. Aug. 1932 in der Fassung der Verordnung vom 30. Oktober 1937 (GS. S. 105) zu drei Vierteln und in den Fällen des § 14 Abs. 1 Buchst. b und Abs. 2 Buchst. a der genannten Verordnung zur Hälfte zur Verstärkung der Sicherheitsrücklage verwendet werden, die restlichen Teile der Überschüsse für öffentliche, mit dem gemeinnützigen Charakter der Sparkasse im Einklang stehende Zwecke abzuführen, soweit sie nicht ebenfalls zur Verstärkung der Sicherheitsrücklage verwendet werden. Wenn die Sicherheitsrücklage 10 v. H. der gesamten Einlagen der Sparkasse oder mehr beträgt, muß mindestens, die Hälfte der Überschüsse an den Gewährverband für die in Satz 1 genannten öffentlichen Zwecke abgeführt werden.

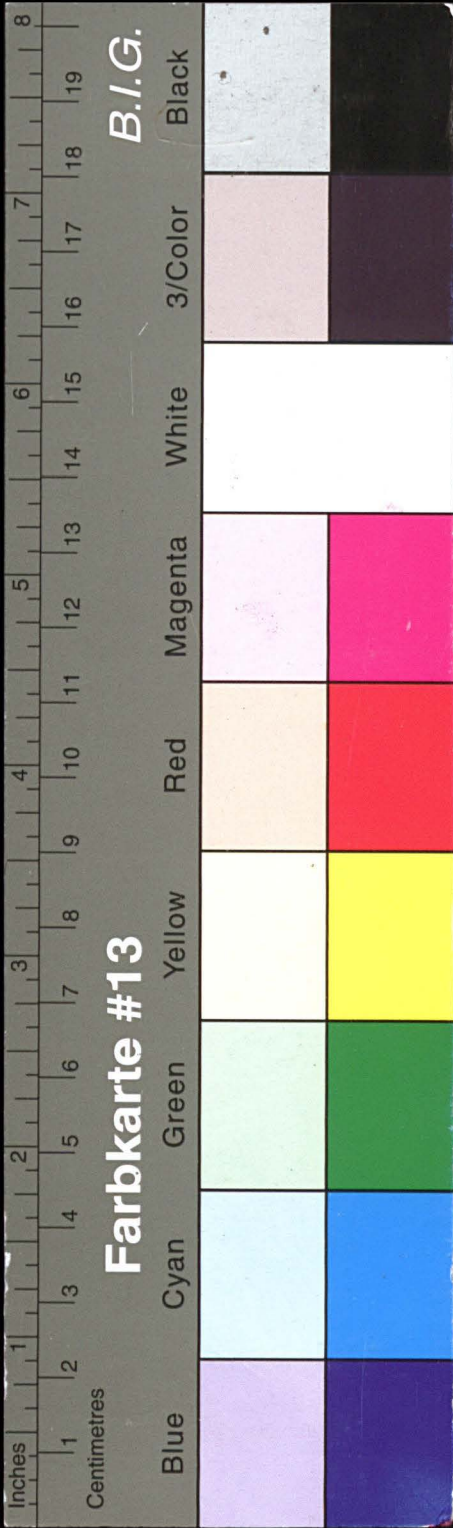
(4) Eine Verwendung der Überschüsse zu anderen Zwecken als zur Verstärkung der Sicherheitsrücklage oder zur Abführung an den Gewährverband ist unzulässig."



Kreisarchiv Stormarn E103

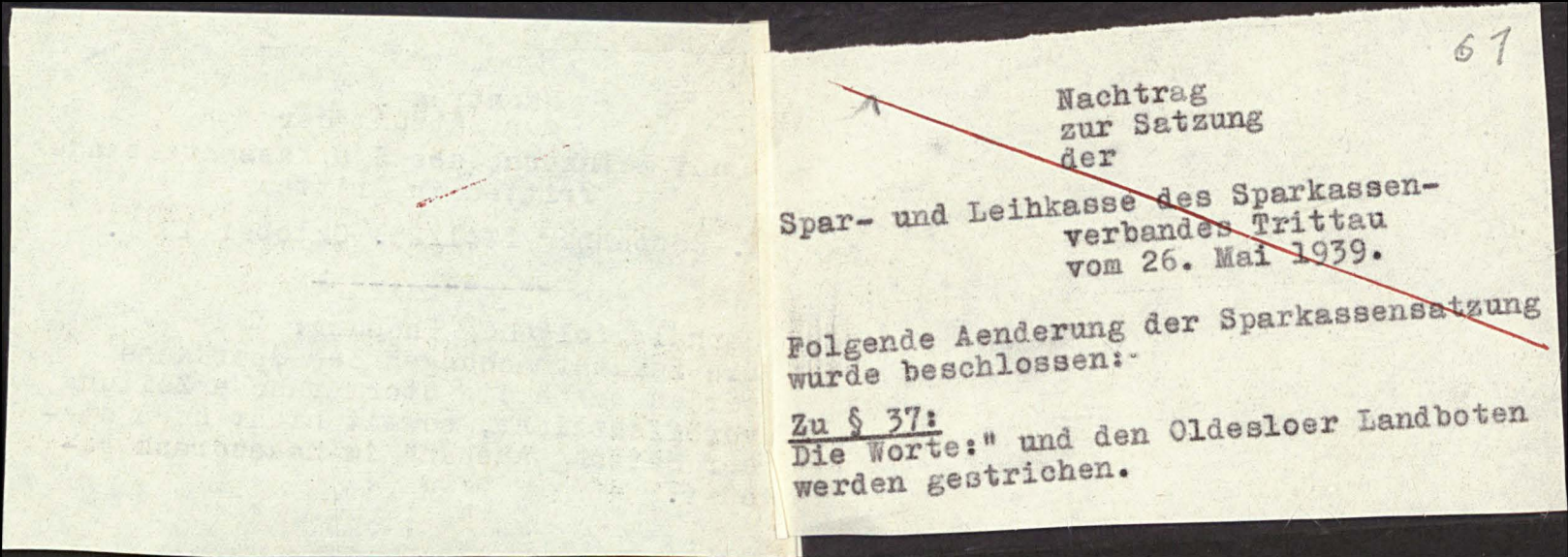
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

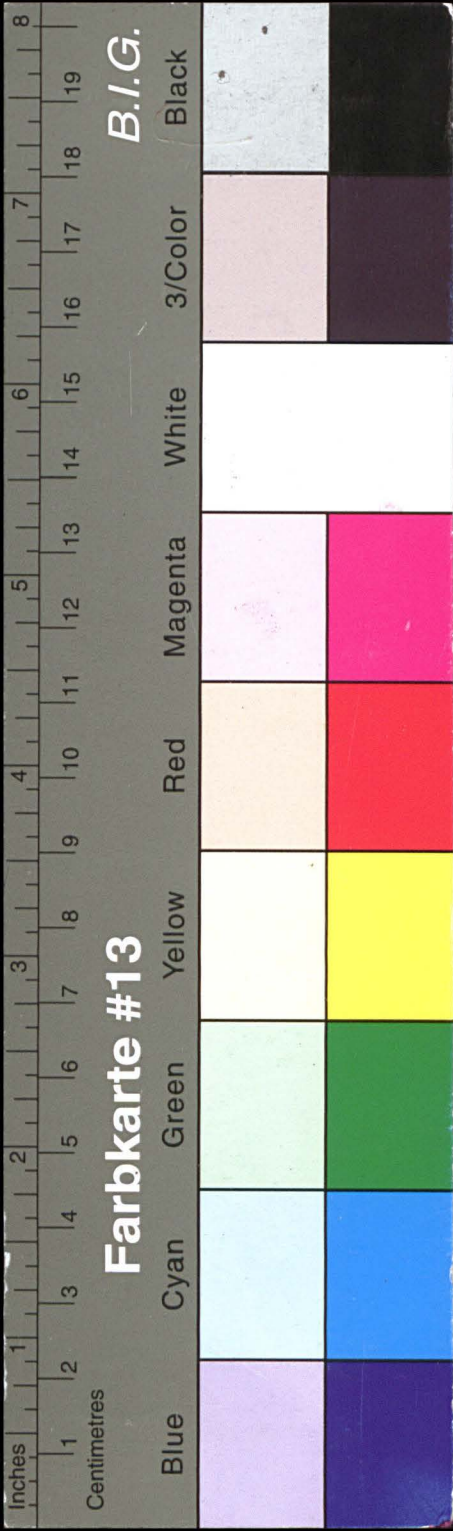




Kreisarchiv Stormarn E103

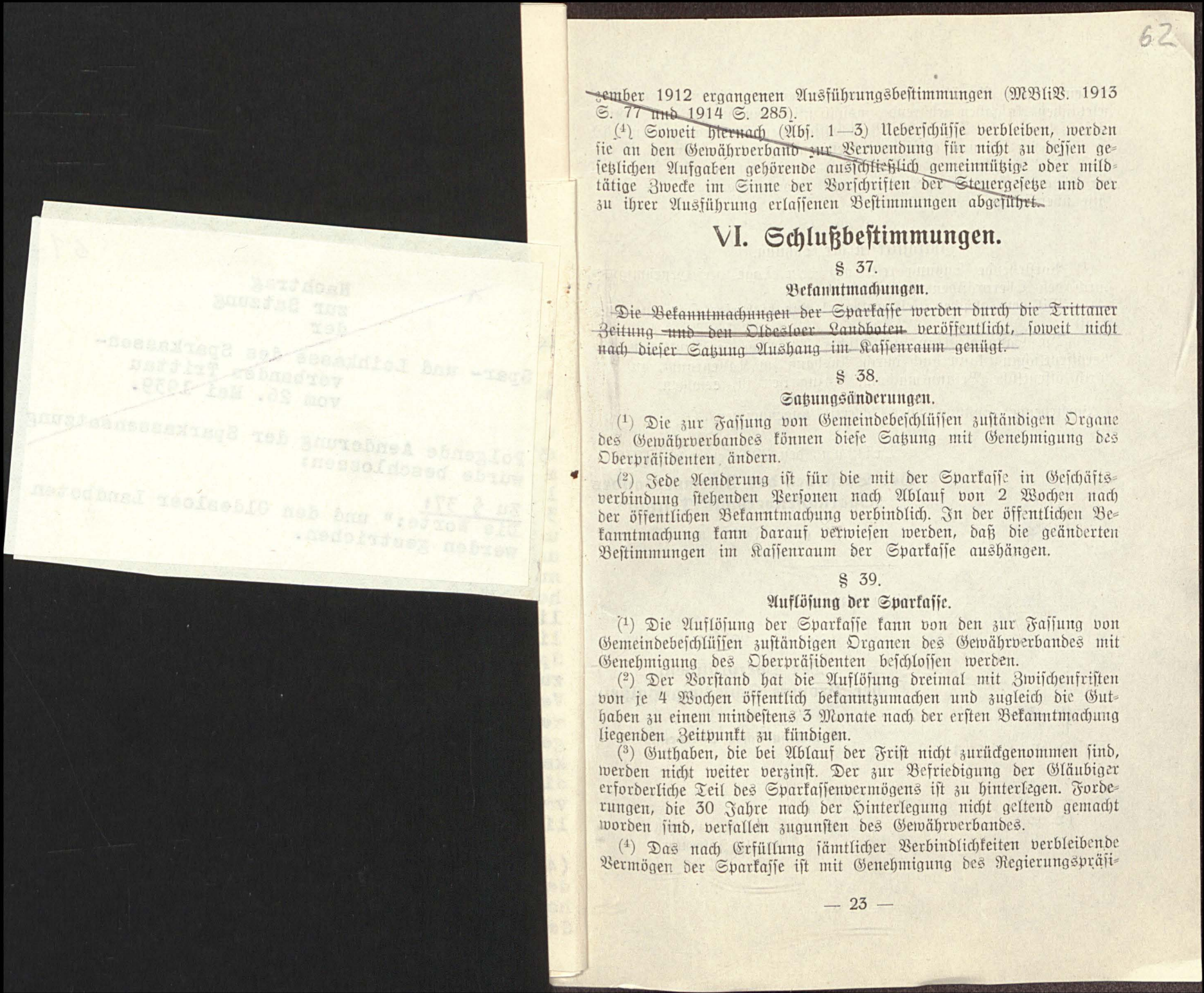
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

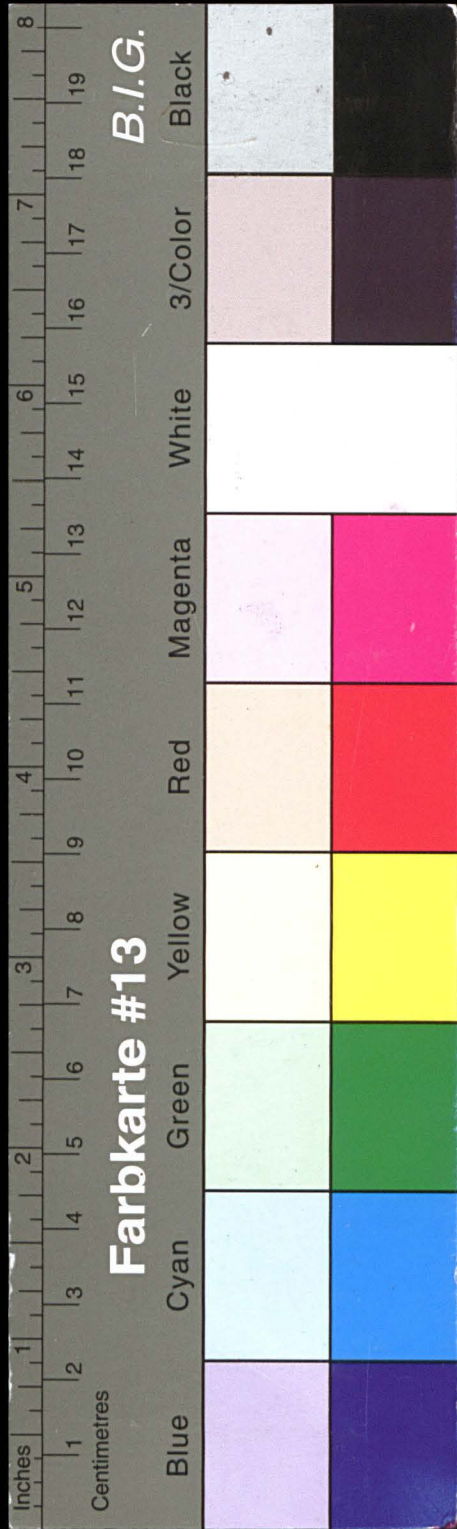




Kreisarchiv Stormarn E103

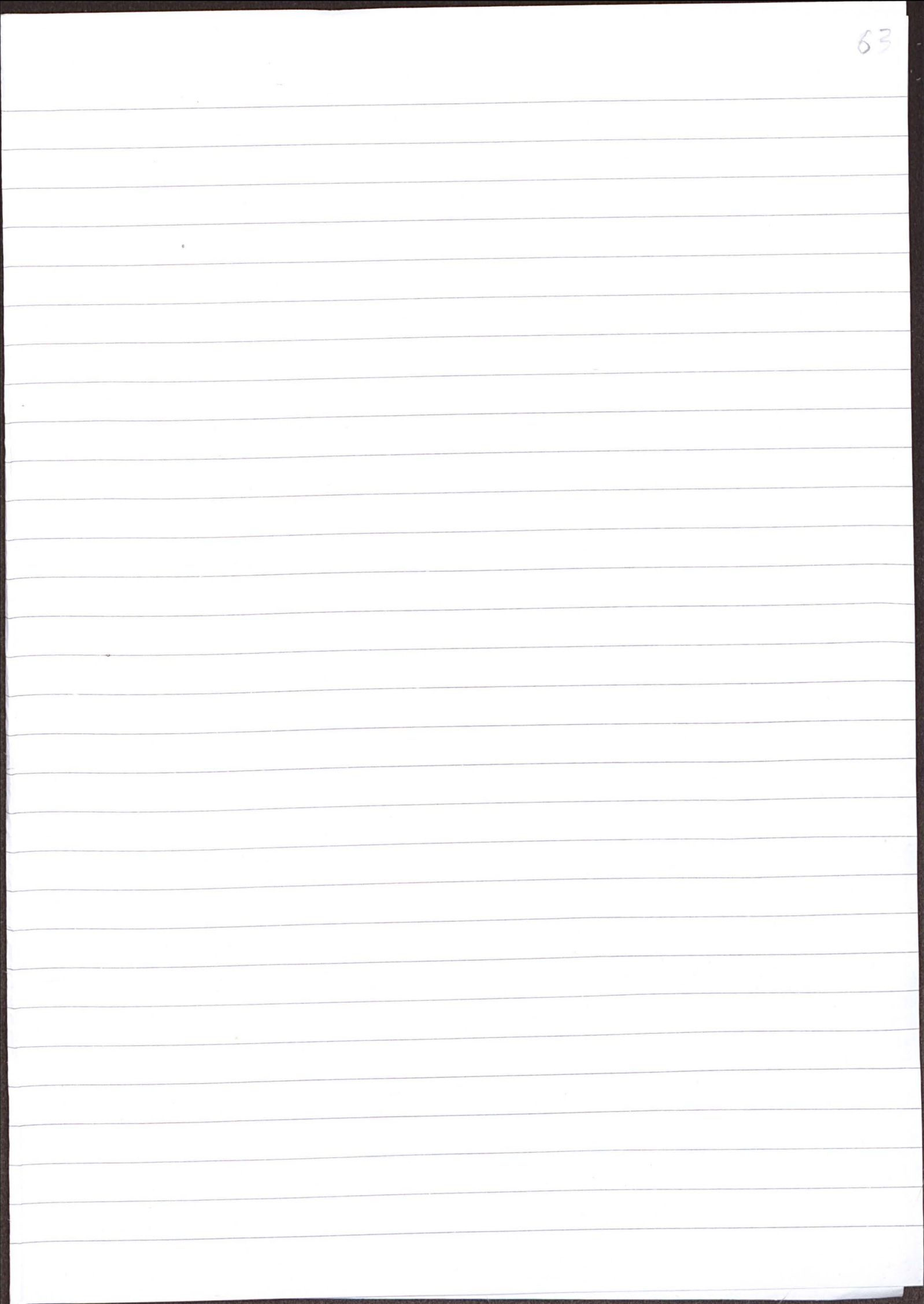
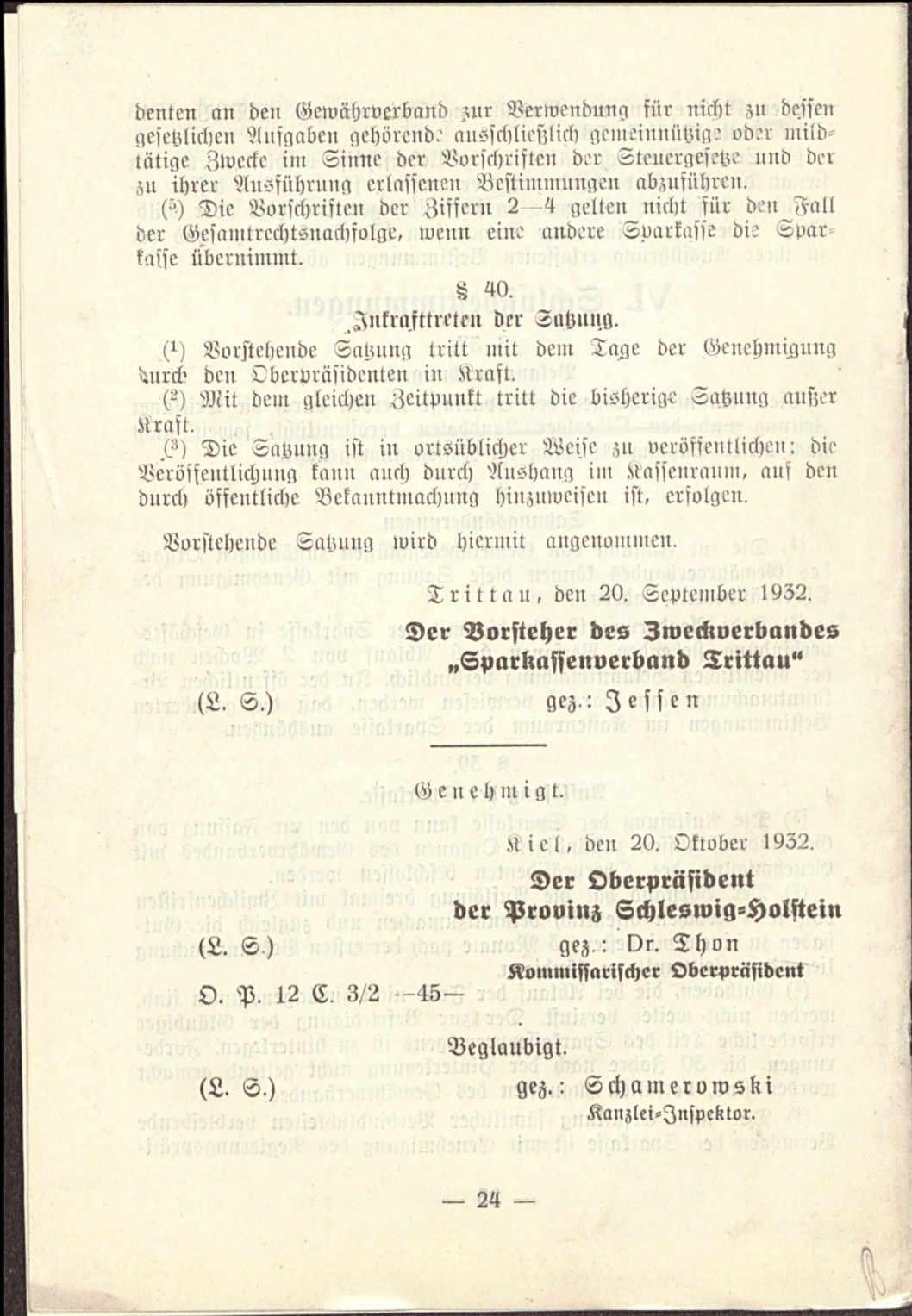
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

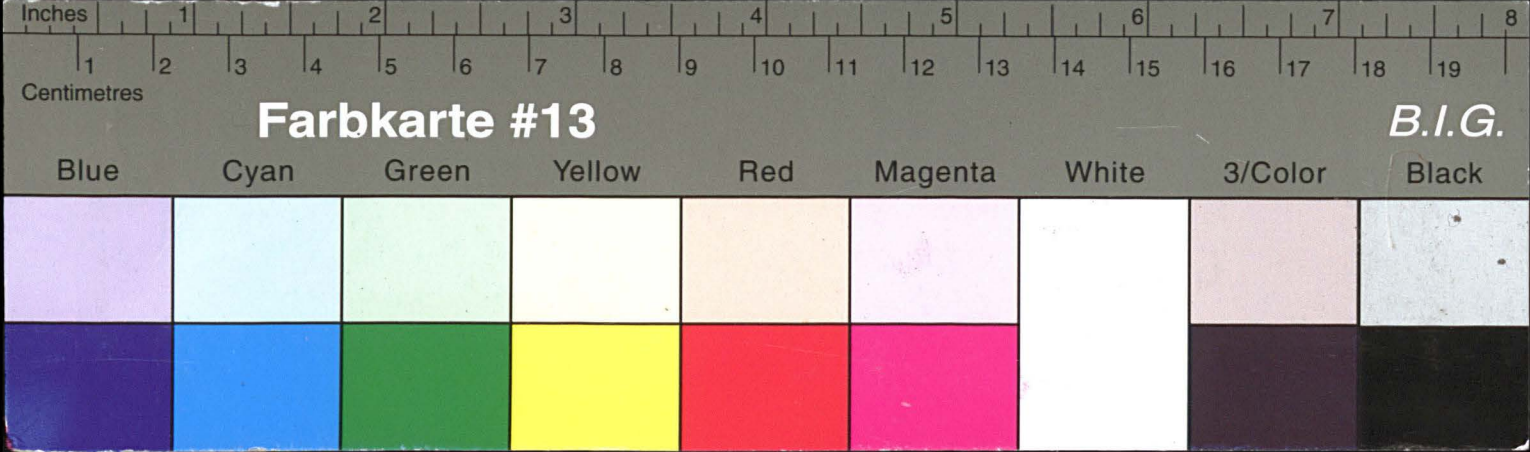




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

